

**Haushaltsplan**  
für das  
**Haushaltsjahr 2019**

**Einzelplan 05**  
**Ministerium für Arbeit, Soziales und**  
**Integration**



## Vorwort zum Einzelplan 05

### Einleitung

Der Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration ist durch einen hohen Anteil von Rechtsverpflichtungen geprägt. Ungeachtet des dadurch verursachten Ausgabevolumens und der engen finanziellen Spielräume im Gesamthaushalt müssen gleichwohl notwendige Vorhaben und Projekte im Bereich der Familien-, Kinder- und Jugend-, der Arbeits-, Integrations-, Gesundheits- und Sozialpolitik realisiert werden. Vom Grundgedanken der sozialen Gerechtigkeit geleitet, muss das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben weiter intensiv verfolgt werden. Die Schwerpunkte in den politischen Handlungsbereichen des Ministeriums sollen zur Realisierung dieses Zieles beitragen.

### Zentrale Zielsetzungen

#### **Kinder und Jugend**

Unsere Gesellschaft braucht starke Familien. Deshalb soll die bisherige Familienpolitik auch im kommenden Jahr fortgesetzt und familienfreundliche Strukturen und Angebote weiter unterstützt werden. Die Erkenntnisse aus der Teilplanung „Familien“ zur Landesjugendhilfeplanung sollen dabei einfließen. Die Förderung von Familienbildung und -begegnung mit Bildungsangeboten wird fortgesetzt.

Die Kindertagesbetreuung in Sachsen-Anhalt fördert denselben Zugang zu Bildung für alle Kinder von Beginn an, stellt der Zugang zu frühkindlicher Bildung doch entscheidende Weichen für den Bildungserfolg von Kindern dar. Um auch vor dem Hintergrund der hohen Kinderarmutsquote diese Förderung weiter zu verbessern, wurde das Kinderförderungsgesetz evaluiert, damit mit der sich anschließenden Novellierung die Mittel noch Ziel genauer und damit wirksamer eingesetzt werden können. Mit dem Gesetz vom 20. Dezember 2017 erfolgt eine Anpassung der Landeszuweisungen nach § 12 Abs. 2 und 3 KiFöG ab dem 01.01.2018, womit eine Anpassung an die tariflichen Veränderungen sowie den Betreuungsumfang vollzogen wurde. Weiterhin ist in § 13 Abs. 5 KiFöG eine Anpassung der Ausgleichspauschale an die aktuelle Datenlage vorgenommen worden. Die Änderungen sind zwar bereits im Jahr 2018 finanzwirksam geworden. Eine Abbildung im Haushaltsplan erfolgt jedoch erstmals mit dem Haushalt 2019.

Weitere Verbesserungen folgen mit dem Gesetz vom 23. November 2018. Der Personalschlüssel in Krippe, Kindergarten und Hort wird verbessert. Künftig werden pro Fachkraft zehn Tage zusätzlich im Personalschlüssel berücksichtigt, um Ausfälle z.B. durch Erkrankung abzufedern. Damit werden ab 1. August 2019 rechnerisch über 500 Fachkräfte mehr zur Verfügung stehen. Und es wird eine Extra-Unterstützung für Kitas mit besonderem Bedarf geben. Diese Kindereinrichtungen erhalten 100 zusätzliche Fachkräfte, die sie so einsetzen können, wie es vor Ort gebraucht wird. Ab Januar 2019 zahlen Eltern nur noch Beiträge für ein Kind. Eine Abbildung im Haushaltsplan hierfür erfolgt jedoch erstmals mit dem Haushalt 2020.

Junge Menschen sind nicht nur die Zukunft und nicht nur die Fachkräfte von morgen, sondern stets vollwertige Mitglieder unseres politischen Gemeinwesens. Daraus folgt als Anforderung an politisches Handeln, die soziale Teilhabe von jungen Menschen und die Bedingungen ihres Aufwachsens – egal, ob sie auf dem Land oder im urbanen Raum leben - so zu gestalten, dass sie die drei Kernherausforderungen des Jugendalters eigenständig und erfolgreich meistern: sich zu qualifizieren, selbständig zu werden, sich der Gesellschaft zuge-

hörig zu fühlen um in ihr einen Platz zu finden. Hierbei ist die Landesregierung insgesamt gefordert, da jedes Ministerium bereits jetzt unmittelbar oder mittelbar Jugendpolitik (mit) gestaltet und dabei mehr oder weniger zur Entwicklung von Lebensperspektiven im Land für junge Menschen beiträgt. Sie wird deshalb das jugendpolitische Programm weiter entwickeln, für dessen externe Begleitung Mittel vorgesehen sind.

Im Feld der landesweiten Jugendarbeit sowie der Jugendverbandsarbeit ist eine Verbesserung der Bedingungen u. a. durch eine Anpassung der Förderbeträge für Jugendbildungsreferenten vorgesehen.

Da Jugendliche in bestehenden Politikformen und -orten eher weniger aktiv sind, ist ein Thema auf der aktuellen jugendpolitischen Agenda die Stärkung ihrer tatsächlichen Mitwirkungsrechte durch die Fortführung der Förderung für das Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendpartizipation (Name: Landeszentrum Jugend + Kommune). In eine ähnliche Richtung, aber auch mit deutlichem Akzent auf einer Stärkung des Kinderschutzes, geht das Vorhaben der modellhaften Förderung eines wirksamen Beschwerdemanagement, insb. auch in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe, sowie eines Ombudsschaftswesens.

Die Bundesmittel nach dem Bundeskinderschutzgesetz zur Förderung der Frühen Hilfen für Eltern vor der Geburt eines Kindes bzw. bis zum vollendeten 3. Lebensjahr stehen nun dauerhaft zur Verfügung und sind entsprechend etatisiert.

Die Landesmittel für die institutionell geförderten Einrichtungen bzw. Träger werden unter Berücksichtigung der tariflichen Entwicklung angepasst. Das Kompetenzzentrum für geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe wird mit einer dauerhaften Integration der Jungenarbeit in die institutionelle Förderung weitergeführt.

Zum 1. Juli 2017 wurde der Anspruch auf Unterhaltsvorschuss von bisher 12 Jahre auf 18 Jahre erweitert und die maximale Bezugsdauer von 72 Monaten entfiel. Dieses führt zu einem Anstieg der Fallzahlen. Die ursprünglichen Schätzungen des Bundes zu der Zahl der Anspruchsberechtigten haben sich als zu niedrig erwiesen.

Der Bund hat zwar 40% statt bisher 33,33% der Gesamtkosten übernommen, jedoch werden damit die Kosten der Länder und Kommunen nicht vollständig kompensiert. Hier springt das Land gegenüber den Kommunen ein und entlastet diese in Höhe von 20 Mio. Euro.

## **Arbeitsmarkt**

Die Arbeitsmarktpolitik des Landes Sachsen-Anhalt ist weiterhin auf das Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtet. Dabei werden die bisherigen Ansätze des Landesarbeitsmarktprogramms fortgesetzt. Übergreifende Zielsetzung bleibt dabei, langfristige Fachkräftesicherung durch gute Arbeit in und damit für Sachsen-Anhalt zu erreichen. Zur Realisierung der Programme werden sowohl ESF- als auch Landesmittel eingesetzt.

Ein Schwerpunkt ist die Förderung von jungen Menschen beim Start in das Berufsleben. Das an allen Sekundar- und Förderschulen etablierte Berufsorientierungsprogramm BRAFO wird fortgeführt und Regionale Arbeitsbündnisse am Übergang von der Schule in den Beruf werden im Rahmen des Landesprogramms RÜMSA weiterhin gestärkt. Das Landesprogramm „Zukunftschance assistierte Ausbildung“ wird bedarfsentsprechend ausgebaut.

Im Mittelpunkt von überwiegend regionalisierten Förderprogrammen stehen Zielgruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf wie Alleinerziehende, junge Menschen ohne Schulabschluss, Familienbedarfsgemeinschaften, Ältere und Langzeitarbeitslose, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund. Hier gilt es, zunächst alle Potentiale für die Integration in reguläre Beschäftigung zu nutzen. Daneben ist aber auch die Möglichkeit zur sozialen Teilhabe am Arbeitsmarkt für Personen, die durch herkömmliche Förderinstrumente keine Be-

schäftigung finden konnten, ein aktuelles Anliegen im Bereich Arbeitsmarkt. Das neue Förderprogramm „Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsmarkt“ ist Ende 2017 landesweit erfolgreich gestartet. Entsprechend der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag werden für die Weiterführung vorerst Mittel bis Ende 2021 eingeplant. Dabei werden Synergien und Verknüpfungsmöglichkeiten mit den neuen Förderinstrumenten auf Bundesebene (Teilhabechancengesetz) genutzt.

Im Rahmen der Fortsetzung der „Weiterbildungsoffensive“ werden Menschen, die ihre beruflichen Perspektiven durch eigene Anstrengung und Investition in Weiterbildung verbessern wollen, durch konkrete Hilfen unterstützt. Für Unternehmen werden bewährte Förderangebote zur Qualifizierung von Beschäftigten und zur Personal- und Organisationsentwicklung bereitgestellt.

Verstärkte Berücksichtigung findet das Thema Digitalisierung. Es gilt die Chancen zu nutzen und die Potentiale optimal zu erschließen, die sich infolge des immer stärker bemerkbar machenden Trends zur Digitalisierung der Arbeitswelt und der betrieblichen Realitäten ergeben. Denn die damit verbundenen Änderungen von Produktionsweisen und Arbeitsabläufen können einerseits mit dazu beitragen, den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials zumindest teilweise zu kompensieren. Andererseits konfrontiert der digitale Strukturwandel die Unternehmen und Beschäftigten mit sich verändernden Tätigkeitsprofilen, Kompetenzanforderungen und Kommunikationsprozessen. Damit stehen sie vor der Herausforderung, Strategien zur kontinuierlichen Weiterbildung, zur Modernisierung der Unternehmenskultur sowie zur gezielten Personal- und Organisationsentwicklung zu entwickeln und umzusetzen. Insbesondere die ESF-finanzierten Programme WEITERBILDUNG BETRIEB und DIREKT sollen sie dabei unterstützen.

## **Integration**

Die nachhaltige Förderung der Integration hat vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung, des Fachkräftemangels und der großen Zahl von Geflüchteten, die 2015 und 2016 nach Sachsen-Anhalt zugewiesen wurden, an Bedeutung gewonnen. Wir sehen in der Zuwanderung ein wertvolles Potential, um das Land gesellschaftlich, kulturell und ökonomisch weiterzuentwickeln. Dafür ist die gelingende Integration der zu uns gekommenen Menschen grundlegende Voraussetzung und gleichzeitig Zukunftsaufgabe für Sachsen-Anhalt.

Integration gelingt, wenn sich Zugewanderte und Einheimische auf Augenhöhe begegnen und kennenlernen, um Fremdheit und Vorurteile zu überwinden, gegenseitiges Verständnis zu entwickeln und das Zusammenleben gemeinsam zu gestalten. Wir brauchen deshalb Orte und Formate zur Begegnung. Geflüchtete brauchen die Chance, sich einzubringen und ihre individuellen Potentiale und Kompetenzen sichtbar zu machen. Sie sollen frühestmöglich Informationen über das Leben in Deutschland, über Rechte und Regeln, Grundwerte, Bildungssystem, Alltagsleben und Vielfalt an Lebensstilen erhalten.

Die Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeit steht hierbei im Mittelpunkt. Sprachliche Kompetenzen erhöhen die Chancen einer erfolgreichen Integration und sind Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Förderung eines frühzeitigen Erwerbs der deutschen Sprache und der Zugang zu Bildungsangeboten sind daher zentrale integrationspolitische Anliegen.

Entscheidend für eine nachhaltige Integration ist die Integration in den Arbeitsmarkt. Dies setzt eine gute berufliche Qualifizierung voraus. Das Werben für die Chancen einer betrieblichen, dualen Ausbildung steht daher weiterhin im Fokus der Integrationsförderung. Mädchen und Frauen werden wir gleichberechtigte Chancen und Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt eröffnen.

Der Integrationsprozess beginnt für Geflüchtete unmittelbar nach der Ankunft in den Erstaufnahmestellen mit den gemeinsam mit dem Bund umgesetzten Sprach- und Erstorientierungskursen.

Mit Hilfe von Asylverfahrensberatung und psychosozialer Begleitung sollen Ankommende auch in schwierigen Lagen unterstützt werden. Zusätzlich fördert das Land für jene, die keinen direkten Zugang zu bundesgeförderten Integrationskursen erhalten, niedrigschwellige Sprachförderkurse. Junge Geflüchtete, die nicht mehr schulpflichtig sind, erhalten darüber hinaus das Angebot einer frühzeitigen Berufsorientierung. Die Angebote der Sprachförderung und der Arbeitsmarktintegration werden wir flexibel und bedarfsgerecht aufeinander abstimmen.

Integration braucht Engagement. Das Land unterstützt daher ehrenamtliches Engagement, u.a. mit Anlaufstellen in den Kommunen, dem Engagementfonds, Lotsen- und Patenprojekten. In Sachsen-Anhalt engagieren sich so viele Geflüchtete im Bundesfreiwilligendienst wie nirgends sonst. Diese Teilhabe am Bundesfreiwilligendienst soll auch weiterhin unterstützt werden. Die engagierte Mitwirkung von neu Zugewanderten in Migrantenorganisationen soll weiter gestärkt werden. Um der kulturellen Vielfalt unserer Gesellschaft Rechnung zu tragen und die Potentiale von Migration zu nutzen, werden wir Maßnahmen der interkulturellen Öffnung von Behörden, Institutionen und Bildungseinrichtungen weiter fördern.

## **Demokratieförderung**

Die ehrenamtliche Aktivität von Bürgerinnen und Bürgern in den verschiedenen Tätigkeitsfeldern hat eine große gesellschaftspolitische Bedeutung. Für ein Funktionieren unserer Gesellschaft und für eine gute Sozialpolitik ist es unverzichtbar, dass Bürgerinnen und Bürger – neben ihrer beruflichen Tätigkeit sowie außerhalb des privaten und familiären Bereichs – ehrenamtlich Verantwortung in Initiativen, Organisationen oder Institutionen übernehmen. Mit der Förderung der überörtlichen Arbeit der Freiwilligenagenturen sowie die der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen soll das bürgerschaftliche Engagement in Sachsen-Anhalt auch weiterhin gestärkt und ausgebaut werden.

In diesem Zusammenhang nimmt auch die ehrenamtliche Arbeit von Seniorinnen und Senioren eine zentrale Rolle ein. Deswegen ist ihre Mitwirkung an den gesellschaftlichen Entscheidungen wichtig und soll die Förderung der Landesseniorenvertretung auch künftig gefördert werden.

Der Einsatz für Demokratie und gegen politische und religiöse Radikalisierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration setzt die bestehenden Programme weiter fort und unterstützt damit sowohl inhaltlich als auch administrativ die Förderung von Demokratie und Toleranz. Damit ist auch eine Sensibilisierung für die gesellschaftlichen Bedingungen verbunden, die antidemokratische und rechtsextreme Tendenzen verhindern und ein diskriminierungsfreies Zusammenleben in unserer Gesellschaft ermöglichen.

Eine wichtige Grundlage für gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und religiös motivierten Extremismus wurde mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit geschaffen. Hierdurch ist es gelungen, demokratische und zivilgesellschaftliche Kräfte zu bündeln und Ziele und Maßnahmen zu definieren. Dieses Landesprogramm sowie weitere Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie durch Beratung, Betreuung und integrative Maßnahmen werden fortgeführt und den Bedarfen angepasst.

## **Soziale Hilfen und Entschädigungen**

Infolge der demografischen Entwicklung steigt der Bevölkerungsanteil der Älteren, Pflegebedürftigen, chronisch Kranken und der Menschen mit Behinderungen, während die Gesamtbevölkerung insbesondere in den ländlichen Räumen schrumpft und sich ein Mangel an Fachkräften abzeichnet. In der überörtlichen Sozialhilfe ist auch in den zukünftigen Jahren mit einer Zunahme von Leistungsberechtigten, insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe, zu rechnen.

Am 23. Dezember 2016 ist das Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG (BGBl. IS. 3234)) in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wird das für die Rehabilitation und Teilhabe maßgebliche Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) weiter entwickelt. Regelungsgegenstände sind Änderungen der allgemeinen Zuständigkeits- und Teilhabepflichtbestimmungen zur Verbesserung der Zusammenarbeit der Rehabilitationsträger (Teil 1 SGB IX), die Herauslösung der Eingliederungshilfe aus dem Recht der Fürsorge in einen neuen Teil 2 des SGB IX und Änderungen im Schwerbehindertenrecht (Teil 3 des SGB IX).

Das neue Recht der Eingliederungshilfe tritt stufenweise in Kraft. Mit der ersten Reformstufe sind zum 1. Januar bzw. 1. April 2017 Leistungsverbesserungen u.a. bei der Einkommens- und Vermögensheranziehung in Kraft getreten. Am 1. Januar 2018 treten vorgezogene Verbesserungen im Bereich der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben in der Eingliederungshilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt treten auch die geänderten Bestimmungen zur Gesamtplanung in der Eingliederungshilfe in Kraft, mit denen inhaltliche Standards, z.B. die ICF-Orientierung der Bedarfsermittlung, und die Anforderungen an das Verfahren, z.B. Beteiligungsrechte der Leistungsberechtigten, präzisiert werden. Die dritte Reformstufe sieht ab 2020 neben weiteren Verbesserungen bei der Einkommens- und Vermögensheranziehung die Personenzentrierung von Leistungen vor. Leistungen der Eingliederungshilfe werden von existenzsichernden Leistungen (Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) getrennt. Sie bestimmen sich nicht mehr nach der Wohn- oder Beschäftigungsform ambulant bzw. stationär.

In diesem Kontext gilt es auch, die Arbeitsmarktintegration behinderter Menschen im Zusammenwirken aller Leistungsträger zu optimieren und den Übergang von Menschen mit Behinderungen aus einer Werkstatt für behinderte Menschen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse zu fördern. Der Zugangssteuerung zu Werkstätten für behinderte Menschen kommt somit in den nächsten Jahren eine besondere Bedeutung zu.

Zur Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans Sachsen-Anhalt zur Erfüllung der UN-Behindertenrechtskonvention werden Haushaltsmittel eingestellt. Die Maßnahmen des Landesaktionsplans zielen darauf ab, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Menschen mit Beeinträchtigungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten sowie einstellungs- und umweltbedingte Barrieren abzubauen. Durch eine teilhabeorientierte, nachhaltige Politik für und mit Menschen mit Beeinträchtigungen engagiert sich Sachsen-Anhalt somit für eine inklusive Gesellschaft.

## **Gesundheitswesen**

Um ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitssystem in Sachsen-Anhalt zu gewährleisten, orientiert sich die Gesundheitspolitik des Landes an der aktuellen wissenschaftlichen Forschung und an modernen medizinischen Standards. Dabei steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt.

Die demografische Entwicklung stellt das Land im Bereich der gesundheitlichen Versorgung vor großen Herausforderungen. Die dauerhafte Sicherung der Versorgung der Bevölkerung

mit allgemeinmedizinischen Leistungen, insbesondere in den strukturschwachen, ländlich geprägten Gebieten ist eine Aufgabe überregionaler Bedeutung und steht damit im Landesinteresse. Das Land sieht sich daher in der Verantwortung, zukunftsfähige Strukturen sicherzustellen und insbesondere durch strukturelle Maßnahmen eine bedarfsgerechte, wohnortnahe und umfassende medizinische Versorgung aller anzustreben. Einen Schwerpunkt der Gesundheitspolitik bildet folglich die Krankenhausfinanzierung.

Zur Verbesserung der Strukturen der Krankenhausversorgung und zur Konzentrierung von stationären Versorgungsangeboten und Standorten wurde durch die Bundesregierung ein Förderprogramm aufgelegt. Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich an diesem Programm und stellt hierfür die entsprechenden Kofinanzierungsmittel bereit. Das Investitionsprogramm 2018 für Krankenhäuser des Landes Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Krankenhausstrukturfonds wurde im Januar 2018 von der Landesregierung beschlossen und sieht eine Finanzierung von drei Strukturmaßnahmen vor, deren Umsetzung bis zum Jahr 2022 vorgesehen ist. Für den Krankenhausstrukturfonds II wird mit den für die Jahre 2020 ff. beschlossenen Verpflichtungsermächtigungen die Grundlage geschaffen.

Die demografische Entwicklung mit einer Zunahme von pflegebedürftigen Menschen und im Gegenzug einer deutlichen Abnahme von Schulabgängerinnen und –abgängern und die gewachsenen Anforderungen an die Pflege stellt die Pflegebranche vor eine erhebliche Herausforderung. Daher wurde die Pflegeausbildung durch das Gesetz zur Reform der Pflegeberufe neu geregelt. Im Wesentlichen wird der Beruf Pflege generalisiert, die Zahlung angemessener Ausbildungsvergütung gesichert und das Schulgeld abgeschafft. Mit dem Gesetz zur Reform der Pflegeberufe, das im Juli 2017 verkündet wurde, wird der Grundstein für eine zukunftsfähige und qualitativ hochwertige Pflegeausbildung für die Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege gelegt. Dabei wird insbesondere auch die Finanzierung der Pflegeausbildung neu geregelt. Diese hat zukünftig einheitlich über einen Landesfonds zu erfolgen. Durch ein Umlageverfahren werden dabei sowohl ausbildende und nicht ausbildende Einrichtungen gleichermaßen zur Finanzierung herangezogen. Die Kosten der Pflegeausbildung werden zukünftig durch einen Ausgleichsfonds finanziert, der auf Landesebene als Sondervermögen zu organisieren und zu verwalten ist (§ 26 Abs. 1, 2 und 4 PflBRefG).

In Anbetracht dieser Rechtslage soll mit dem Haushalt 2019 ein Sondervermögen „Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege“ eingerichtet werden.

## **Ernährung und Verbraucherschutz**

Mit dem Ziel, den im öffentlichen Interesse liegenden Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz auf allen Ebenen zu erhalten und zu verbessern, ist das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt als leistungsfähige, interdisziplinäre Behörde zu stärken und dessen personelle und technische Ausstattung zu verbessern. Um auch eine flächendeckende, qualitätsgesicherte und fachlich versierte persönliche Beratung in Sachsen-Anhalt zu ermöglichen, soll das derzeitige Angebot der Verbraucherzentralen Sachsen-Anhalt e.V. auch durch eine Aufstockung der Mittel zur Gewährleistung einer qualitäts- und tarifgerechten Entlohnung der Beschäftigten gesichert werden. Den Bedürfnissen der Bevölkerung trägt das Land mit wirksamem rechtlichem Schutz, aber auch mit geeigneter Aufklärung und Information Rechnung. Durch den Ausbau der Förderung der Verbraucherinsolvenzberatung werden die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen weiter unterstützt, überschuldeten Bürgerinnen und Bürgern einen Neuanfang nach einem gerichtlichen Restschuldbefreiungsverfahren zur ermöglichen.



## Gender Ziel

Ein besonders wichtiger Bereich für die Umsetzung von Gender Mainstreaming ist weiterhin die Arbeitsmarktförderung. Es wird angestrebt, die vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration verantworteten ESF-geförderten arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele „Förderung nachhaltiger und hochwertiger Beschäftigung und Unterstützung der Mobilität der Arbeitskräfte“ und „Förderung der sozialen Inklusion und Bekämpfung von Armut und jeglicher Diskriminierung“ konsequent gendersensibel zu gestalten. Über eine Verankerung von Gender Mainstreaming in den genannten Investitionsprioritäten der ESF-Interventionen soll die Chancengleichheit von Frauen und Männern beim Zugang zu Aus- und Fortbildung und in den Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt auch im Zeitraum von 2014 bis 2020 unterstützt werden.

## Überblickstabelle Handlungsbereiche und Budgetanteile

Die Einnahmen und Ausgaben in den wesentlichen Aufgabenbereichen sind in der nachfolgenden Übersichtstabelle dargestellt.

Handlungsbereich	Ansatz 2019 - in € -		
	Einnahmen	Ausgaben	Überschuss/ Zuschuss
Staatsleitung und demokratische Prozesse	1.405.300	29.047.100	-27.641.800
Soziale Hilfen und Entschädigung	236.215.800	868.898.500	-632.682.700
Gesundheitswesen	827.200	94.662.800	-93.835.600
Kinder und Jugend	65.382.000	551.227.200	-485.845.200
Innere Sicherheit/ Integration und Demokratieförderung	1.034.700	7.914.600	-6.879.900
Ernährung und Verbraucherschutz	0	35.617.900	-35.617.900
Arbeitsmarkt	130.000	18.115.400	-17.985.400
<b>Gesamt:</b>	<b>304.995.000</b>	<b>1.605.483.500</b>	<b>-1.300.488.500</b>

Darüber hinaus werden nachfolgend die Haushaltsansätze summarisch ausgewiesen, die gezielt für Maßnahmen bzw. Projekte eingesetzt werden, um unmittelbar oder mittelbar Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen und um damit schlussendlich Geschlechtergerechtigkeit herzustellen:

	GG2 = Genderziel ist Hauptziel	GG1 = Genderziel ist Neben- ziel	GG0 = Genderziel ist kein Ziel
<b>Haushaltsansatz in € in 2019</b>	8.060.300	489.715.600	1.107.707.600

## Organisatorische oder sonstige Veränderungen

Die Struktur und die Ressourcen der Sozialagentur werden mit dem Ziel einer effektiveren und bürgernäheren Aufgabenerledigung sowie einer verbesserten Steuerung angepasst.

## EU-Strukturfondsförderung

Sh. Anlage „Übersicht über die EU-Förderprogramme im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration im Haushaltsjahr 2019“

Übersicht über die EU-Förderprogramme im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration  
im Haushaltsjahr 2019

Förderperiode 2014 - 2020

Kap.	Tit.	Ebene	Maßnahme	EU-Mittel	Nationale Kofinanzierungsmittel in EUR			HH-Stelle Kofinanzierung	
					Land	Bund (über Landes- haushalt)	Übrige (Mittel- herkunft)	Kap.	Tit./TGr.
<b>ESF V</b>									
1317	683 63	21.08bsz01.01.0	Berufsorientierung und Berufsvorbereitung (BRAFO)	3.487.400	25.000			0505	683 93
1317	684 63	21.08bsz01.04.0	Freiwilliges soziales Jahr	1.600.500			Private		
1317	683 63	21.08bsz01.06.1	Nachhaltige Integration von jungen Menschen	7.500.000	835.000			0505	683 93
1317	TGr. 63	21.08bsz01.06.2	Unterstützung der Berufsausbildung und des Übergangsmanagement	15.117.100	352.000		Kommune, Private	0505	TGr. 93
1317	TGr. 63	21.08esz04.10.1	Unterstützung der Fachkräftesicherung	5.723.500	655.000		Kommune, Private	0505	TGr. 93
1317	TGr. 63	21.08esz04.10.2	Unterstützung der beruflichen Weiterbildung	10.700.000			Private		
1317	684 63	21.08esz04.13.0	Kompetenzzentrum Soziale Innovation	1.071.800	268.000			0505	684 93
1317	TGr. 63	22.09asz05.01.1	Zukunft mit Arbeit	14.515.000	1.500.000		Private	0505	TGr. 93
1317	683 63	22.09asz05.01.2	Aktive Eingliederung von Zielgruppen	5.000.000				0505	683 93
1317	684 63	22.09asz05.01.3	Förderung der Eingliederung durch Abbau von Diskriminierung	200.000	50.000			0505	684 93
1317	TGr. 63	22.09asz06.04.2	Niederschwellige Sprachkursangebote	911.100				0505	TGr. 93
1317	TGr. 63	22.09asz06.05.0	Örtliches Teilhabemanagement	3.314.900	828.800			0509	TGr. 93
1319	TGr. 71	24.000sz11.02.0	Technische Hilfe	468.300	117.100			0505/ 0509	TGr. 93
<b>Gesamtsumme ESF V</b>				<b>69.609.600</b>	<b>4.630.900</b>				



05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

Übersicht über die Einnahmen, Ausgaben

Kapitel	Bezeichnung	Einnahmen					4 Personal- ausgaben
		0 Einnahmen aus Steuern und steuer- ähnlichen Abgaben	1 Verwaltungs- einnahmen, Einnahmen aus Schulden- dienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenauf- nahmen, aus Zuweisungen und Zu- schüssen für Investitionen, besondere Finanzie- rungsein- nahmen	Gesamt- einnahmen	
		- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -
05 01	Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration		331.300	501.800		833.100	24.892.100
05 02	Allgemeine Bewilligungen		30.100	0		30.100	0
05 03	Demokratie- und Engagementförderung, Integration		1.000	1.033.700		1.034.700	179.500
05 05	Arbeitsmarkt		130.000	0		130.000	16.000
05 06	Verbraucherschutz		0			0	0
05 07	Sozialagentur		0			0	0
05 08	Sozialhilfe		1.382.400	215.742.900		217.125.300	136.500
05 09	Sonstige soziale Leistungen		973.100	408.800		1.381.900	357.000
05 10	Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG		11.500	2.157.300		2.168.800	
05 11	Soziale Entschädigungsleistungen		300.000	15.239.800		15.539.800	
05 12	Maßregelvollzug, Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes					0	
05 13	Gesundheitswesen		500.000	327.200	0	827.200	
05 16	Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung		0	542.100	0	542.100	367.200
05 17	Kinder, Jugend, Familie		223.100	57.744.400	7.414.500	65.382.000	131.500
	<b>Summe 2019</b>		<b>3.882.500</b>	<b>293.698.000</b>	<b>7.414.500</b>	<b>304.995.000</b>	<b>26.079.800</b>
	<b>Summe 2018</b>		<b>4.198.100</b>	<b>250.529.900</b>	<b>3.843.200</b>	<b>258.571.200</b>	<b>21.770.400</b>
	2019 mehr(+) / weniger(-)		-315.600	+43.168.100	+3.571.300	+46.423.800	+4.309.400

## und Verpflichtungsermächtigungen 2019

Ausgaben						+ Überschuss - Zuschuss  (Gesamteinnahmen - Gesamtausgaben)	Verpflichtungsermächtigungen	Kapitel
5 Sächliche Verwaltungs- ausgaben und Ausgaben für den Schulden- dienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme von Investitionen	7 Baumaß- nahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitions- förder- maßnahmen	9 Besondere Finanzie- rungsaus- gaben	Gesamt- ausgaben			
- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	- EUR -	
2.176.400	0		218.600	1.034.300	28.321.400	-27.488.300	40.000	<b>05 01</b>
284.500	12.513.800		1.612.700		14.411.000	-14.380.900	7.586.000	<b>05 02</b>
112.500	7.603.100		0		7.895.100	-6.860.400	2.448.800	<b>05 03</b>
30.500	17.140.100		100.000		17.286.600	-17.156.600	10.661.700	<b>05 05</b>
	32.277.800		1.282.100		33.559.900	-33.559.900	0	<b>05 06</b>
	6.996.800		0		6.996.800	-6.996.800	0	<b>05 07</b>
55.500	791.228.000		559.500		791.979.500	-574.854.200	0	<b>05 08</b>
92.300	34.704.800		500.000	200.000	35.854.100	-34.472.200	995.000	<b>05 09</b>
	3.573.500		11.000		3.584.500	-1.415.700	0	<b>05 10</b>
	31.312.400				31.312.400	-15.772.600	0	<b>05 11</b>
	48.804.500		2.848.800		51.653.300	-51.653.300	11.469.400	<b>05 12</b>
436.700	9.201.400		33.229.900		42.868.000	-42.040.800	122.649.000	<b>05 13</b>
63.500	0		0	0	430.700	+111.400	0	<b>05 16</b>
389.500	531.394.700		7.414.500	0	539.330.200	-473.948.200	7.567.700	<b>05 17</b>
<b>3.641.400</b>	<b>1.526.750.900</b>		<b>47.777.100</b>	<b>1.234.300</b>	<b>1.605.483.500</b>	<b>-1.300.488.500</b>	<b>163.417.600</b>	
<b>3.335.000</b>	<b>1.368.368.100</b>		<b>40.953.100</b>	<b>432.400</b>	<b>1.434.859.000</b>	<b>-1.176.287.800</b>	<b>52.726.500</b>	
+306.400	+158.382.800		+6.824.000	+801.900	+170.624.500	-124.200.700	+110.691.100	

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 05 01 beträgt zum 31.12.2019 221 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Die Rechtsgrundlage für die Gründung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration (MS) bildet der Beschluss der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt über den Aufbau der Landesregierung und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 06.11.1990 (MBI. LSA 1991 S. 2) sowie die Beschlüsse der Landesregierung vom 24.10.2006 (MBI. LSA S. 677), 14.11.2006 (MBI. LSA S. 723), 03.05.2011 (MBI. LSA S. 217) und vom 03.05.2016.

Das Ministerial-Kapitel enthält die Einnahmen, Personal-, Sach- und Investitionsausgaben, die zur zweckgerichteten Aufgabenerfüllung des MS als oberste Landesbehörde im Rahmen des Verwaltungsvollzuges entstehen. Darüber hinaus sind die Ansätze für Beihilfen aufgrund der Beihilfevorschriften für Beamte/Beamtinnen sowie Trennungsgeld für abgeordnete oder versetzte Bedienstete und Umzugskostenvergütungen für den gesamten Einzelplan 05 veranschlagt mit Ausnahme der Landesbetriebe Landesamt für Verbraucherschutz und Sozialagentur.

### Einnahmen

111 11	011	<b>Verwaltungsgebühren</b>	0 147	0
Erläuterungen:				
Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gem. Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.				
119 01	011	<b>Einnahmen aus Nebentätigkeit</b>	0 0	0
119 41	011	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	0 0	0
119 46	011	<b>Ersatzleistungen</b>	0 0	0
Erläuterungen:				
Ersatzleistungen von Bediensteten bzw. Versicherungen.				
119 51	011	<b>Vermischte Einnahmen</b>	15.000 10.206	15.000
Erläuterungen:				
Erstattung von Auslagen/Vorschüssen für Gerichtskosten und Rechtsanwaltsgebühren nach Abschluss des Haushaltsjahres.				
124 01	011	<b>Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung</b>	4.100 83	4.100
Erläuterungen:				
Erhebung von Fremdnutzungsanteilen der Kantine auf dem Grundstück des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration in der Turmschanzenstraße 25, 39114 Magdeburg sowie sonstige Mieteinnahmen.				
132 01	011	<b>Einnahmen aus der Veräußerung von Fahrzeugen</b>	0 0	0
132 02	011	<b>Einnahmen aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen</b>	0 1.430	0
232 01	011	<b>Zuweisungen von Ländern für bundesweite Veröffentlichungen</b>	0 0	0
236 01	011	<b>Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit</b>	0 0	0
281 01	018	<b>Erstattung von Versorgungsbezügen gemäß § 107 b Beamtenversorgungsgesetz</b>	523.300 501.835	501.800

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 01**                **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Titelgruppe(n)**

**65**                    **Schiedsstellen nach § 80 SGB XII, § 76 SGB XI und § 78 g SGB VIII**

\*\*\* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabetitelgruppe Kapitel 05 01 Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration ist für die Geschäftsstelle der Schiedsstellen zuständig.

<b>111 65</b>	<b>059</b>	<b>Gebühren der Schiedsstellen nach § 80 SGB XII, § 76 SGB XI und § 78 g SGB VIII</b>	<b>312.200</b>	<b>312.200</b>
			122.064	

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 111 65

Erläuterungen:

Schiedsstelle für Angelegenheiten der Sozialhilfe

Rechtsgrundlage: § 12 der Verordnung über die Schiedsstelle nach § 80 SGB XII

Für jedes Verfahren der Schiedsstelle werden Gebühren nach der Gebührenordnung für Schiedsstellen vom 07.03.2016 (GVBl. LSA S. 126) erhoben. Gemäß § 1 Abs. 1 SchiedsGebO ST werden die in der Anlage 1 nach der Beendigung des Verfahrens gestaffelten aufwandsbezogenen Gebühren erhoben. Nach Abs. 3 kann das Vorsitzende Mitglied die Gebühren in besonders schwierigen Fällen um bis zum Eineinhalbfachen der Gebühren erhöhen.

50 abgeschlossene Verfahren nach Anlage 1 Nr. 1 SchiedsGebO ST	700 EUR Gebühren =	35.000 EUR
40 abgeschlossene Verfahren nach Anlage 1 Nr. 2 SchiedsGebO ST	1.100 EUR Gebühren =	44.000 EUR
10 abgeschlossene Verfahren nach Anlage 1 Nr. 3 SchiedsGebO ST	2.100 EUR Gebühren =	21.000 EUR
38 abgeschlossene Verfahren nach Anlage 1 Nr. 4 SchiedsGebO ST	2.600 EUR Gebühren =	98.800 EUR
		<b>198.800 EUR</b>

Schiedsstelle für Angelegenheiten der sozialen Pflegeversicherung

Rechtsgrundlage: § 13 der Verordnung über die Schiedsstelle für die soziale Pflegeversicherung

Für jedes Verfahren der Schiedsstelle werden Gebühren nach der Gebührenordnung für Schiedsstellen vom 07.03.2016 (GVBl. LSA S. 126) erhoben. Gemäß § 1 Abs. 1 SchiedsGebO ST werden die in der Anlage 1 nach der Beendigung des Verfahrens gestaffelten aufwandsbezogenen Gebühren erhoben. Nach Abs. 3 kann das Vorsitzende Mitglied die Gebühren in besonders schwierigen Fällen um bis zum Eineinhalbfachen der Gebühren erhöhen. Nach § 1 Abs. 2 der Gebührenordnung werden abweichend zu Anlage 1 die in der Anlage 2 nach Art der Beendigung des Verfahrens gestaffelten aufwandsbezogenen Gebühren erhoben.

1 abgeschlossenes Verfahren nach Anlage 1 Nr. 3 SchiedsGebO ST	2.100 EUR Gebühren =	2.100 EUR
2 abgeschlossene Verfahren nach Anlage 2 Nr. 1 SchiedsGebO ST	3.000 EUR Gebühren =	6.000 EUR
1 abgeschlossenes Verfahren nach Anlage 2 Nr.3 SchiedsGebO ST	3.500 EUR Gebühren =	3.500 EUR
		<b>11.600 EUR</b>

Schiedsstelle für Angelegenheiten der Jugendhilfe

Rechtsgrundlage: § 13 der Verordnung über die Schiedsstelle in der Jugendhilfe

Für jedes Verfahren der Schiedsstelle werden Gebühren nach der Gebührenordnung für Schiedsstellen vom 07.03.2016 (GVBl. LSA S. 126) erhoben. Gemäß § 1 Abs. 1 SchiedsGebO ST werden die in der Anlage 1 nach der Beendigung des Verfahrens gestaffelten aufwandsbezogenen Gebühren erhoben. Nach Abs. 3 kann das Vorsitzende Mitglied die Gebühren in besonders schwierigen Fällen um bis zum Eineinhalbfachen der Gebühren erhöhen. Die Schiedsstelle entscheidet über den Inhalt von Vereinbarungen nach § 78 b SGB VIII, wenn zwischen Einrichtungs- und Kostenträgern eine Einigung nicht möglich ist.

51 abgeschlossenes Verfahren nach Anlage 1 Nr.1 SchiedsGebO ST	700 EUR Gebühren =	35.700 EUR
41 abgeschlossenes Verfahren nach Anlage 1 Nr.2 SchiedsGebO ST	1.100 EUR Gebühren =	45.100 EUR
10 abgeschlossene Verfahren nach Anlage 1 Nr. 3 SchiedsGebO ST	2.100 EUR Gebühren =	21.000 EUR
		<b>101.800 EUR</b>
		<b>312.200 EUR</b>

**Nachrichtlich: Summe TGr. 65**

**312.200**

**312.200**



05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Ausgaben

<b>421 01</b>	011	<b>Bezüge der Ministerpräsidentin, des Ministerpräsidenten, der Ministerinnen und der Minister</b>	<b>158.800</b>	<b>166.000</b>
		Erläuterungen:	162.263	0
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
		1. Amtsgehalt und Familienzuschlag	158.800	165.600
		2. Dienstaufwandsentschädigung	0	0
		3. Entschädigung für getrennte Haushaltsführung	0	0
		4. Sonderzuwendung	0	400
		<b>Summe</b>	<b>158.800</b>	<b>166.000</b>
<b>422 01</b>	011	<b>Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>5.032.600</b>	<b>5.935.700</b>
		Erläuterungen:	4.867.503	0
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	5.032.600	5.935.700
		2. Aufwandsentschädigungen	0	0
		3. Sonstige Zulagen	0	0
		4. Übergangsgelder	0	0
		<b>Summe</b>	<b>5.032.600</b>	<b>5.935.700</b>
<b>427 01</b>	011	<b>Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>5.000</b>	<b>17.700</b>
			17.739	0
<b>427 03</b>	011	<b>Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte (ABM)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>427 07</b>	011	<b>Beschäftigungsentgelte für Praktikantinnen und Praktikanten</b>	<b>0</b>	<b>21.300</b>
			0	0
<b>427 31</b>	011	<b>Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>427 39</b>	011	<b>Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>428 01</b>	011	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>7.809.400</b>	<b>8.818.800</b>
		Erläuterungen:	7.495.467	0
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	1.298.400	1.694.000
		- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	6.511.000	7.124.800
		2. Aufwandsentschädigungen	0	0
		3. Sonstige Leistungen	0	0
		<b>Summe</b>	<b>7.809.400</b>	<b>8.818.800</b>
<b>428 03</b>	011	<b>Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
431 01	018	Versorgungsbezüge der Ministerinnen und Minister	200.000 253.972	261.000 0
432 01	018	Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	6.087.400 6.023.601	7.398.700 0
432 02	018	Versorgungsbezüge für Hinterbliebene der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	290.000 312.468	346.500 0
441 02	841	Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	255.100 227.503	227.500 0
441 05	841	Beihilfen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0
443 01	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	16.800 15.300	19.900 0
Erläuterungen:				
				<b>2019</b>
1. Unterstützungen aufgrund der Unterstützungsgrundsätze				0
2. Maßnahmen zur Umsetzung des Gesundheitsmanagements				4.000
3. Fürsorgemaßnahmen, insbesondere bei Dienstunfällen				4.000
4. Sicherheitstechnische Leistungen				4.000
5. Arbeitsmedizinische Leistungen				7.900
<b>Zusammen</b>				<b>19.900</b>
443 02	841	Amtsärztliche Untersuchungen	500 261	500 0
443 11	841	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	0 0	0 0
446 01	018	Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger	661.000 895.529	1.544.400 0
453 01	011	Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen	2.700 2.225	2.200 0
453 11	011	Trennungsgeld und Ausbildungsbeihilfen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Ausbildungs- und Fortbildungslehrgängen	2.000 0	0 0
511 01	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	216.600 224.176	242.300 0
Erläuterungen:				
				<b>2019</b>
1. Geschäftsbedarf				26.000
2. Kommunikation				107.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände				59.300
4. Sonstiges				50.000
<b>Zusammen</b>				<b>242.300</b>
514 01	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	51.600 28.875	48.100 0
Erläuterungen:				
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
1. Haltung von Fahrzeugen			21.400	21.100
2. Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände			800	800
3. Verbrauchsmittel			29.400	26.200
4. Sonstiges			0	0
<b>Summe</b>			<b>51.600</b>	<b>48.100</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 514 01

Bestand an Dienstkraftfahrzeugen		01.01.2017	Soll 2018	Soll 2019
Nutz- und Sonderfahrzeuge		4	4	4
PKW/PKW Kombi		9	9	9
PKW-Anhänger		1	1	1
<b>Zusammen</b>		<b>14</b>	<b>14</b>	<b>14</b>

<b>517 01</b>	<b>011</b>	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>478.600</b>	<b>477.500</b>
			434.489	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Heizung	85.100	80.400
2.	Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	103.400	97.700
3.	Reinigung, Müllabfuhr usw., Be- und Entwässerung	172.720	176.900
4.	Bewachung	111.280	116.400
5.	Sonstiges	6.100	6.100
<b>Summe</b>		<b>478.600</b>	<b>477.500</b>

<b>518 01</b>	<b>011</b>	<b>Mieten und Pachten</b>	<b>46.800</b>	<b>56.000</b>
			19.779	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	5.000	5.000
2.	Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	41.800	51.000
3.	Für Leasing	0	0
<b>Summe</b>		<b>46.800</b>	<b>56.000</b>

<b>518 13</b>	<b>011</b>	<b>Leasing von Dienstfahrzeugen</b>	<b>26.500</b>	<b>26.500</b>
			24.128	0

\* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 05 01 Titel 811 01.

Erläuterungen:

Leasingraten für 9 PKW.

<b>518 30</b>	<b>011</b>	<b>Mietzahlungen an BLSA</b>	<b>889.900</b>	<b>889.900</b>
			858.309	0

Erläuterungen:

Bauteil	NF m <sup>2</sup>	NNF m <sup>2</sup>	FF m <sup>2</sup>	VF m <sup>2</sup>	Nutzer
Haus A	4.826,18	191,22	77,21	2.287,32	MS
Haus B	1.223,61	53,17	59,77	593,42	MS
Haus C	994,06	540,73	125,72	746,97	MS
Haus D	110,79	691,79	15,81	747,04	MS, MLV, MB
<b>Gesamtfläche</b>	<b>7.154,64</b>	<b>1.476,91</b>	<b>278,51</b>	<b>4.374,75</b>	

NF- Nutzungsfläche  
 NNF - Nebennutzungsfläche  
 FF - Funktionsfläche  
 VF - Verkehrsfläche

<b>519 01</b>	<b>011</b>	<b>Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen</b>	<b>14.500</b>	<b>18.500</b>
			18.773	0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

**05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 519 01

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1	Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	14.500	18.500
2	Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0	0
<b>Summe</b>		<b>14.500</b>	<b>18.500</b>

<b>525 01</b>	<b>011</b>	<b>Aus- und Fortbildung</b>	<b>50.000</b>	<b>45.000</b>
			31.854	0

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Ausbildungslehrgänge BI/BII	2.000	2.000
2.	Fortbildungsveranstaltungen	11.000	12.000
3.	Fachtagungen u.ä. Veranstaltungen	20.000	16.000
4.	Sonstiger Aufwand, Inhousefortbildungen	17.000	15.000
<b>Summe</b>		<b>50.000</b>	<b>45.000</b>

<b>526 01</b>	<b>011</b>	<b>Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>80.000</b>	<b>70.000</b>
			32.608	0

Erläuterungen:

Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Stempelgebühren, Erstattung barer Auslagen an Prozess- und Vertragsgegner.

<b>526 02</b>	<b>011</b>	<b>Sachverständige</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
			0	0

Erläuterungen:

Schätzgebühren und Übersetzungskosten für Verwaltungszwecke.

<b>527 01</b>	<b>011</b>	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b>	<b>75.300</b>	<b>83.200</b>
			75.589	0

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Reisekosten allgemein	72.300	80.200
2.	Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und für private Kraftfahrzeuge	3.000	3.000
<b>Summe</b>		<b>75.300</b>	<b>83.200</b>

<b>527 03</b>	<b>011</b>	<b>Reisekostenvergütungen für Reisen in Angelegenheiten der Personalvertretung und der Schwerbehindertenvertretung</b>	<b>9.500</b>	<b>10.000</b>
			4.779	0

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Fortbildungs- und Reisekosten des Personalrates	1.300	1.300
2.	Fortbildungs-, Reise- und Sitzungskosten des Hauptpersonalrates	7.200	7.200
3.	Fortbildungs- und Reisekosten der Schwerbehindertenvertretung	1.000	1.500
<b>Summe</b>		<b>9.500</b>	<b>10.000</b>

<b>529 01</b>	<b>011</b>	<b>Verfügungsmittel</b>	<b>5.000</b>	<b>5.000</b>
			4.938	0

Erläuterungen:

Zur Verfügung der Ministerin und der Staatssekretärinnen.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019

Angaben in EUR

**529 05 011 Verfügungsfonds der Landesregierung** **5.000** **5.000**  
 2.555 0

Erläuterungen:

Festveranstaltungen im Rahmen politischer Feierlichkeiten und anderer Anlässe sowie Veranstaltungen im Rahmen von  
 Fachaufgaben.

**532 01 011 Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit** **100.000** **100.000**  
 92.048 0

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Neue Publikationsprojekte	40.000	30.000
2.	Aktualisierte Nachauflagen vorhandener bzw. periodisch erscheinender Publikationen	10.000	10.000
3.	Aktionstage, Fachtagungen, Zielgruppenveranstaltungen, Landeswettbewerbe	40.000	50.000
4.	Sonstige Pressearbeit	10.000	10.000
<b>Summe</b>		<b>100.000</b>	<b>100.000</b>

**533 01 011 Dienstleistungen Außenstehender** **40.500** **79.900**  
 8.839 40.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			40.000	40.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>40.000</b>	<b>40.000</b>

Erläuterungen:

Nr.	Erläuterungstext	2019
1.	Betreuungs- und Wartungsverträge	7.500
2.	Schulungen BALVI iP Zentral	12.400
3.	Organisationsuntersuchungen im MS	60.000
<b>Zusammen</b>		<b>79.900</b>

**534 01 011 Sonstiges** **5.000** **4.500**  
 149 0

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Fortbildung für ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte	500	500
2.	Regionale Demografiewerkstätten	4.000	4.000
<b>Summe</b>		<b>4.500</b>	<b>4.500</b>

**536 01 219 Kosten des Landeswahlbeauftragen für die Wahlen zu den Organen der  
 Sozialversicherungsträger** **0** **0**  
 0 0

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

05 01 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 536 01

Erläuterungen:

Gemäß § 6 Abs. 2 SVWO - Wahlordnung für Sozialversicherung - erfolgt die Entschädigung der Landeswahlbeauftragten und ihrer Stellvertreter durch die Regelung der obersten Landesbehörden der Länder.

<b>681 01</b>	011	<b>Schadenersatzleistungen und Unfallentschädigungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			5.571	0

<b>811 01</b>	011	<b>Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 05 01 Titel 518 13.

<b>811 06</b>	011	<b>Erwerb von Nutz- und Sonderfahrzeugen</b>	<b>15.000</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>812 13</b>	011	<b>Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>812 15</b>	011	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen</b>	<b>111.100</b>	<b>218.600</b>
			74.320	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Wirtschaftsgeräte und Ausstattung	64.000	206.600
2.	AVV DatA	10.000	12.000
3.	eFI	37.100	0
	<b>Summe</b>	<b>111.100</b>	<b>218.600</b>

Das System des Austausches und der Verwaltung von Daten im Bereich der Lebensmittelüberwachung und des Verbraucherschutzes (AVV DatA) soll eine standartisierte Verfahrensweise für alle Bereiche des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Tiergesundheit und des Tierschutzes gewährleisten.

<b>916 13</b>	851	<b>Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"</b>	<b>409.700</b>	<b>1.034.300</b>
			595.157	0

<b>972 01</b>	011	<b>Globale Minderausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

### **Titelgruppe(n)**

**65 Schiedsstellen nach § 80 SGB XII, § 76 SGB XI und § 78 g SGB VIII**

Übertragbar

\*\*\* Ausgaben der Titelgruppe dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 05 01 Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration ist für die Geschäftsstellen der Schiedsstellen zuständig.

<b>412 65</b>	059	<b>Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige</b>	<b>131.900</b>	<b>131.900</b>
			33.975	0

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 01**                **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019

Angaben in EUR

noch zu 412 65

Erläuterungen:

Schiedsstellen für Angelegenheiten der Sozialhilfe

Aufwendungen für den Vorsitzenden der Schiedsstelle nach § 80 SGB XII

Der Vorsitzende erhält Reisekosten und für sonstige Barauslagen und Zeitaufwand einen Pauschalbetrag (§ 13 der Verordnung über die Schiedsstelle nach § 80 SGB XII).

Schiedsstelle für Angelegenheiten der sozialen Pflegeversicherung

Aufwendungen für den Vorsitzenden und die weiteren unparteiischen Mitglieder der Schiedsstelle nach § 76 SGB XI

Der Vorsitzende und die beiden anderen unparteiischen Mitglieder erhalten Reisekosten und für sonstige Barauslagen und Zeitaufwand einen Pauschalbetrag (§ 14 der Verordnung über die Schiedsstelle für die soziale Pflegeversicherung).

Schiedsstelle für Angelegenheiten der Jugendhilfe

Aufwendungen für den Vorsitzenden der Schiedsstelle nach § 78 g SGB VIII

Der Vorsitzende erhält Reisekosten und für sonstige Barauslagen und Zeitaufwand einen Pauschalbetrag (§ 14 der Verordnung über die Schiedsstelle in der Jugendhilfe).

<b>427 65</b>	059	<b>Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			26.805	0
<b>511 65</b>	059	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
			0	0
		Erläuterungen:		
		Erwerb von Literatur (Loseblatt- und Entscheidungssammlungen).		
<b>526 65</b>	059	<b>Sachverständige</b>	<b>14.000</b>	<b>14.000</b>
			2.863	0
		Erläuterungen:		
		Entschädigung von Sachverständigen, Zeuginnen und Zeugen, Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Stempelgebühren, Erstattung barer Auslagen an Prozessgegner.		
<b>527 65</b>	059	<b>Reisekostenvergütungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 65</b>			<b>146.400</b>	<b>146.400</b>
				0

<b>96</b>		<b>Personalüberbestand / Stellen- und Personalabbau</b>		
<b>422 96</b>	011	<b>Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>165.700</b>	<b>0</b>
			206.217	0
<b>428 96</b>	011	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>318.500</b>	<b>0</b>
			378.768	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 96</b>			<b>484.200</b>	<b>0</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	331.300	331.300
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	523.300	501.800
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>854.600</b>	<b>833.100</b>

**Ausgaben**

HGr. 4	Personalausgaben	21.137.400	24.892.100 0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	2.109.800	2.176.400 40.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0 0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	126.100	218.600 0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	409.700	1.034.300 0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>23.783.000</b>	<b>28.321.400</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			40.000
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-22.928.400</b>	<b>-27.488.300</b>



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0502 beträgt zum 31.12.2019 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Im Kapitel 0502 sind Einnahmen und Ausgaben eingestellt, die aufgrund ihrer übergreifenden Bedeutung für alle Funktionsbereiche des MS keinem anderen Kapitel des Einzelplans zugeordnet werden können.

**Einnahmen**

<b>111 11</b>	<b>219</b>	<b>Verwaltungsgebühren</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
			0	
		Erläuterungen:		
		Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gem. Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt - VwKostG LSA - und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt - ALLGO LSA - in der jeweils gültigen Fassung.		
<b>119 41</b>	<b>291</b>	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>23.600</b>	<b>23.600</b>
			10.281	
		Erläuterungen:		
		Rückzahlungen von Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet worden sind.		
<b>119 51</b>	<b>291</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>18.300</b>	<b>6.000</b>
			5.981	
		Erläuterungen:		
		Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.		
<b>231 01</b>	<b>011</b>	<b>Sonstige Zuweisungen vom Bund für Maßnahmen im Europäischen Jahr/UN-Jahr</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	
<b>232 03</b>	<b>313</b>	<b>Zuweisungen der obersten Arbeitsschutzbehörden der Länder</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	
<b>272 01</b>	<b>011</b>	<b>Zuschüsse von der EU für Maßnahmen im Europäischen Jahr/UN-Jahr</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

**Titelgruppe(n)**

<b>63</b>		<b>Maßnahmen nach § 5 des Mauergrundstücksgesetzes</b>		
<b>119 63</b>	<b>291</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			3.150	
		* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titel 631 63.		
<b>231 63</b>	<b>291</b>	<b>Sonstige Zuweisungen vom Bund</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			37.139	

\*\*\* vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0502 Titelgruppe 63.

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 63** **0** **0**

<b>65</b>		<b>Umsetzung und Weiterentwicklung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der EU-Förderung außerhalb der Strukturfonds</b>		
<b>272 65</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse von der EU</b>	<b>136.200</b>	<b>0</b>
			0	

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02**                  **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 272 65

Erläuterungen:

Durchführung von Projekten im Rahmen von EU-Förderprogrammen außerhalb der EU-Strukturfonds. Die EU beteiligt sich an den Ausgaben, die in diesem Titel vereinnahmt werden.

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 65**

**136.200**

**0**

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Ausgaben**

<b>533 01</b>	<b>011</b>	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>414.100</b>	<b>259.600</b>
			280.928	377.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	3.600	49.000		52.600
2020	1.600		346.000	347.600
2021	20.700		16.000	36.700
2022			15.000	15.000
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>25.900</b>	<b>49.000</b>	<b>377.000</b>	<b>451.900</b>

Erläuterungen:

Nr.	Erläuterungstext	2019 in EUR
1.	Fortsetzung von Studien aus Vorjahren (Verwendungsnachweisprüfung KH)	3.600
2.	Jahresmonitor Berufsbildung	15.000
3.	Freiwilligensurvey 2019	17.000
4.	Analyse der Fachkräfte in den Gesundheitsfachberufen insbesondere Therapieberufen und Ableitung von Handlungsempfehlungen zur gesundheitlichen Versorgung	54.000
5.	Umsetzung BTHG in Sachsen-Anhalt	50.000
6.	Digitaler Wegweiser zur psychiatrischen Versorgung in Sachsen-Anhalt	20.000
7.	Erstellung eines partizipativen kinder- und jugendpolitischen Programms	50.000
8.	Beschäftigungsbefragung zu Arbeits- und Einkommensbedingungen in Sachsen-Anhalt	50.000
<b>Zusammen</b>		<b>259.600</b>

<b>546 05</b>	<b>223</b>	<b>Unfall- und Haftpflichtrahmenversicherung für ehrenamtlich Tätige</b>	<b>20.300</b>	<b>17.500</b>
			17.402	0

Erläuterungen:

Infolge eines Abschlusses einer Unfall- und Haftpflichtversicherung durch das Land erhalten ehrenamtlich Tätige einen subsidiären Versicherungsschutz im Rahmen einer konventionellen Gruppenversicherung bei einem Versicherungsunternehmen.

<b>632 01</b>	<b>314</b>	<b>Finanzierung länderübergreifender Aufgaben im Gesundheits-, Arbeits- und Verbraucherschutz</b>	<b>57.900</b>	<b>141.500</b>
			46.102	0

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel für die bisher in Kapitel 0502, Titel 632 02 veranschlagten länderübergreifenden Aufgaben im Verbraucherschutz werden ab dem Haushaltsjahr 2019 ebenfalls an dieser Stelle veranschlagt.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 632 01

	Ist 2017 EUR	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2019 EUR
1. Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik (ZLS)	18.176	43.800	37.000
2. Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG)	31.845	36.100	41.600
3. Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben der Länder im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA)	10.820	10.900	10.800
4. Finanzierung des Betriebes der virtuellen Poststelle "Governikus"	0	2.100	2.100
5. Gemeinsames Internetportal der Länder "www.lebensmittelwarnung.de"	2.439	2.500	2.600
6. Betrieb der gemeinsamen Zentralstelle der Länder "Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des Lebensmittel- und Futtermittel-gesetzbuches (LFGB) sowie Tabakerzeugnisse - G@zielt"	12.471	25.000	26.900
7. Veröffentlichung von Kontrollergebissen nach § 40 Nr. 1a LFGB	0	0	20.500
<b>Gesamt:</b>	<b>75.751</b>	<b>120.400</b>	<b>141.500</b>

**632 02 314 Finanzierung länderübergreifender Aufgaben im Verbraucherschutz** **62.500** **0**  
29.649 0

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel für die bisher in diesem Titel veranschlagten länderübergreifenden Aufgaben im Verbraucherschutz werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kap. 0502, Titel 632 01 veranschlagt.

**633 01 314 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Aufgabenwahrnehmung nach dem Verbraucherinformationsgesetz** **700** **700**  
650 0

Erläuterungen:

Ausgleich für Mehrausgaben bei den Kommunen gem. § 6 des Gesetzes zur Ausführung des Verbraucherinformationsgesetzes Sachsen-Anhalt

**633 02 291 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für soziale Beratungsangebote** **3.630.400** **3.739.300**  
3.630.400 0

Erläuterungen:

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatungsstellen sowie Suchtberatungsstellen

**684 01 314 Zuschüsse zur Förderung der Verbraucherberatung** **1.478.300** **1.797.900**  
1.460.105 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		1.478.300		1.478.300
2020		1.478.300		1.478.300
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>2.956.600</b>		<b>2.956.600</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 01

Erläuterungen:

Verbraucherschutz hat die Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger vor Risiken und Gefahren, auf die der Einzelne keinen Einfluss hat, zu schützen und die Verbrauchersouveränität zu stärken. Die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger des Landes Sachsen-Anhalt bei der Wahrnehmung ihrer Verbraucherinteressen erfolgt durch die Förderung der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e. V. (VZSA) als einzige Verbraucherschutzorganisation im Land Sachsen-Anhalt. Die VZSA gewährleistet eine unabhängige, von der Wirtschaft unbeeinflusste Beratung und Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie nimmt aber auch die Verbraucherinteressen gegenüber der Wirtschaft und Politik wahr.

Diese Aufgabe ist keine unmittelbar staatliche, gleichwohl aber aus dem genannten Grund eine durch den Staat zu fördernde und in seinem Interesse liegende. Die Wahrnehmung erfolgt zweckmäßigerweise durch eine (neutrale) Organisation, um Konflikte des Landes Sachsen-Anhalt bei der Wahrnehmung der übrigen Aufgaben zu vermeiden. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben liegt im Landesinteresse. Ohne finanzielle Unterstützung des Landes ist die Verbraucherzentrale nicht in der Lage, diese Aufgaben zu erfüllen.

Für die Wahrnehmung dieser Aufgabe erfolgt eine Betrauung der VZSA mit der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zur anbieterunabhängigen Wahrnehmung der Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher des Landes Sachsen-Anhalt. Die Betrauung beruht auf dem Beschluss der Kommission vom 20.12.2011 über die Anwendung von Art. 106 Abs. 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU bei staatlichen Beihilfen in Form von Ausgleichsleistungen zugunsten bestimmter Unternehmen, die mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse betraut sind - Freistellungsbeschluss (2012/21/EU, ABI. EU Nr. L 7/3 vom 11.01.2012).

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	2.148.300	1.959.585	2.454.832
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	537.238	398.742	553.437
3. Schuldendienst	1.900	1.800	1.900
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke			
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	25.000
6. Besondere Finanzierungsausgaben	87.683	0	0
Zusammen	<u>2.775.121</u>	<u>2.360.127</u>	<u>3.035.169</u>
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	110.861	670.002	115.500
Mithin Fehlbetrag:	<u>2.664.260</u>	<u>1.690.125</u>	<u>2.919.669</u>
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	66.823	0	0
b) das Land mit	1.544.410	1.478.302	1.882.143
c) den Bund mit	773.395	110.723	777.528
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	196.250	101.100	193.898
e) Private	83.382	0	66.100
Zusammen	<u>2.664.260</u>	<u>1.690.125</u>	<u>2.919.669</u>

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02**                **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 684 01

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E 14	1,00	1,00	1,00
E 13 Ü	1,00	1,00	1,63
E 12	4,13	4,13	4,45
E 11	0,05	0,05	0,00
E10	1,18	1,18	2,20
E 9	14,46	14,46	12,54
E 8	0,75	0,75	1,75
E 6	4,00	4,00	3,00
E 4	0,93	0,93	0,93
Summe	27,50	27,50	27,50
Insgesamt	27,50	27,50	27,50

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	1.469.573	1.516.985	1.762.900
2. Projektförderung	678.727	442.600	691.932
<b>Zusammen</b>	<b>2.148.300</b>	<b>1.959.585</b>	<b>2.454.832</b>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	1.460.105	1.478.302	1.797.838
2. Projektförderung	84.305	0	84.305
<b>Zusammen</b>	<b>1.544.410</b>	<b>1.478.302</b>	<b>1.882.143</b>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	108.906	110.723	111.632
2. Projektförderung	664.489	0	665.896
<b>Zusammen</b>	<b>773.395</b>	<b>110.723</b>	<b>777.528</b>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	39.950	101.100	31.000
2. Projektförderung	156.300	0	162.898
<b>Zusammen</b>	<b>196.250</b>	<b>101.100</b>	<b>193.898</b>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Zuwendungen von Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt	39.950	35.000	31.000
2. Bundesverband Verbraucherzentralen	156.300	65.000	162.898
3. Spende	0	1.100	0
<b>Zusammen</b>	<b>196.250</b>	<b>101.100</b>	<b>193.898</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 01

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

<b>684 02</b>	<b>011</b>	<b>Maßnahmen im Europäischen Jahr/UN-Jahr</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 03</b>	<b>314</b>	<b>Zuschüsse zur Förderung des Projektes Pflegerechtsberatung</b>	<b>0</b>	<b>212.900</b>
			0	210.700

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			210.700	210.700
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>210.700</b>	<b>210.700</b>

Erläuterungen:

Förderung des Pilotprojektes zur Einrichtung einer Pflegerechtsberatung/-hotline bei der Verbraucherzentrale Sachsen-Anhalt e.V. mit dem Ziel, pflegebedürftigen Personen und ihren Angehörigen eine niedrigschwellige, anbieterunabhängige und qualitativ hochwertige und fachlich fundierte, zeitnahe Beratung zu ihren konkreten pflegerechtsrelevanten Fragen anzubieten und ihre Rechtsposition gegenüber Kostenträgern und Leistungsanbietern in der außergerichtlichen Rechtsbesorgung zu stärken. Die Pilotphase ist für zwei Jahre geplant.

<b>684 04</b>	<b>314</b>	<b>Vernetzungsstelle für Kita- und Schulverpflegung in Sachsen-Anhalt</b>	<b>45.000</b>	<b>46.500</b>
			44.998	48.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			48.000	48.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>48.000</b>	<b>48.000</b>

Erläuterungen:

Die Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung arbeitet gemeinsam mit den Kita- und Schulträgern, Kitas, Schulen und Caterern an der Sicherstellung eines ausgewogenen und gesunden Verpflegungsangebots in Schulen und Kitas.

<b>685 01</b>	<b>011</b>	<b>Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften</b>	<b>19.900</b>	<b>28.000</b>
			19.379	0

Erläuterungen:

Das Land, vertreten durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration, ist Mitglied in folgenden Vereinen, Verbänden und Gesellschaften und zahlt jährlich Mitgliedsbeiträge wie folgt:

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 685 01

	Ist 2017 EUR	Ansatz 2018 EUR	Ansatz 2019 EUR
1. Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ)	1.792	1.812	1.800
2. Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)	424	425	425
3. Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DJJuF)	2.050	2.050	2.050
4. Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter u. Hauptfürsorgestellen	1.312	1.081	3.700
5. Deutsches Institut für Normung (DIN), Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASl)	851	1.500	1.500
6. Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe	8.389	8.400	8.400
7. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	4.491	4.480	9.850
8. Bundesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik	70	70	70
9. Bündnis für Zuwanderung und Integration im Land Sachsen-Anhalt	0	15	0
<b>Gesamt:</b>	<b>19.379</b>	<b>19.833</b>	<b>27.795</b>

**686 01 314 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an Vereine und Verbände der Verbraucheraufklärung und Ernährungsberatung** **0** **0**  
0 0

**Titelgruppe(n)**

**61 Beratungsangebote**

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 02 Titel 633 61, Kapitel 05 02 Titel 684 61.

Erläuterungen:

	2017 (EUR)	2018 (EUR)	2019 (EUR)	2017 (EUR)	2018 (EUR)	2019 (EUR)	2017 (EUR)	2018 (EUR)	2019 (EUR)
	<b>633 61</b>			<b>684 61</b>			<b>Gesamt</b>		
	Ist	Ansatz	Ansatz	Ist	Ansatz	Ansatz	Ist	Ansatz	Ansatz
1. Schwangerschaftsberatungsstellen	164.771	178.200	<b>178.200</b>	3.001.720	3.275.100	<b>3.314.000</b>	3.166.490	3.453.300	<b>3.492.200</b>
2. Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen	86.828	50.000	<b>215.000</b>	1.328.898	1.500.000	<b>2.839.800</b>	1.415.726	1.550.000	<b>3.054.800</b>
<b>Summe 2019</b>	251.598	228.200	<b>393.200</b>	4.330.618	4.775.100	<b>6.153.800</b>	4.582.216	5.003.300	<b>6.547.000</b>

Die Mittel dienen der Förderung notwendiger Beratungsangebote als Bestandteil sozialpolitischer Maßnahmen der Landesregierung. Die Angebote haben präventiven Charakter, sollen den Betroffenen aber auch individuelle Hilfe und Unterstützung geben.

**633 61 235 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände** **228.200** **393.200**  
251.598 215.000

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titelgruppe 61.



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 633 61

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		50.000		50.000
2020			215.000	215.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>50.000</b>	<b>215.000</b>	<b>265.000</b>

<b>684 61</b>	<b>235</b>	<b>Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>4.775.100</b>	<b>6.153.800</b>
			4.330.618	2.839.800

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 02 Titelgruppe 61.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		1.500.000		1.500.000
2020			2.839.800	2.839.800
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>1.500.000</b>	<b>2.839.800</b>	<b>4.339.800</b>

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 61</b>	<b>5.003.300</b>	<b>6.547.000</b>
		3.054.800

**62 Ministerkonferenzen/ Fachabteilungskonferenzen**

Erläuterungen:

Nr.	Erläuterungstext	2019 in EUR
1.	Leitung der ASMK-Länderarbeitsgruppe Digitalisierung/ Arbeitswelt 4.0	700
2.	Ausrichtung der jährlichen Arbeitskonferenz der Abteilungsleiter/innen "Arbeit" der Länder	1.200
3.	Vorsitzland der Arbeitsgemeinschaft "Berufe im Gesundheitswesen" der AOLG	5.500
<b>Zusammen</b>		<b>7.400</b>

<b>427 62</b>	<b>011</b>	<b>Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>511 62</b>	<b>011</b>	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonst. Gebrauchsgegenstände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			6.553	0
<b>518 62</b>	<b>011</b>	<b>Mieten und Pachten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>526 62</b>	<b>011</b>	<b>Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02**                **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
529 62	011	Verfüungsmittel	0	0
			0	0
533 62	011	Dienstleistungen Außenstehender	0	0
			3.298	0
534 62	011	Sonstiges	0	7.400
			47.939	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 62</b>			<b>0</b>	<b>7.400</b>
				0
<b>63</b>		<b>Maßnahmen nach § 5 des Mauergrundstücksgesetzes</b>		
		*** Ausgaben bei Kapitel 0502 Titel 547 63, 671 63, 685 63 und 894 63 dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Ist-Einnahmen bei Kapitel 0502 Titel 231 63.		
547 63	291	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0
			0	0
631 63	291	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0
			3.150	0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 05 02 Titel 119 63.		
671 63	291	Kostenerstattungen	0	0
			37.139	0
685 63	291	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	0	0
			0	0
894 63	291	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen	0	0
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 63</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0
<b>64</b>		<b>Maßnahmen aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR - PMO</b>		
		Übertragbar		
		** Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.		
		Erläuterungen:		
		Zur gemeinnützigen Verwendung des nicht rückführbaren PMO-Vermögens haben die Treuhandanstalt und die Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 11.02.1994 eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen. Diese hat zum Inhalt, dass die Verwendung zu ca. 60 % für investive und investitionsfördernde Maßnahmen der öffentlichen Hand im Bereich der wirtschaftlichen Umstrukturierung, im Übrigen zu sozialen und kulturellen Zwecken investiert werden muss.		
		Die Verteilung der Mittel aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR sieht anteilig für die Investitionsmaßnahmen der SALUS gGmbH, des Peißnitzhauses e.V. und des Vereins Volkspark e.V. einen Betrag von insgesamt 5.508.156 EUR vor.		
631 64	291	Sonstige Zuweisungen an den Bund	0	0
			0	0
671 64	291	Kostenerstattungen	0	0
			0	0
891 64	291	Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Träger	0	0
			0	0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02 Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**893 64 291 Zuschüsse für Investitionen an freie Träger** **0** **1.612.700**  
0 3.895.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			1.821.100	1.821.100
2021			1.564.300	1.564.300
2022			510.100	510.100
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>3.895.500</b>	<b>3.895.500</b>

Erläuterungen:

Die folgenden Maßnahmen werden aus PMO-Mitteln gefördert:

Maßnahme	2019	2020	2021	2022
1. Salus gGmbH im Schloss Pretzsch	1.402.700	1.731.100	1.564.300	510.100
2. Volkspark Halle e. V.	150.000	50.000	0	0
3. Peißnitzhaus Halle	60.000	40.000	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>1.612.700</b>	<b>1.821.100</b>	<b>1.564.300</b>	<b>510.100</b>

**Nachrichtlich: Summe TGr. 64** **0** **1.612.700**  
3.895.500

**65 Umsetzung und Weiterentwicklung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der EU-Förderung außerhalb der Strukturfonds**

Übertragbar

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Ausgaben der Verwaltung, die erforderlich sind, um EU-Maßnahmen umzusetzen.

**427 65 291 Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte** **99.000** **0**  
0 0

**527 65 291 Reisekosten für Dienstreisen** **5.000** **0**  
0 0

**533 65 291 Dienstleistungen Außenstehender** **75.000** **0**  
0 0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		30.000		30.000
2020		20.000		20.000
2021		10.000		10.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>60.000</b>		<b>60.000</b>

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 02**                  **Allgemeine Bewilligungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>547 65</b>	291	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>633 65</b>	291	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 65</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>685 65</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 65</b>			<b>179.000</b>	<b>0</b>
				0
<b>98</b>		<b>Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2007 - 2013</b>		
		Übertragbar		
		** Rückzahlungen oder Rückforderungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.		
<b>428 98</b>	291	<b>Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>683 98</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 98</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 02 Allgemeine Bewilligungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	42.400	30.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	136.200	0
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>178.600</b>	<b>30.100</b>

#### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	99.000	0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	514.400	284.500 377.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	10.298.000	12.513.800 3.313.500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	1.612.700 3.895.500
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>10.911.400</b>	<b>14.411.000</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			7.586.000
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-10.732.800</b>	<b>-14.380.900</b>

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03**                **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 0503 beträgt zum 31.12.2019 0 Vollzeitäquivalente.

**Einnahmen**

<b>111 11</b>	291	<b>Verwaltungsgebühren</b>	<b>0</b> 0	<b>0</b>
Erläuterungen:				
Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gem. Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.				
<b>119 41</b>	291	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>500</b> 162.001	<b>500</b>
Erläuterungen:				
Rückzahlungen von Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet worden sind.				
<b>119 51</b>	291	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>500</b> 0	<b>500</b>
Erläuterungen:				
Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.				

**Titelgruppe(n)**

<b>66</b>	<b>Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung vom Rechtsextremismus</b>			
Erläuterungen:				
Zuweisungen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" zur Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Interventionen gegen Rechtsextremismus/ Unterstützung von Prozessen bei der Distanzierung vom Rechtsextremismus sowie Maßnahmen gegen gewaltorientierten Islamismus.				
<b>231 66</b>	291	<b>Zuweisungen vom Bund</b>	<b>520.000</b> 642.624	<b>1.033.700</b>

\*\*\* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe Kapitel 05 03 Titelgruppe 66.

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 66</b>	<b>520.000</b>	<b>1.033.700</b>
-------------------------------------	----------------	------------------

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

**Ausgaben**

<b>684 03</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse an den Verein Miteinander e.V.</b>	<b>203.000</b>	<b>208.900</b>
			198.565	215.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			215.500	215.500
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>215.500</b>	<b>215.500</b>

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins Miteinander e.V.

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	1.238.642	1.435.967	1.490.454
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	310.305	294.827	342.939
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	210	210	210
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	1.549.157	1.731.004	1.833.603
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	54.114	26.142	19.907
Mithin Fehlbetrag:	1.495.043	1.704.862	1.813.696
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	18.210	43.622	18.338
b) das Land mit	626.219	681.147	684.316
c) den Bund mit	747.927	887.685	1.042.345
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	50.957	35.000	35.000
e) Private	51.730	57.408	33.697
Zusammen	1.495.043	1.704.862	1.813.696

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03**                **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 684 03

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
EG 12	0,88	0,88	0,88
EG 10	0,13	0,13	0,13
EG 10	0,50	0,50	0,50
EG 10	0,38	0,38	0,38
EG 10	0,25	0,25	0,25
EG 8	0,00	0,00	0,88
EG 8	0,00	0,00	0,13
EG 6	0,88	0,88	0,00
EG 6	0,13	0,13	0,00
Summe	3,15	3,15	3,15
Insgesamt	3,15	3,15	3,15

Position 1 - Personalausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	194.026	197.462	203.362
2.) Projektförderung	1.044.616	1.238.505	1.287.092
<b>Zusammen</b>	<b>1.238.642</b>	<b>1.435.967</b>	<b>1.490.454</b>

Erläuterungen zu Position b) bis d):

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	198.565	203.000	208.900
2.) Projektförderung	427.654	478.147	475.416
<b>Zusammen</b>	<b>626.219</b>	<b>681.147</b>	<b>684.316</b>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	747.927	887.685	1.042.345
<b>Zusammen</b>	<b>747.927</b>	<b>887.685</b>	<b>1.042.345</b>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	50.957	35.000	35.000
<b>Zusammen</b>	<b>50.957</b>	<b>35.000</b>	<b>35.000</b>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Stadt Magdeburg	50.957	35.000	35.000
<b>Zusammen</b>	<b>50.957</b>	<b>35.000</b>	<b>35.000</b>



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 03

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Der Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. ist ein landesweit anerkannter Träger der Jugendhilfe, mit dem Arbeitsschwerpunkt Jugendbildungsarbeit und politische Bildung. Der Verein setzt sich mit seinen Bildungs- und Beratungsangeboten für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft ein und arbeitet gegen Rassismus, Antisemitismus und alle Formen von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt. Ziel der überregionalen Arbeit des Vereins ist es, durch spezielle Projekte und Fortbildungsangebote, insbesondere junge Menschen zu selbst bestimmtem Handeln und kritischem Denken zu befähigen und deren soziale und politische Handlungskompetenz zu stärken. Darüber hinaus ist der Verein intensiv in die Umsetzung von Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus eingebunden.

<b>685 02</b>	<b>235</b>	<b>Zuschüsse zur Förderung der "Auslandsgesellschaft e.V."</b>	<b>509.000</b>	<b>550.000</b>
			502.200	558.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			558.300	558.300
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>558.300</b>	<b>558.300</b>

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt e.V.

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	1.193.749	1.236.820	1.333.935
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	547.114	534.261	567.498
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	220	205	205
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	<u>1.741.083</u>	<u>1.771.286</u>	<u>1.901.638</u>
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	62.912	58.795	63.457
Mithin Fehlbetrag:	<u>1.678.171</u>	<u>1.712.491</u>	<u>1.838.181</u>
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0
b) das Land mit	1.078.811	1.085.611	1.087.659
c) den Bund mit	463.573	473.093	599.190
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	8.250	8.250	6.950
e) Private	127.537	145.537	144.382
Zusammen	<u>1.678.171</u>	<u>1.712.491</u>	<u>1.838.181</u>

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03**                **Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 685 02

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E 13	0,88	1,00	1,00
E 11	0,75	0,75	0,75
E 11	0,25	0,25	0,25
E 11	1,00	1,00	1,00
E 10	0,75	1,00	1,00
EG 5	1,00	1,00	1,00
Summe	4,63	5,00	5,00
Insgesamt	4,63	5,00	5,00

Position 1 - Personalausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	342.293	385.364	424.729
2.) Projektförderung	851.456	851.456	909.206
<b>Zusammen</b>	<b>1.193.749</b>	<b>1.236.820</b>	<b>1.333.935</b>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	502.200	509.000	550.000
2.) Projektförderung	576.611	576.611	537.659
<b>Zusammen</b>	<b>1.078.811</b>	<b>1.085.611</b>	<b>1.087.659</b>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	7.616	17.136	17.136
2.) Projektförderung	455.957	455.957	582.054
<b>Zusammen</b>	<b>463.573</b>	<b>473.093</b>	<b>599.190</b>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	8.250	8.250	6.950
<b>Zusammen</b>	<b>8.250</b>	<b>8.250</b>	<b>6.950</b>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Stadt Magdeburg	8.250	8.250	6.950
<b>Zusammen</b>	<b>8.250</b>	<b>8.250</b>	<b>6.950</b>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Titelgruppe(n)**

**64 Verbesserung der Situation von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge durch Beratung, Betreuung, Integration und interkulturelle Öffnung**

<b>532 64</b>	291	<b>Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>27.500</b>	<b>27.500</b>
			21.094	0

Erläuterungen:

Nr.		2019
1.	Druck von mehrsprachigen Flyern und Broschüren	10.000
2.	Bericht zum Integrationsmonitoring	3.600
3.	Verleihung Integrationspreis	13.900
<b>Zusammen</b>		<b>27.500</b>

<b>533 64</b>	291	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>3.000</b>	<b>3.000</b>
			2.712	0

Erläuterungen:

1. Dolmetscher- und Übersetzungskosten
2. Rechtsberatung in ausländerrechtlichen Fragen

<b>633 64</b>	291	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>300.000</b>	<b>600.000</b>
			336.341	600.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		300.000		300.000
2020			600.000	600.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>300.000</b>	<b>600.000</b>	<b>900.000</b>

Erläuterungen:

Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit von Integrationslotsen

<b>684 64</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b>	<b>4.114.000</b>	<b>3.814.000</b>
			3.318.740	1.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		250.000		250.000
2020			1.000.000	1.000.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>250.000</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.250.000</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 64

Erläuterungen:

a) Förderung nach Maßgabe der Förderrichtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Flüchtlingshilfe, sowie zur interkulturellen Öffnung in den Förderschwerpunkten:

Nr.		2019
1.	Information, Beratung und Unterstützung von Migrantinnen und Migranten insbesondere Flüchtlingen	1.150.000
2.	Selbstorganisation, Partizipation und Integration	400.000
3.	Interkulturelle Begegnung und Verständigung	80.000
4.	Interkulturelle Bildung und Öffnung von Organisationen, Einrichtungen und Diensten	70.000
5.	Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus	20.000
6.	Förderung lokaler Willkommenskultur für Flüchtlinge und Neuzuwandernde	1.124.000
7.	Förderung des Bundesfreiwilligendienstes	500.000
8.	Engagementförderung	220.000
<b>Zusammen</b>		<b>3.564.000</b>

b) Finanzierung von Projekten der Richtlinie zur Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund.

<b>685 64</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>893 64</b>	291	<b>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

**Nachrichtlich: Summe TGr. 64** **4.444.500** **4.444.500**  
1.600.000

**66 Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie und zur Bekämpfung vom Rechtsextremismus**

Übertragbar

\*\*\* Die Ausgaben der Titelgruppe - ohne Titel 686 66 - dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 03 Titel 231 66.

Erläuterungen:

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus	2017/2018	2019	2017/2018	2019	2017/2018	2019	2017/2018	2019	2017/2018	2019	2017/2018	2019
	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)	(EUR)
	05 03 / 231 66		05 03 / 427 66		05 03 / 534 66		05 03 / 684 66		05 03 / 686 66		05 03 / TGr. 66	
	<b>Einnahmen</b>				<b>Ausgaben</b>							
1.	410.000	739.200		179.500	7.000	7.000	979.000	1.117.300			986.000	1.303.800
	410.000				7.000		981.500				988.500	
2.	50.000	56.000					110.500	121.700			110.500	121.700
	50.000						111.100				111.100	
3.	60.000	238.500					116.000	310.700			116.000	310.700
	60.000						116.300				116.300	
4.							100.000	270.500			100.000	270.500
							100.000				100.000	
5.					50.000	75.000			400.000	610.000	450.000	685.000
					50.000				500.000		550.000	
Summe	520.000	1.033.700		179.500	57.000	82.000	1.305.500	1.820.200	400.000	610.000	1.762.500	2.691.700
	520.000				57.000		1.308.900		500.000		1.865.900	

<b>427 66</b>	291	<b>Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte</b>	<b>0</b>	<b>179.500</b>
			30.124	0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 427 66

Erläuterungen:

Aus Bundesmitteln finanziertes Personal zur fachlichen und fördertechnischen Umsetzung des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" im Land Sachsen-Anhalt.

<b>527 66</b>	291	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			610	0
<b>533 66</b>	291	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			565	0
<b>534 66</b>	291	<b>Sonstiges</b>	<b>57.000</b>	<b>82.000</b>
			47.887	75.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			50.000	50.000
2021			25.000	25.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>75.000</b>	<b>75.000</b>

Erläuterungen:

		2018 EUR	2019 EUR
1.	Durchführung insbesondere von (Fortbildungs-)Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und Konferenzen im Rahmen des Bundesprogramms	7.000	7.000
2.	Durchführung insbesondere von (Fortbildungs-)Veranstaltungen, Vernetzungstreffen und Konferenzen im Rahmen des Landesprogramms	0	25.000
3.	Wissenschaftliche Begleitung/Evaluierung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit	50.000	50.000
<b>Summe</b>		<b>57.000</b>	<b>82.000</b>

<b>633 66</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 66</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>1.308.900</b>	<b>1.820.200</b>
			1.391.420	0

Erläuterungen:

Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit":

1. Förderung von Beratungsnetzwerken - Mobile Interventionen gegen Rechtsextremismus
2. Unterstützung bei Prozessen zur Distanzierung vom Rechtsextremismus
3. Maßnahmen gegen gewaltorientierten Islamismus
4. Modellhafte Vorhaben

Förderung von Modellprojekten im Rahmen des Bundesprogramms "Zusammenhalt durch Teilhabe".

<b>685 66</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>686 66</b>	291	<b>Zuschüsse für Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit</b>	<b>500.000</b>	<b>610.000</b>
			143.847	0

\*\*\* 50.000 Euro zur Förderung von Maßnahmen zur Prävention von Linksextremismus.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 686 66

Erläuterungen:

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit (RdErl. des MS vom 20.11.2017 - S3).

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 66</b>	<b>1.865.900</b>	<b>2.691.700</b>
		75.000

**93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln Förderperiode 2014 -2020**

Übertragbar

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 03 Titel 633 93, Kapitel 05 03 Titel 683 93, Kapitel 05 03 Titel 684 93, Kapitel 05 03 Titel 685 93 und Kapitel 05 03 Titel 686 93.

\*\* Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im eFREporter3 zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

\*\*\* Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie für die EU-Strukturfonds-Förderung 2014 bis 2020 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 80 v. H. aus EU- und je nach Finanzplanebene bis zu 20 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen werden im Kapitel 1317 Titelgruppe 63 veranschlagt.

<b>633 93</b>	291	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 03 Titelgruppe 93.		
<b>683 93</b>	291	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 03 Titelgruppe 93.		
<b>684 93</b>	291	<b>Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 03 Titelgruppe 93.		
<b>685 93</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 03 Titelgruppe 93.		
<b>686 93</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 03 Titelgruppe 93.		
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 93</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 03 Demokratie- und Engagementförderung, Integration

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.000	1.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	520.000	1.033.700
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>521.000</b>	<b>1.034.700</b>

#### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	0	179.500 0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	87.500	112.500 75.000
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	6.934.900	7.603.100 2.373.800
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0 0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>7.022.400</b>	<b>7.895.100</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			<b>2.448.800</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-6.501.400</b>	<b>-6.860.400</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

**05 05 Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0505 beträgt zum 31.12.2019 1 Vollzeitäquivalent.

Erläuterungen:

Schwerpunktmäßig konzentriert sich die Arbeitsmarktpolitik des Landes darauf, über Qualifizierung von Beschäftigten zusätzliche Beschäftigung zu schaffen, Arbeitsplätze zu sichern und die Wachstumskräfte der Betriebe in Sachsen-Anhalt zu stärken. Integrationsmaßnahmen vielfältiger Art sollen dazu beitragen, die Chancen bestimmter Personengruppen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu verbessern.

Die hierfür notwendigen Einnahmen und Ausgaben sind in folgenden Titelgruppen zusammengefasst:

- TGr. 64 Landesprogramm Sozialer Arbeitsmarkt,
- TGr. 69 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung in der Wirtschaft,
- TGr. 79 Maßnahmen zur Unterstützung der Anpassung an die Digitalisierung der Arbeitswelt,
- TGr. 93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2014 - 2020.

### Einnahmen

<b>111 11</b>	253	<b>Verwaltungsgebühren</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gem. Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.

<b>119 41</b>	253	<b>Rückzahlung von Überzahlungen</b>	<b>50.000</b>	<b>80.000</b>
			130.635	

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Zuwendungen, die von den Zuwendungsempfängern nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden.

<b>119 51</b>	253	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
			2.857	

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

<b>231 02</b>	252	<b>Zuweisungen des Bundes zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung entsprechend SGB II</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			219.209.340	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titel 633 02.

Erläuterungen:

Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie zur Erstattung der Aufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche nach § 46 Abs. 5, 6 ff SGB II (siehe auch Titel 633 02).

### Titelgruppe(n)

<b>68</b>	<b>Förderung der beruflichen Erstausbildung</b>			
<b>231 68</b>	253	<b>Zuweisungen des Bundes für die Förderung der beruflichen Erstausbildung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 68</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
-------------------------------------	--	--	----------	----------



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 05 Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Ausgaben**

<b>533 01</b>	<b>253</b>	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>40.000</b>	<b>6.000</b>
			23.883	60.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	6.000			6.000
2020	7.000		60.000	67.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>13.000</b>		<b>60.000</b>	<b>73.000</b>

Erläuterungen:

Dienstleistungen Außenstehender zur Steigerung der Effizienz der Jobcenter.

<b>534 01</b>	<b>253</b>	<b>Sonstiges</b>	<b>6.000</b>	<b>6.000</b>
			2.154	0

Erläuterungen:

Austragung von zwei SGB II-Regionalkonferenzen in Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und dem sachsen-anhaltinischen Landkreistag sowie anlassbezogene Fachtagungen zu Fragen der Grundsicherung.

<b>633 02</b>	<b>252</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung entsprechend SGB II</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			219.209.340	0

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 05 05 Titel 231 02.

Erläuterungen:

Zuweisungen an kommunale Träger zur Beteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 46 Abs. 5 SGB II sowie zur Erstattung der Aufwendungen für das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche nach § 46 Abs. 6 SGB II. Die vom Bund hierfür zweckgebunden zur Verfügung gestellten Mittel werden bei Titel 231 02 vereinnahmt.

<b>671 01</b>	<b>253</b>	<b>Kostenerstattungen</b>	<b>5.003.700</b>	<b>4.980.000</b>
			4.638.383	0

Übertragbar

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	4.973.300			4.973.300
2020	4.496.800			4.496.800
2021	4.444.000			4.444.000
2022	3.172.200			3.172.200
2023 ff.	1.393.700			1.393.700
<b>Summen</b>	<b>18.480.000</b>			<b>18.480.000</b>

Erläuterungen:

Kostenerstattungen an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt und die FörderService GmbH der Investitionsbank zur Durchführung der EU-Programme Förderperiode 2014-2020.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 05**                **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Titelgruppe(n)**

**62**                    **Förderung von Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge**

<b>671 62</b>	253	<b>Kostenerstattungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			26.608	0
<b>683 62</b>	253	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			-127.739	0

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 62** **0**                    **0**  
0

**64**                    **Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben**

Übertragbar

\*\* Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Landesmittel für Maßnahmen zur Etablierung eines sozialen Arbeitsmarktes und Erarbeitung eines Konzeptes für eine Verstetigung und Weiterentwicklung der bisher bereits in Sachsen-Anhalt erprobten und umgesetzten Förderansätze im Sinne eines Sozialen Arbeitsmarktes.

<b>633 64</b>	253	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>671 64</b>	253	<b>Kostenerstattungen</b>	<b>990.000</b>	<b>56.500</b>
			33.900	45.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	56.500			56.500
2020	34.800		5.200	40.000
2021	21.500		18.500	40.000
2022			21.500	21.500
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>112.800</b>		<b>45.200</b>	<b>158.000</b>

Erläuterungen:

Kostenerstattung an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt zur Umsetzung des Landesprogramms "Stabilisierung und Teilhabe am Arbeitsleben".

<b>683 64</b>	253	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>10.010.000</b>	<b>8.230.000</b>
			3.054.509	8.230.000

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 05 Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018 Ist 2017	Ansatz 2019 VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 683 64

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	6.009.700	2.000.000		8.009.700
2020		7.000.000		7.000.000
2021			8.230.000	8.230.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>6.009.700</b>	<b>9.000.000</b>	<b>8.230.000</b>	<b>23.239.700</b>

Erläuterungen:

Maßnahmen zur Etablierung eines sozialen Arbeitsmarktes und Erarbeitung eines Konzeptes für eine Verstetigung und Weiterentwicklung der bisher bereits in Sachsen-Anhalt erprobten und umgesetzten Förderansätze im Sinne eines Sozialen Arbeitsmarktes.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 64</b>	<b>11.000.000</b>	<b>8.286.500</b>
		8.275.200

**68 Förderung der beruflichen Erstausbildung**

\*\* Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

<b>533 68</b>	253	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>683 68</b>	253	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			-360	0
<b>684 68</b>	253	<b>Zuschüsse an Sonstige zur Schaffung außerbetrieblicher Ausbildungsplätze</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>686 68</b>	253	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 68</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		0

**69 Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung in der Wirtschaft**

Übertragbar

Erläuterungen:

Die Unterstützung von Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung und berufliche Bildung ist Voraussetzung für die Verbesserung der Wirtschaftskraft, insbesondere kleiner und mittlerer Betriebe.

<b>526 69</b>	153	<b>Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>1.000</b>	<b>4.000</b>
			68	0

Erläuterungen:

Entschädigung der Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung und des Fachkräftesicherungspaktes und ihrer Unterausschüsse sowie externer Sachverständiger.

<b>534 69</b>	153	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>2.000</b>
			0	0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

**05 05 Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 534 69

Erläuterungen:

Ausgaben für Veranstaltungen des Fachkräftesicherungspaktes und seiner Arbeitsgruppen sowie des Landesausschusses für Berufsbildung und seiner Unterausschüsse.

<b>893 69</b>	153	<b>Zuschüsse für Investitionen an Sonstige</b>	<b>100.000</b>	<b>100.000</b>
			67.104	100.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		1.800.000		1.800.000
2020		1.800.000	100.000	1.900.000
2021		1.800.000		1.800.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>5.400.000</b>	<b>100.000</b>	<b>5.500.000</b>

Erläuterungen:

Das Land Sachsen-Anhalt beteiligt sich neben der Bundesförderung und einem Eigenanteil des Trägers an den Ausgaben für Bau und Ausstattung von überbetrieblichen Bildungsstätten des Handwerks sowie von Industrie und Handel. Die VE 2018 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden.

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 69</b>	<b>101.000</b>	<b>106.000</b>
		100.000

**70 Förderung der beruflichen Qualifikation - Programmzeitraum 1994 - 1999 - EU - Anteil**

\*\* Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

<b>683 70</b>	253	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			-3.301	0

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 70</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		0

**71 Förderung der beruflichen Qualifikation - Programmzeitraum 1994 - 1999 - Landesanteil**

\*\* Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

<b>683 71</b>	253	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			-1.414	0

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 71</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		0

**74 Förderung der beruflichen Qualifikation - Programmzeitraum 2000 - 2006 - Landesanteil**

\*\* Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 05 Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

<b>683 74</b>	<b>253</b>	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			-2.228	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 74</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0

**79 Maßnahmen zur Unterstützung der Anpassung an die Digitalisierung der Arbeitswelt**

Erläuterungen:

Anteilige Finanzierung von Maßnahmen des Bundes im Rahmen des Bundes ESF 2014-2020 (Kofinanzierung).

<b>631 79</b>	<b>253</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an den Bund</b>	<b>0</b>	<b>100.000</b>
			0	200.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			100.000	100.000
2021			100.000	100.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>200.000</b>	<b>200.000</b>

Erläuterungen:

Anteilige Finanzierung von Maßnahmen des Bundes im Rahmen des Bundes ESF 2014-2020 (Kofinanzierung).

<b>683 79</b>	<b>253</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

Erläuterungen:

Anteilige Finanzierung von Maßnahmen des Bundes im Rahmen des Bundes ESF 2014-2020 (Kofinanzierung).

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 79</b>			<b>0</b>	<b>100.000</b>
				200.000

**93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2014 - 2020**

Übertragbar

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 05 Titel 428 93, Kapitel 05 05 Titel 533 93, Kapitel 05 05 Titel 633 93, Kapitel 05 05 Titel 671 93, Kapitel 05 05 Titel 681 93, Kapitel 05 05 Titel 682 93, Kapitel 05 05 Titel 683 93, Kapitel 05 05 Titel 684 93, Kapitel 05 05 Titel 685 93 und Kapitel 05 05 Titel 686 93.

\*\* Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im efREporter3 zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 05 Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie für die EU-Strukturfonds-Förderung 2014 bis 2020 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 80 v. H. aus EU- und je nach Finanzplanebene bis zu 20 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen werden im Kapitel 1317 TGr. 63 bzw. Kapitel 1319 TGr. 71 veranschlagt.

<b>428 93</b>	253	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>15.500</b>	<b>16.000</b>
			14.074	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 93.

Erläuterungen:

Ressortkoordination ESF V

<b>533 93</b>	253	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>12.500</b>	<b>12.500</b>
			0	12.500

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		12.500		12.500
2020			12.500	12.500
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>12.500</b>	<b>12.500</b>	<b>25.000</b>

Erläuterungen:

Evaluierungen, Studien, Veröffentlichungen, Veranstaltungen im Rahmen des ESF 2014 - 2020.

<b>633 93</b>	253	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>1.500.000</b>	<b>1.500.000</b>
			1.403.544	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		1.500.000		1.500.000
2020		1.500.000		1.500.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>3.000.000</b>		<b>3.000.000</b>

Erläuterungen:

22.09.a.01.1 Familien stärken - Perspektiven eröffnen Gk

Die VE in 2018 zu Lasten des Haushaltsjahres 2020 wird nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden.

<b>671 93</b>	253	<b>Kostenerstattungen</b>	<b>95.800</b>	<b>88.600</b>
			98.250	0

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 05**                **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 671 93

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	88.600			88.600
2020				
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>88.600</b>			<b>88.600</b>

Erläuterungen:

Landesmittel zur Kofinanzierung der Technischen Hilfe für den ESF 2014-2020, die der Kostenerstattung eines Teils der zur Durchführung der ESF-Programme benötigten Mittel dient.

<b>681 93</b>	253	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke an sonstige Bereiche</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 93.		
<b>682 93</b>	253	<b>Zuschüsse an öffentliche Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 93.		
<b>683 93</b>	253	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>2.932.700</b>	<b>1.815.000</b>
			1.334.042	1.954.000

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 05 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	126.500	1.931.700		2.058.200
2020		1.498.700	1.014.000	2.512.700
2021			815.000	815.000
2022			125.000	125.000
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>126.500</b>	<b>3.430.400</b>	<b>1.954.000</b>	<b>5.510.900</b>





**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 05**                **Arbeitsmarkt**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 686 93

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	51.000			51.000
2020	8.500		60.000	68.500
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>59.500</b>		<b>60.000</b>	<b>119.500</b>

Erläuterungen:

21.08b.06.2 Unterstützung des Übergangsmanagements (assistierte Ausbildung)

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 93</b>	<b>4.866.300</b>	<b>3.802.100</b>
		2.026.500

**98**                    **Landesmittel zur Kofianzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2007 - 2013**

\*\* Rückforderungen oder Rückzahlungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

<b>428 98</b>	<b>253</b>	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>682 98</b>	<b>253</b>	<b>Zuschüsse an öffentliche Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>683 98</b>	<b>253</b>	<b>Zuschüsse an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 98</b>	<b>253</b>	<b>Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>686 98</b>	<b>253</b>	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 98</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 05 Arbeitsmarkt

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	100.000	130.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	0
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>100.000</b>	<b>130.000</b>

#### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	15.500	16.000
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	59.500	30.500 72.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	20.842.000	17.140.100 10.489.200
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	100.000	100.000 100.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>21.017.000</b>	<b>17.286.600</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			10.661.700
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-20.917.000</b>	<b>-17.156.600</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 06 Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Die Ausgaben der Hauptgruppe 6 sind einseitig zu Lasten der Ausgaben der Hauptgruppe 8 deckungsfähig. Die Deckungsfähigkeit ist auf 10 v.H. der Ausgaben der Hauptgruppe 8 begrenzt. Zu Beachten ist Nr. 2.2.2 des Grundsatzerlasses zu den Landesbetrieben nach § 26 LHO Sachsen-Anhalt RdErl. des MF vom 11.07.2012-25-4012/10.  
 Gebühren der Ethik-Kommission decken gem. § 4 der Verordnung übr Ethik-Kommissionen zur Bewertung klinischer Prüfungen von Arzneimitteln vom 28.September 2017 deren zweckgebundene Ausgaben in der Hauptgruppe 6 und in der Hauptgruppe 8.

Das verbindliche Vollzeitäquivalentziel für das Kapitel 05 06 beträgt zum 31.12.2019 416 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Auf Beschluss der Landesregierung vom 4.10.2002 wurde das Landesamt für Verbraucherschutz (LAV LSA) mit Sitz in Halle errichtet und zum 14.4.2004 in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO überführt. Seit dem 1.1.2006 ist die Ethikkommission des Landes dem Landesamt für Verbraucherschutz zugeordnet.

Mit dem Ziel, den im öffentlichen Interesse liegenden Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz auf allen Ebenen zu erhalten und, soweit erreicht, zu verbessern, nehmen die Fachbereiche des Amtes die folgenden Aufgaben wahr:

**Fachbereich Hygiene**

Es werden auf den Gebieten der Epidemiologie, der Krankenhaus- und Praxishygiene, der Trink- und Badewasserhygiene, der Kommunalhygiene, der Umweltmedizin und des Infektionsschutzes einzelfall- und bevölkerungsbezogene Datenerhebungen und Laboruntersuchungen sowie deren nachfolgende fachliche Bewertungen durchgeführt. Sie dienen der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, dem Schutz und der Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitszustandes sowie der Verringerung arzneimittelbedingter Gefährdungen der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt. In der Arzneimittelprüfstelle werden Proben im Rahmen der Arzneimittel- und Apothekenüberwachung amtlich untersucht. Der Fachbereich ist zuständige Behörde für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und alle Maßnahmen der Seuchenbekämpfung im landesweiten Maßstab und mit landesweiter Bedeutung sowie Fortbildungsstätte für die Beschäftigten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die Gesundheitsberichtserstattung einschließlich der Pflege der dazu gehörigen Internetplattform ist eine weitere Aufgabe des Fachbereichs.

**Fachbereich Lebensmittelsicherheit**

Es werden die im Rahmen der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach risikoorientierten Probenplänen und aus besonderem Anlass im Land Sachsen-Anhalt entnommenen Proben von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln hinsichtlich toxikologischer bzw. molekularbiologischer Unbedenklichkeit, sensorischer und mikrobiologischer Beschaffenheit sowie qualitativer Zusammensetzung untersucht, bezeichnungsrechtlich überprüft und sachverständig beurteilt.

**Fachbereich Veterinärmedizin**

Im Fachbereich Veterinärmedizin werden morphologische, mikrobiologische, virologische, serologische, molekularbiologische, parasitologische und elektronenoptische Untersuchungen an Materialien von lebenden und gefallenen Haus- und Wildtieren zur Tierseuchen-, Zoonosenüberwachung oder -feststellung nach dem Tierseuchengesetz durchgeführt. Darüber hinaus werden Monitoring- und andere Untersuchungen zu pharmakologisch wirksamen Substanzen durchgeführt. Durch den staatlichen Tierseuchenbekämpfungs- und Tierschutzdienst des Landes werden landesweite Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen und zur Einhaltung von Nutztierhaltungsnormen bearbeitet. Die Task Force Tierseuchenbekämpfung unterstützt die Veterinärbehörden des Landes sowohl bei der Vorbeuge zur Verhinderung eines Ausbruches als auch bei der Bekämpfung im Fall eines Tierseuchenausbruches.

**Fachbereich Arbeitsschutz**

Der Fachbereich ist gemäß Zuständigkeitsverordnungen zuständige Behörde für den Vollzug des technischen, medizinischen und sozialen Arbeitsschutzes, des technischen Verbraucherschutzes und der allgemeinen Produktsicherheit.

**Fachbereich Verwaltung**

Der Fachbereich Verwaltung nimmt behördeninterne Aufgaben zur Absicherung der Rahmenbedingungen insbesondere unter dem Aspekt betriebswirtschaftlicher Grundsätze wahr. Er ist verantwortlich für die Fortentwicklung der Organisations- und Aufgabenstruktur, für die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes personeller und materieller Ressourcen und die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung mit der Zielsetzung, den Zuschussbedarf zu reduzieren.

**Einnahmen**

111 11 314 **Verwaltungsgebühren**

0 0  
0

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 06**                 **Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
112 01	313	Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten	0	0
			0	
119 41	313	Rückzahlung von Überzahlungen	0	0
			0	
119 51	314	Vermischte Einnahmen	0	0
			0	
121 40	314	Abzuführende Überschüsse des Landesamtes für Verbraucherschutz	0	0
			0	

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 06**                **Verbraucherschutz**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Ausgaben

<b>422 41</b>	314	<b>Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>428 03</b>	314	<b>Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>682 40</b>	314	<b>Zuschuss an das Landesamt für Verbraucherschutz</b>	<b>30.825.900</b>	<b>32.277.800</b>
			30.653.858	0
		Erläuterungen:		
		Der Wirtschaftsplan 2019 des Landesamtes für Verbraucherschutz ist als Anlage zum Kapitel 0506 beigefügt.		
<b>891 40</b>	314	<b>Zuschüsse für Investitionen an das Landesamt für Verbraucherschutz</b>	<b>1.262.600</b>	<b>1.282.100</b>
			1.309.642	0
		Erläuterungen:		
		Der Wirtschaftsplan 2019 des Landesamtes für Verbraucherschutz ist als Anlage zum Kapitel 0506 beigefügt.		

### Titelgruppe(n)

<b>89</b>		<b>Planmäßiges Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO</b>		
<b>422 89</b>	314	<b>Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>428 89</b>	314	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 89</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0
<b>96</b>		<b>Personalbestand / Stellen- und Personalabbau</b>		
<b>422 96</b>	313	<b>Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>428 96</b>	313	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 96</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 06 Verbraucherschutz

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

#### Ausgaben

HGr. 4 Personalausgaben	0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	30.825.900	32.277.800
HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	1.262.600	1.282.100
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>32.088.500</b>	<b>33.559.900</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>		<b>0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>	<b>-32.088.500</b>	<b>-33.559.900</b>

**Ministerium für Arbeit und Soziales**

**Deckungsvermerk:**

**Ausgaben der Hauptgruppe 6 und der Hauptgruppe 8 sind einseitig zu Lasten der Hauptgruppe 8 deckungsfähig. Die Deckungsfähigkeit ist auf 10 v.H. der Ausgaben der Hauptgruppe 8 beschränkt.** Zu beachten ist Nr.2.2.2 des Grundsatzerlasses zu den Landesbetrieben nach § 26 LHO Sachsen-Anhalt RdErl. des MF vom 11.07.2012 -25-4012/10

**Gebühren der Ethik-Kommission decken gem. § 4 der Verordnung über Ethik-Kommissionen zur Bewertung klinischer Prüfungen von Arzneimitteln vom 28.September 2017 deren zweckgebundene Ausgaben in der Hauptgruppe 6 und in der Hauptgruppe 8.**

**Wirtschaftsplan 2019  
des Landesamtes für Verbraucherschutz  
-LAV -**

**Ordnungsnummer: 40**  
**Kapitel / Ressort: 0506 MS**

**Erläuterungen zum Kapitel / Ressort 0506 MS  
Landesamt für Verbraucherschutz - LAV -  
Ordnungsnummer : 40**

**Allgemeine Ausführungen**

Auf Beschluss der Landesregierung vom 04.10.2002 wurde das Landesamt für Verbraucherschutz (LAV LSA) mit Sitz in Halle errichtet und zum 14.04.2004 in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO überführt. Seit dem 1.1.2006 ist die Ethikkommission des Landes dem Landesamt für Verbraucherschutz zugeordnet.

Mit dem Ziel, den im öffentlichen Interesse liegenden Verbraucher-, Gesundheits- und Arbeitsschutz auf allen Ebenen zu erhalten und, soweit erreichbar, zu verbessern, nehmen die Fachbereiche des LAV die folgenden Aufgaben wahr.

Fachbereich Hygiene

Es werden auf den Gebieten der Epidemiologie, der Krankenhaus- und Praxishygiene, der Trink- und Badewasserhygiene, der Kommunalhygiene, der Umweltmedizin und des Infektionsschutzes einzelfall- und bevölkerungsbezogene Datenerhebungen und Laboruntersuchungen sowie deren nachfolgende fachliche Bewertungen durchgeführt. Sie dienen der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, dem Schutz und der Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitszustandes sowie der Verringerung arzneimittelbedingter Gefährdungen der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt. In der Arzneimittelprüfstelle werden Proben im Rahmen der Arzneimittel- und Apothekenüberwachung amtlich untersucht. Der Fachbereich ist zuständige Behörde für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und alle Maßnahmen der Seuchenbekämpfung im landesweiten Maßstab und mit landesweiter Bedeutung sowie Fortbildungsstätte für die Beschäftigten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die Gesundheitsberichterstattung einschließlich der Pflege der dazu gehörigen Internetplattform ist eine weitere Aufgabe des Fachbereichs.

Fachbereich Lebensmittelsicherheit

Es werden die im Rahmen der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung nach risikoorientierten Probenplänen und aus besonderem Anlass im Land Sachsen-Anhalt entnommenen Proben von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen und kosmetischen Mitteln hinsichtlich toxikologischer, hygienischer und molekularbiologischer Unbedenklichkeit, sensorischer Beschaffenheit sowie qualitativer Zusammensetzung untersucht, bezeichnungsrechtlich überprüft und sachverständig beurteilt.

Fachbereich Veterinärmedizin

Im Fachbereich Veterinärmedizin werden morphologische, mikrobiologische, virologische, serologische, molekularbiologische, parasitologische und elektronenoptische Untersuchungen an Materialien von lebenden und gefallenen Haus- und Wildtieren zur Tierseuchen-, Zoonosenüberwachung oder -feststellung nach dem Tiergesundheitsgesetz durchgeführt. Darüber hinaus erfolgen Monitoring- und andere Untersuchungen zu pharmakologisch wirksamen Substanzen. Durch den staatlichen Tierseuchenbekämpfungs- und Tiereschutzdienst des Landes werden landesweite Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen und zur Einhaltung von Nutztierhaltungsnormen bearbeitet. Die Task Force Tierseuchenbekämpfung unterstützt die Veterinärbehörden des Landes sowohl bei der Vorbeuge zur Verhinderung eines Ausbruches als auch bei der Bekämpfung im Fall eines Tierseuchenausbruches.

Fachbereich Arbeitsschutz

Der Fachbereich ist gemäß Zuständigkeitsverordnungen zuständige Behörde für den Vollzug des technischen, medizinischen und sozialen Arbeitsschutzes, des technischen Verbraucherschutzes und der allgemeinen Produktsicherheit.

Fachbereich Verwaltung

Der Fachbereich Verwaltung nimmt behördeninterne Aufgaben zur Absicherung der Rahmenbedingungen insbesondere unter dem Aspekt betriebswirtschaftlicher Grundsätze wahr. Er ist verantwortlich für die Fortentwicklung der Organisations- und Aufgabenstruktur, für die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes personeller und materieller Ressourcen und die Gewährleistung der ordnungsgemäßen Geschäftsführung mit der Zielsetzung, den Zuschussbedarf zu reduzieren.



**A: Erfolgsplan**

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Stand :05.02.2018	Stand: 04.12.2018	
		vorläufiges Ist 2017 - EUR-	Ansatz 2018 -EUR-	Ansatz 2019 -EUR-
	1. Umsatzerlöse	<b>3.985.215,04</b>	<b>3.717.862</b>	<b>3.950.421</b>
50	a) verwaltungswirtschaftliche Erträge	201.098,91	167.862	191.160
51	b) Erträge aus Gebühren und Entgelten	3.784.116,13	3.550.000	3.759.261
54	c) Zuweisungen und Zuschüsse, Kostenerstattungen sowie Produktabgeltung			
	d) Zuschüsse für laufende Zwecke (Gruppe 682)	30.142.261,08		
58	e) Zuweisungen, Zuschüsse und Investitionszuschüsse (durchlaufende Mittel)	-		
52	2. Bestandsveränderungen	-		
52	3. Andere aktivierte Eigenleistungen	-		
53	4. sonstige Erträge	<b>1.256.496,46</b>	<b>1.314.098</b>	<b>1.235.598</b>
537	a) Auflösung des Sonderpostens für Investitionen	1.172.517,89	1.142.400	1.161.900
	<b>Zwischensumme Erträge (1-4):</b>	<b>5.241.711,50</b>	<b>5.031.960</b>	<b>5.186.019</b>
	5. Materialaufwand	<b>5.460.525,93</b>	<b>5.964.149</b>	<b>6.063.115</b>
60	a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige verwaltungswirtschaftliche Tätigkeit	3.607.830,47	3.964.174	3.844.785
61	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.852.695,46	1.999.975	2.218.330
	6. Personalaufwand	<b>26.016.526,13</b>	<b>24.571.000</b>	<b>26.948.704</b>
62+63	a) Bezüge (Besoldung, Vergütung, Entlohnung) davon für Beschäftigte	20.578.208,62	19.463.224	21.173.910
	davon für Beamte	13.173.304,88	12.668.524	13.701.780
64	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	7.404.903,74	6.794.700	7.472.130
	davon für Beschäftigte	5.438.317,51	5.107.776	5.774.794
	davon für Beamte	2.934.989,62	2.850.418	3.082.901
647	davon für Zuweisungen an Pensions- und Unterstüt- zungskassen (lt. PZVO u. 30% Regelung)	211.919,25	196.519	243.059
		2.291.408,64	2.060.839	2.448.834
66	7. Abschreibungen	<b>1.277.258,45</b>	<b>1.262.600</b>	<b>1.282.100</b>
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	86.570,59	17.000	26.200
	b) auf Gebäude, Gebäudeeinrichtungen	120.394,23	120.400	120.400
	c) auf technische Anlagen und Maschinen	1.010.786,51	1.088.500	1.094.800
	d) auf andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	59.507,12	36.700	40.700
	e) auf Sachanlagen im Gemeingebrauch			
	8. sonstige Aufwendungen	<b>2.780.904,03</b>	<b>4.021.854</b>	<b>3.135.995</b>
65	a) Sonstige Personalaufwendungen	240.944,93	289.600	389.835
67	b) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	1.899.610,59	3.060.241	2.049.856
68	c) Weitere Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reise und Werbung	395.739,77	415.100	431.140
69	d) Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen und periodenfremde Aufwendungen	89.619,04	108.450	105.638
70	e) Betriebliche Steuern	14.499,95	8.463	9.526
73	f) Aufwendungen für sonstige Leistungen an Dritte			
71	g) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, Investitionszuschüsse und Kostenerstattungen (originäre Leistungen) sowie aus Produktabgeltung			

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	vorläufiges Ist 2017 - EUR-	Ansatz 2018 -EUR-	Ansatz 2019 -EUR-
78	h) Aufwendungen aus allgemeinen Zuweisungen und Zuschüssen und Investitionszuschüssen (durchlaufende Mittel)	140.489,75	140.000	150.000
	<b>Zwischensumme Aufwendungen (5-8):</b>	<b>35.535.214,54</b>	<b>35.819.603,00</b>	<b>37.429.914</b>
	<b>Betriebsergebnis (1-8):</b>	<b>- 30.293.503</b>	<b>- 30.787.643</b>	<b>- 32.243.895</b>
56	9. Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			
57	10. Zinsen und ähnliche Erträge	2.626,24	4.061	2.626
74	11. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens			
75	12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67.614,28	42.284	36.520
	<b>Finanzergebnis (9-12):</b>	<b>- 64.988,04</b>	<b>- 38.223</b>	<b>- 33.894</b>
	<b>13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (1-12):</b>	<b>- 30.358.491</b>	<b>- 30.825.866</b>	<b>- 32.277.789</b>
59	14. Außerordentliche Erträge 14.1 davon Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt			
79	15. Außerordentliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme, Einstellung in Rücklagen			
	<b>16. Außerordentliches Ergebnis (14-15):</b>	<b>- 30.358.491</b>	<b>- 30.825.866</b>	<b>- 32.277.789</b>
77	17. Steuern vom Einkommen und Ertrag	4.974,32		
72	18. sonstige Steuern a) Steuern und steuerähnliche Aufwendungen			
	<b>19. Jahresüberschuss(-) /Jahresfehlbetrag (+)</b>			
	20. - Ertrag aus der Verlustübernahme durch den Landeshaushalt (lt. Ziff. 14.1)			
	21. - Ausgleich des Verlustvortrages der Vorjahre mit dem Jahresüberschuss			
	22. + Deckung des Jahresfehlbetrages durch Entnahme aus der Gewinnrücklage			
	23. + Hinzurechnung von Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen. Werden die Abschreibungen im Finanzplan als Deckungsmittel ausgewiesen, ist eine Hinzurechnung nicht vorzunehmen.			
	24. + Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt ist - Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit innerhalb der GuV keine Neutralisation erfolgt.			
	25. + Restbuchwert bei Abgang von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, denen kein Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse gegenübersteht			
	<b>26. = vorläufige Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan</b>			
	27. Der Wert lt. Ziffer 26 ist im Fall der Übernahme von Verlusten der Vorjahre durch den Landeshaushalt zu berichtigen: a) der Zuführungsbetrag ist um den verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu erhöhen, b) der ablieferungsbetrag ist um den Verlustübernahmebetrag (lt. Ziff. 14.1) zu mindern.			
	<b>28. Zuführung/Ablieferung laut Erfolgsplan</b>		<b>- 30.825.866</b>	<b>- 32.277.789</b>

## **Erläuterungen zum Erfolgsplan 2019:**

### **Zu 1. Umsatzerlöse / Leistungsentgelte**

Kontengruppen 50, 51

Diese Kontengruppen umfassen Umsatzerlöse sowie Gebühren und Leistungsentgelte für Laboruntersuchungen der Fachbereiche Hygiene, Lebensmittelsicherheit und Veterinärmedizin sowie Gebühren und Bußgelder der Gewerbeaufsicht und Einnahmen der Ethikkommission.

Ertragsrückgänge sind die Folge von sinkenden Untersuchungszahlen etwa für Eigenkontrollen von Sterilisations- und Desinfektionsapparaten in Medizinischen Einrichtungen sowie aus reduzierter Außendiensttätigkeit (Revisionen, Kontrollen) gem. abgestimmter Zielvereinbarung für den Fachbereich Arbeitsschutz.

### **Zu 4. Sonstige Erträge**

Kontengruppe 53

Die sonstigen Erträge sind überwiegend zahlungsunwirksame Erträge, etwa Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und von Einzelwertberichtigungen auf Forderungen sowie Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen, z.B. für Prozesskosten.

Daneben fließen hier Erträge aus der Inanspruchnahme dienstlicher Einrichtungen, aus Erstattungen Personalkosten (Abordnung), aus Reisekostenübernahmen durch Dritte, Erstattungen für Impfstoffe Asylbewerber, Erstattungen von Krankenkassen für U2 Verfahren sowie periodenfremde Erträge für Leistungen der Vorjahre ein.

### **Zu 5. Materialaufwand**

Kontengruppe 60, 61

Die Kontengruppe 60 umfasst Materialaufwendungen für die Labore der Fachbereiche (u. a. Testkits, Chemikalien, Reagenzien, Technische Gase), die Verbrauchsmaterialien der Verwaltung (u. a. EDV-Zubehör), alle Ausgaben für Energie, Wasser und Abwasser, die Bereitstellung der Arbeitsschutzbekleidung, die Materialien für Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten sowie Impfstoffe.

Der Mittelbedarf in dieser Kontengruppe steigt gegenüber dem Verbrauch 2017 an.

Ursache dafür sind Mehrbedarfe im Zusammenhang mit der Einführung von Next Generation Sequenzierung oder der Pyrrolizidinanalytik im Fachbereich Lebensmittelsicherheit, der Umstellung von Untersuchungsverfahren zum Nachweis von Legionellen, Preissteigerungen für Testkits, Chemikalien und Technische Gase für die Laboruntersuchungen und der Mehrbedarf an Impfstoffen für Asylbewerber.

Die Kontengruppe 61 umfasst die Positionen Fremdinstandhaltung für Fachgeräte, für EDV Anlagen, allgemeine Ausstattungsgegenstände, Kurierdienste der Fachbereiche Hygiene, Lebensmittelsicherheit und Veterinärmedizin, die Kosten für Abfallentsorgung, insbesondere Konfiskatentsorgung, Kosten für die Entschädigung von Sachverständigen, Druckwerke und Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen des IT Betriebes durch den IT Dienstleister des Landes (Dataport) sowie sonstige Fremdleistungen.

Hier entsteht ein Mehrbedarf einerseits durch steigende Reparaturkosten für überalterte, teilweise bereits abgeschriebene Geräte und Ausrüstungen sowie andererseits für einen dynamisch steigenden Wartungsbedarf einer immer komplexeren Technik im Labor, an sonstigen betriebstechnischen Anlagen in Gebäuden, etwa der technische Betreuung der thermischen Abwasseraufbereitungsanlage im Fachbereich Veterinärmedizin und bei den EDV- Anlagen in allen Fachbereichen, etwa durch die Erweiterung des Labor- und Managementsystems LIMSOPHY für den Fachbereich Hygiene.

Im Bereich Sachverständigenentschädigung für den Fachbereich Arbeitssicherheit entsteht ein Mehrbedarf durch die angedachte Vergabe von Laborleistungen an Externe im Zusammenhang mit der chemischen Analytik von Arbeitsplatzmessungen und für sicherheitstechnische Prüfungen durch Externe im Rahmen der Marktüberwachung.

## **Zu 6. Personalaufwand**

Kontengruppe 62, 63, 64

Hier sind die Bezügezahlungen sowie die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung sowie Beihilfen geplant. Weiterhin ist der an den Landeshaushalt abzuführende Betrag der planmäßigen Besoldung (interne Verrechnung nach Nr. 4 Grundsatzterlass zu den Landesbetrieben) an Pensions- und Unterstützungskassen enthalten.

Der Mittelbedarf steigt zum einen durch die erhöhte Anzahl von Ausbildungen (Auszubildende, Gewerbeoberinspektoranwärter, Gewerbereferendare, Fach(tier)ärzte in Weiterbildung). Diese ausgebildeten Fachkräfte werden durch die vielen Altersabgänge (29 in 2018 und 22 in 2019) benötigt.

Des Weiteren werden durch Übernahme neuer Aufgaben und Aufgabenaufwuchs zusätzliche 37,5 VzÄ benötigt, die in der jetzigen Hochrechnung nicht enthalten sind. Basis der Berechnung des Personalaufwandes sind 416 VzÄ, gekürzt um 1,3 Mio €.

## **Zu 8. Sonstige Aufwendungen**

8a) Kontengruppe 65

Die sonstigen Personalaufwendungen umfassen Vergütungen für die Mitglieder der Ethikkommission, Aus- und Fortbildungskosten, Kosten für Fachtagungen, Aufwendungen für Betriebs-, Amtsarzt und Arbeitssicherheit sowie Trennungsgeld und Dienstjubiläen.

Das LAV plant im Rahmen der Gesundheitsfürsorge ab dem Haushaltsjahr 2019 die Einführung eines Gesundheitsmanagements. Der Bedarf an Aus- und Fortbildung steigt analog zu den schnelllebigem komplexen Anforderungen aus wissenschaftlich technischem Fortschritt sowie durch unumgängliche kostenintensive Fachschulungen zur Kompensation von Altersabgängen an Fachpersonal.

Der Bedarf an Vergütungen für Mitglieder der Ethikkommission steigt in Folge von Organisationsänderungen (gemeinsame Geschäftsstelle der Ethikkommission beim LAV gem. §41 Abs.3 des Arzneimittelgesetzes).

8 b) Kontengruppe 67

Der Ansatz beinhaltet Aufwendungen für Mieten von Dienstgebäuden, Leasing von Kraftfahrzeugen und Geräten der allgemeinen Geschäftsausstattung, Reinigungs-, Wach- und Sicherheitsdienste, Prüfungskosten des Jahresabschlusses sowie Dienstleistungen des Finanzamtes Dessau-Roßlau für Bezüge- und Beihilfezahlungen sowie die Reisekostenabrechnung.

Ersatzbeschaffungen für Dienst PKW erfolgen gem. 4.6 HTR LSA im Wege des wirtschaftlicheren Leasings und finden sich somit im Aufwand des Erfolgsplanes und nicht als Ersatzbeschaffung im Finanzplan des LAV wieder.

8 c) Kontengruppe 68

Hier wird ein Mehrbedarf aufgrund geplanter Personalführung im Fachbereich Arbeitsschutz (Fachbereich mit hohem Dienstreiseanteil an der Aufgabenerledigung) sowie wegen gestiegener Übernachtungs- und Fahrtkosten prognostiziert.

8 d) Kontengruppe 69

Es werden Aufwendungen für Schadensersatzleistungen an Bedienstete und Dritte, Periodenfremde Aufwendungen sowie zahlungsunwirksame Wertberichtigungskorrekturen auf Forderungen und Mindererlöse bei Anlagenabgang angesetzt.

8 h) Kontengruppe 78

Es wird der für alle Jugendlichen des betreffenden Alters mögliche Aufwand für ärztliche Leistungen nach Jugendarbeitsschutzgesetz in Ansatz gebracht.

## **Zu 12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

Kontengruppe 75

Der Ansatz beinhaltet die Zinsraten aus dem Immobilienleasingvertrag (Erweiterungsbau Standort Dessau), welcher gegenüber der Deutschen Anlagen-Leasing GmbH besteht.

## **Zu 18. Sonstige Steuern**

Kontengruppe 72

Der Ansatz umfasst die zu zahlenden Grund- und Kfz-Steuern.

Wirtschaftsplan für den Landesbetrieb LAV

B: Finanzplan

Konten- gruppe (VKR)	Postenbezeichnung	Ist-Wert 2017 - EUR-	Ansatz 2018 -EUR-	Ansatz 2019 -EUR-
	<b>Finanzbedarf für Investitionen</b>			
	I. Investitionen			
02	a) Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.520,00	5.000	102.000
05	b) Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte			-
06	c) Sachanlagen im Gemeingebrauch			-
07	d) Technische Anlagen und Maschinen	1.178.734,00	1.212.600	1.112.100
08	e) Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	68.866,00	45.000	68.000
	<b>Summe: Investitionsvorhaben</b>	<b>1.265.122,00</b>	<b>1.262.600</b>	<b>1.282.100</b>
	II. Deckungsmittel			
	1. Abschreibungen, die den Ertrag aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse übersteigen und nicht bei der Ermittlung der Zuführung / Abführung im Erfolgsplan hinzugerechnet worden.	-	-	-
	2. Verwendung von freien Eigenmitteln (z. B. aus Gewinnrücklagen)	-	-	-
	3. Erlöse aus der Veräußerung von Anlagegegenständen (soweit nicht im Erfolgsplan als Ertrag erfasst)	102.172,00	-	-
	4. Zuschüsse für Investitionen (Gruppe 891)	1.162.950,00		
	<b>Summe: Deckungsmittel</b>	<b>102.172,00</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
	<b>Zuführung für Investitionen (I - II)</b>		<b>1.262.600</b>	<b>1.282.100</b>

Erläuterungen zum Finanzplan

Die Investitionen werden in Höhe der Abschreibungen des Wirtschaftsjahres veranschlagt (nominelle Kapitalerhaltung). Der Ansatz erfasst die Ausgaben für Investitionen im handels- und einkommensteuerrechtlichen Sinn, deren Anschaffungskosten in der Regel 150 Euro ohne Umsatzsteuer für den Einzelfall übersteigen. Die finanziell und für die Aufgabenerfüllung besonders bedeutsamen Ausgaben für Fachgeräte (Laborgeräte, Messgeräte) von mehr als 5.000 Euro für den Einzelfall sind bei Hauptkonto 076 geplant:

Pos.	Konten- gruppe/ Hauptkonto	Postenbezeichnung	Ansatz 2019 -EUR-
I. a)	02	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	
	025	Software-Lizenzen	102.000
I. d)	07	Technische Anlagen und Maschinen	
	073	Informationstechnik	80.000
	074	Fachgeräte bis 5.000 €	95.000
	076	Fachgeräte über 5.000 €	937.100
		davon	
		Neubeschaffung	-
		Ersatzbeschaffung	857.100
		Erweiterungsbeschaffung	80.000
		Summe	1.112.100
I. e)	08	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	
	084	Fuhrpark	-
	087	Allgemeine Geschäftsausstattung	48.000
	089	Geringwertige Wirtschaftsgüter (Allg. Geschäftsausstattung, Fachgeräte)	20.000
		Summe	68.000
		Summe: Investitionsvorhaben	1.282.100

Mehrjähriges Vorhaben: Einbindung eines vom Land vorgegebenen Dokumentenmanagementsystems in das Fachverfahren des Fachbereichs Arbeitsschutz; für Anschaffungskosten (Lizenzen und Inbetriebnahme, Hauptkonto 025) sind 75.000 Euro im Jahr 2019 veranschlagt. Im Jahr 2020 sind hierfür nochmals 50.000 Euro vorgesehen.

## Leistungsplan 2019

Kostenstellengruppen	Erlöse - EUR -	Gesamtkosten - EUR -	Finanzierungssaldo - EUR -
Präsident/Stabstelle/Verwaltung/Personalrat/Ethikkommission	108.426	5.990.005	
Umlage		-564.087	-5.317.493
Fachbereich 2 - Hygiene	713.501	5.052.229	
Umlage		859.416	-5.198.143
Fachbereich 3 - Lebensmittelsicherheit	10.399	6.738.895	
Umlage		954.368	-7.682.861
Fachbereich 4 - Veterinärmedizin	2.520.477	6.375.215	
Umlage		1.226.733	-5.081.470
Fachbereich 5 - Arbeitsschutz	435.983	9.210.613	
Umlage		1.474.821	-10.249.451
Bewirtschaftung der Standorte	19.173	3.970.421	
Umlage		-3.951.248	-
Gesamtsumme (Kostenrechnung)	3.807.959	37.337.378	-33.529.418

Überleitung zum Erfolgsplan/GuV			
zzgl. Ergebnis der Neutralen Rechnung	1.380.686	275.656	1.105.029
abzgl. Kalkulatorische Zusatzkosten (Zinsen, Wagnis)		-146.600	146.600
Gesamtsumme			1.251.629
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Zuschuss vom Land			-32.277.789
Zuschuss vom Land			32.277.789
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			-

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 07**                **Sozialagentur**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0507 beträgt zum 31.12.2019 76 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Mit Erlass des MS vom 14.06.2004 (MBI. LSA S. 330) wurde die Sozialagentur als Landesbetrieb mit kameraler Haushaltsführung zum 01.07.2004 mit Sitz in Halle errichtet. Die Sozialagentur nimmt die Aufgaben des Landes als überörtlicher Träger der Sozialhilfe wahr, sofern diese nicht dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration bzw. den herangezogenen Gebietskörperschaften vorbehalten sind.

**Einnahmen**

<b>121 42</b>	<b>219</b>	<b>Abzuführende Überschüsse der Sozialagentur</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Ausgaben**

428 03	219	Entgelte der ständigen, nur stundenweise Beschäftigten sowie der auszubildenden Kräfte	0 0	0 0
428 51	219	Mehrarbeits-/Überstundenentgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0
682 42	219	Zuschüsse an die Sozialagentur	5.514.200 5.368.004	6.996.800 0
891 42	219	Zuschüsse für Investitionen an die Sozialagentur	0 0	0 0

**Titelgruppe(n)**

<b>89</b>		<b>Planmäßige Personal der Landesbetriebe nach § 26 LHO</b>		
422 89	314	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
428 89	314	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0
<hr/>				
		<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 89</b>	<b>0</b>	<b>0</b> 0
<b>96</b>		<b>Stellenüberhang</b>		
422 96	219	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0 0	0 0
428 96	219	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0 0	0 0
<hr/>				
		<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 96</b>	<b>0</b>	<b>0</b> 0



05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 07 Sozialagentur

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Ausgaben**

HGr. 4 Personalausgaben	0	0
HGr. 6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	5.514.200	6.996.800
HGr. 8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	0
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>5.514.200</b>	<b>6.996.800</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>		<b>0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>	<b>-5.514.200</b>	<b>-6.996.800</b>

**Wirtschaftsplan 2019**

**Betriebsnummer 42 - Kapitel 0507 Sozialagentur**

**Teil A: Erfolgsplan**

Unter- konto	Zweckbestimmung	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
	<b>EINNAHMEN</b>			
001	111 11 - Verwaltungsgebühren	140	100	100
002	112 01 - Geldstrafe, Geldbußen, Gerichtskosten	0	0	0
003	119 01 - Einnahmen aus Nebentätigkeit	0	0	0
004	119 31 - Einnahmen aus Veröffentlichungen	0	0	0
005	119 41 - Rückzahlungen von Überzahlungen	5.392	2.500	2.700
006	119 46 - Ersatzleistungen	6.250	0	0
007	119 51 - Vermischte Einnahmen	0	100	0
008	124 01 - Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung	0	0	0
009	132 01 - Erlöse aus der Veräußerung von Fahrzeugen	0	0	0
010	132 02 - Erlöse aus der Veräußerung sonstiger beweglicher Sachen	0	0	0
	<b>Einnahmen gesamt</b>	<b>11.782</b>	<b>2.700</b>	<b>2.800</b>
	<b>AUSGABEN</b>			
013	412 01 - Aufwendungen für Mitglieder von Ausschüssen, Fachbeiräten, Kommissionen und sonstige ehrenamtlich Tätige	0	0	0
014	422 89 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	1.436.689	1.292.900	1.552.800
015	422 05 - Bezüge und Nebenleistungen der beamteten und richterlichen Hilfskräfte	0	0	0
016	422 41 - Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	0	0	0
024	427 01 - Beschäftigungsentgelte für Vertretungs- und Aushilfskräfte	0	0	0
025	427 31 - Entschädigungen für nebenamtliche Kräfte der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung	0	0	0
026	427 39 - Beschäftigungsentgelte für Ersatzkräfte von Landesbediensteten im Mutterschutz	0	0	0
074	428 89 - Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	2.036.665	2.359.800	2.741.000
075	428 03 - Entgelte der ständigen, nur stundenweise beschäftigten Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer sowie der auszubildenden Kräfte	0	0	0
076	428 51 - Überstundenvergütungen für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer	0	0	0
027	432 01 - Versorgungsbezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (ab 2010 Ukto. 077 - 916 13)	0	0	0
028	441 02 - Beihilfen an Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter	55.683	49.000	92.800
029	443 01 - Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	140	2.600	6.500
030	443 02 - Amtsärztliche Untersuchungen	0	200	600
031	511 01 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	83.841	86.700	107.500
032	514 01 - Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen	11.196	13.500	16.000
033	517 01 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	97.502	114.000	159.400
034	518 01 - Mieten und Pachten	121.404	115.000	160.300
035	518 13 - Leasing von Dienstkraftfahrzeugen	6.684	6.400	8.400
036	518 30 - Mieten und Pachten (an BLSA)	0	0	0
037	519 01 - Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	1.288	4.100	2.000
038	525 01 - Aus- und Fortbildung	7.778	6.500	29.200
039	525 03 - Aus- und Fortbildung von Personalratsmitgliedern	68	1.000	1.000
040	526 01 - Gerichts- und ähnliche Kosten	84.012	144.000	164.000
041	526 02 - Sachverständige	69.410	28.000	107.000
042	526 03 - Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen	0	0	0

Unter- konto	Zweckbestimmung	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)
043	527 01 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	6.851	6.800	15.000
044	527 03 - Reisekostenvergütungen für Reisen in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten	0	200	200
045	531 01 - Veröffentlichungen	0	0	0
046	532 01 - Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit	2.956	5.000	15.000
047	533 01 - Dienstleistungen Außenstehender	21.660	109.200	122.300
048	534 01 - Sonstiges	454	2.500	3.000
049	534 30 - Sonstiges	15.976	15.800	23.200
050	636 01 - Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit	675	700	700
051	671 01 - Erstattungen an Sonstige im Inland	0	0	0
052	681 01 - Schadensersatzleistungen und Unfallentschädigungen	0	0	0
053	685 01 - Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände und Gesellschaften	0	0	0
054	811 01 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen	0	0	0
055	812 13 - Erwerb landeseigener Fernmeldeanlagen	0	0	0
056	812 15 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	37.390	0	19.600
077	916 13 - Zuführungen an den Pensionsfonds gem. § 5 Abs. 2 und 3 Pensionsfondsgesetz (bis 2009 Ukt. 027)	433.908	391.100	491.800
063	422 96 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	0	0	0
078	428 96 - Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	0	0
065	511 99 - Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	0	0	0
066	514 99 - Verbrauchsmittel der maschinellen Aufbereitung	0	0	0
067	519 99 - Unterhaltung, Ersatz und Ergänzung der besonderen Betriebseinrichtungen	0	0	0
068	525 99 - Aus- und Fortbildung	0	0	0
069	527 99 - Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0	0	0
070	533 99 - IT- Dienstleistungen Außenstehender	676.915	695.700	896.600
071	547 99 - IT-Budget	73.334	66.200	91.700
072	812 99 - Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen	97.310	0	172.000
	<b>Ausgaben gesamt</b>	<b>5.379.786</b>	<b>5.516.900</b>	<b>6.999.600</b>
	<b>Zuschussbedarf</b>	<b>5.368.004</b>	<b>5.514.200</b>	<b>6.996.800</b>

## **Teil B: Erläuterungen zum Wirtschaftsplan der Sozialagentur**

Mit Erlass des MS vom 14.06.2004 (MBI. LSA S. 330) wurde die Sozialagentur als Landesbetrieb mit kameralistischer Haushaltsführung zum 01.07.2004 mit Sitz in Halle errichtet. Die Sozialagentur nimmt die Aufgaben des Landes als überörtlicher Träger der Sozialhilfe wahr, sofern diese nicht dem MS vorbehalten sind bzw. den herangezogenen Gebietskörperschaften übertragen wurden. Gemäß Geschäftsverteilungsplan gliedert sich die Sozialagentur in nachfolgende Bereiche:

- . Geschäftsbereich 1: Service
- . Geschäftsbereich 2: Struktur- und Hilfeplanung
- . Geschäftsbereich 3: Zentrale Fachaufgaben/Recht

### **Zu Ukto. 001 (111 11)**

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Gebührenerhebung für Amtshandlungen in Zuständigkeit der Sozialagentur Sachsen-Anhalt, insbesondere gemäß § 162 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung (VWGO) sowie Kostentarif zur Allgemeinen Gebührenordnung gemäß Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt – VwKostG LSA – und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt – ALLGO LSA – in der jeweils gültigen Fassung.

### **Zu Ukto. 005 (119 41)**

Rückzahlung von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.

### **Zu Ukto. 028 (441 02)**

Beihilfezahlungen an Beamte/innen der Sozialagentur Sachsen-Anhalt

### **Zu Ukto. 029 (443 01)**

Arbeitsschutzrechtliche Maßnahmen und gesundheitsfördernde Präventionsmaßnahmen an Bedienstete der Sozialagentur Sachsen-Anhalt.

### **Zu Ukto. 030 (443 02)**

Aufwendungen zur Durchführung amtsärztlicher Untersuchungen für Tarifpersonal.

### **Zu Ukto. 031 (511 01)**

	<b>2019 EUR</b>
1. Geschäftsbedarf	9.500
2. Kommunikation	58.000
3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	15.900
4. Sonstiges	24.100
<b>Summe</b>	<b>107.500</b>

### **Zu Ukto. 032 (514 01)**

	<b>2019 EUR</b>
1. Haltung von Fahrzeugen	15.800
2. Dienst- und Schutzbekleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände	100
3. Verbrauchsmittel	100
4. Sonstiges	0
<b>Summe</b>	<b>16.000</b>

Bestand an Dienstfahrzeugen

	Ist 01.01.2018	Soll 2018	2019 erforderlich
Nutz- u. Sonderfahrzeuge	0	0	0
Pkw (geleast)	3	3	3
<b>Zusammen</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>3</b>

**Zu Ukto. 033 (517 01)**

	2019 EUR
1. Heizung (Wasser)	35.600
2. Elektrizität (ohne Heizung) und sonstiger Energiebedarf	24.500
3. Reinigung, Müllabfuhr u.s.w., Be- und Entwässerung	43.100
4. Bewachung	0
5. Sonstiges	56.200
<b>Summe</b>	<b>159.400</b>

**Zu Ukto. 034 (518 01)**

	2019 EUR
1. Für Grundstücke, Gebäude, Anlagen	160.200
2. Für Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	100
3. Für Leasing	0
<b>Summe</b>	<b>160.300</b>

**Zu Ukto. 035 (518 13)**

Leasingraten für 3 Pkw

**Zu Ukto. 037 (519 01)**

	2019 EUR
1. Landeseigene Gebäude, Grundstücke und Anlagen	0
2. Gemietete oder gepachtete Gebäude, Grundstücke und Anlagen	2.000
<b>Summe</b>	<b>2.000</b>

**Zu Ukto. 038 (525 01)**

Teilnahme der Bediensteten an Tagungen und Fortbildungsveranstaltungen der Verwaltung und externer Bildungsträger, sowie InHouse-Schulungen.

**Zu Ukto. 039 (525 03)**

Fachspezifische Schulungen für Personalratsmitglieder und Gleichstellungsbeauftragte.

**Zu Ukto. 040 (526 01)**

Gerichts-, Anwalts-, Notariats- und Gerichtsvollzieherkosten, Stempelgebühren, Erstattung barer Auslagen an Prozess – und Vertragsgegner.

**Zu Ukto. 041 (526 02)**

Sachverständigenentschädigung

**Zu Ukto. 043 (527 01)**

Erstattung von Reisekosten allgemein und Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und private Kraftfahrzeuge an die Bediensteten.

**Zu Ukto. 044 (527 03)**

Erstattung von Reisekosten allgemein und Wegstreckenentschädigung für anerkannte private und private Kraftfahrzeuge an Personalratsmitglieder und Gleichstellungsbeauftragte.

**Zu Ukto. 046 (532 01)**

Wahrnehmung Vertretung des überörtlichen Träger der Sozialhilfe in Fachausschüssen und Arbeitsgemeinschaften auf Bundes- und Landesebene, sowie Durchführung von Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Veranstaltungen der höheren Kommunalverbände.

**Zu Ukto. 047 (533 01)**

	<b>2019</b>
	<b>EUR</b>
1. Vertragshonorare	118.000
2. Akten- und Datenträgervernichtung, Entsorgung PC-Technik und Büromaschinen	2.100
3. Sonstiges	2.200
<b>Summe</b>	<b>122.300</b>

**Zu Ukto. 048 (534 01)**

Aufwendungen für Speditionsunternehmen sowie verwaltungsfremden Transportarbeitern für Umzüge/Verlegungen von Dienststellenteilen aufgrund Organisations- – und Aufgabenänderung sowie Renovierungen, Aktentransport Archivgut zwischen verschiedenen Gebäudeteilen, da hierfür keine eigenen Kräfte zur Verfügung stehen.

**Zu Ukto. 049 (534 30)**

Ausgaben für Verwaltungsgebühren für die Berechnung und Zahlbarmachung der Bezüge sowie Nebengebiete und Abrechnung der Reisekosten (PTravel) durch das Finanzamt Dessau-Roßlau.

**Zu Ukto. 050 (636 01)**

Kostenpauschale nach § 16 Sozialhilfedatenabgleichsverordnung (SozhiDAV)

**Zu Ukto. 056 (812 15)**

Arbeitsplatzausstattung von 10 einzustellenden VZÄ`s.

**Zu Ukto. 077 (916 13)**

Abführen Pauschalbetrag i.H.v. 30 v.H. der Ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge je Beamter/in an den Versorgungshaushalt des Landes.

## Zu TGr 89 – Planmäßige Beamte und Tarifbeschäftigte in Landesbetrieben gemäß § 26 LHO

### Zu Ukto. 014 (422 89)

	<b>2019 EUR</b>
1. Dienstbezüge einschl. gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	1.552.800
2. Aufwandsentschädigungen	0
3. Sonstige Zulagen	0
4. Übergangsgelder	0
<b>Summe</b>	<b>1.552.800</b>

### Zu Ukto. 074 (428 89)

	<b>2019 EUR</b>
1. Entgelte einschl. Zulagen und Zuwendungen sowie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung und Umlage zur gesetzlichen Altersversorgung	2.741.000
2. Aufwandsentschädigungen	0
3. Sonstige Leistungen	0
<b>Summe</b>	<b>2.741.000</b>

### Zu TGr. 99

#### Zu Ukto. 070 (533 99)

Betrieb des priorisierten Fachverfahrens „LÄMMkom-Sozialhilfe“, Beteiligung Sozialagentur an zentralen Microsoft – Wartungsvertrages des Landes Sachsen-Anhalt, Betrieb der Software TOPqw, Einführung eines Auftrags- und Informationssystems bzw. Lizenzverträge der vorhandenen IT-Infrastruktur.

#### Zu Ukto. 071 (547 99)

IT-Unterstützung zur Erfüllung der Aufgaben der Sozialagentur Sachsen-Anhalt.

#### Zu Ukto. 072 (812 99)

Beschaffung investiver Informationstechnik für die Sozialagentur Sachsen-Anhalt (Ausbau Storage-Infrastruktur, Serverinfrastruktur und Klimatechnik).

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

05 08 **Sozialhilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0508 beträgt zum 31.12.2019 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Nach § 2 Abs. 1 AG SGB XII ist das Land überörtlicher Träger der Sozialhilfe (üöTrSH). Auf der Grundlage des § 97 Abs. 2 Satz 1 SGB XII in Verbindung mit § 3 AG SGB XII ist der üöTrSH sachlich zuständig für

- Leistungen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Sinne von §§ 53 bis 60 SGB XII,
- Leistungen der Hilfe zur Pflege im Sinne von §§ 61 bis 66 SGB XII,
- Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten im Sinne von §§ 67 bis 69 SGB XII, wenn es erforderlich ist, die Hilfe in einer teilstationären oder stationären Einrichtung zu gewähren und
- Leistungen der Blindenhilfe im Sinne von § 72 SGB XII.

Im Rahmen der sachlichen Zuständigkeit des üöTrSH sind Sozialhilfeleistungen zu gewähren und zur Herstellung des Nachrangs der Sozialhilfe Forderungen gegenüber den Leistungsberechtigten und Dritten sowie gegenüber anderen Leistungsträgern oder Schadensersatzpflichtigen im Sinne des § 116 SGB X geltend zu machen und zu erheben.

Zur Durchführung der dem üöTrSH obliegenden Aufgaben sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe herangezogen (§ 4 Abs. 1 Satz 1 AG SGB XII). Aufgaben, die der üöTrSH selbst durchführt, ergeben sich aus § 4 Abs. 2 AG SGB XII.

### Einnahmen

<b>119 41</b>	285	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>1.000.000</b> 772.067	<b>869.600</b>
Erläuterungen:				
Einnahmen aus Erstattung von Sozialhilfeleistungen, die ohne Rechtsgrund gewährt wurden oder aus Erstattungsansprüchen der Leistungsträger untereinander zufließen, etwa aus Mitteln der KOF und anderer Leistungsbereiche.				
<b>119 51</b>	285	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>299.500</b> 232.467	<b>271.000</b>
Erläuterungen:				
In diesem Titel werden Verwaltungseinnahmen verbucht, die anderweitig nicht zugeordnet werden können, z. B. Stundungszinsen bei Veränderung von Ansprüchen in der Sozialhilfe im Rahmen der Heranziehung der örtlichen Träger der Sozialhilfe zu Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe.				
<b>153 01</b>	285	<b>Zinseinnahmen</b>	<b>42.700</b> 19.575	<b>45.000</b>
Erläuterungen:				
Zinsleistungen für Darlehen, die nach den §§ 34, 37, 38, 73 und 91 SGB XII und nach den §§ 8 Abs. 2 und 17 Abs. 1 der Verordnung nach § 60 SGB XII (Eingliederungshilfe-Verordnung) gewährt worden sind.				
<b>173 01</b>	285	<b>Darlehensrückflüsse</b>	<b>239.400</b> 217.321	<b>196.300</b>
Erläuterungen:				
Tilgungsleistungen für Darlehen, die nach §§ 34, 37, 38, 73 und 91 SGB XII sowie nach den §§ 8 Abs. 2 und 17 Abs. 1 der Verordnung nach § 60 SGB XII (Eingliederungshilfe-Verordnung) gewährt worden sind.				
<b>182 01</b>	285	<b>Sonstige Darlehensrückflüsse aus dem Inland</b>	<b>0</b> 0	<b>0</b>
Erläuterungen:				
Tilgungsleistungen für sonstige Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe bewilligt worden sind.				
<b>186 01</b>	285	<b>Darlehensrückflüsse aus dem Ausland</b>	<b>500</b> 240	<b>500</b>
Erläuterungen:				
Tilgungsleistungen für Darlehen, die im Rahmen der Sozialhilfe für Deutsche im Ausland bewilligt worden sind.				
<b>231 02</b>	282	<b>Erstattungen des Bundes für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung</b>	<b>127.211.600</b> 122.524.677	<b>131.457.400</b>



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 08 Sozialhilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 231 02

Erläuterungen:

Erstattungszahlungen des Bundes nach § 46a SGB XII.

<b>231 03</b>	283	<b>Erstattung des Barbetrages nach § 136 SGB XII durch den Bund</b>	<b>0</b>	<b>3.808.900</b>
			1.867.249	

Erläuterungen:

Erstattungsleistungen des Bundes in den Jahren 2017 bis 2019 nach § 236 SGB XII

<b>232 01</b>	285	<b>Zuweisungen von staatlichen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe</b>	<b>6.700</b>	<b>500</b>
			172	

Erläuterungen:

Gem. § 106 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 2 Abs. 3 SGB X und § 102 ff SGB X hat der nach § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB XII zuständige Träger der Sozialhilfe dem Träger, der nach § 98 Abs. 2 Satz 3 SGB XII vorläufig leistet, die aufgewendeten Kosten zu erstatten. (Neufälle)

Darüber hinaus ergibt sich infolge der Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes zur Kostenerstattung vom 15.06.1998 - Az.: BVerwG 5 C 30.97 (neue Bundesländer betreffend) und vom 18.05.2000 - Az.: BVerwG 5 C 28.99 (alte Bundesländer betreffend) eine Pflegekostenübernahmepflicht durch andere Bundesländer für diejenigen Leistungsberechtigten, die vor 1991 - vor Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes - von anderen Bundesländern nach Sachsen-Anhalt übergewechselt sind und in Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt betreut werden (gem. § 2 Abs. 3 SGB X i.V.m. § 102 Abs. 2 SGB X ist der zur Leistung verpflichtete Leistungsträger erstattungspflichtig). (Altfälle)

<b>233 01</b>	285	<b>Zuweisungen von kommunalen überörtlichen Trägern der Sozialhilfe</b>	<b>9.400</b>	<b>9.300</b>
			9.710	

Erläuterungen:

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 0508 Titel 232 01

<b>233 02</b>	283	<b>Erstattungen von Dritten</b>	<b>13.176.700</b>	<b>12.348.400</b>
			12.477.617	

Erläuterungen:

- Zahlung von Kostenbeitrag und Aufwendungsersatz in stationären und teilstationären Einrichtungen sowie außerhalb von Einrichtungen gem. §§ 19 Abs. 5 und 92 SGB XII,
- Leistungen Dritter auf Grund der Überleitung von Ansprüchen gegen Unterhaltspflichtige gem. §§ 93 und 94 SGB XII, § 48 SGB I,
- Leistungen Dritter durch Erstattung anderer Sozialhilfeträger gem. §§ 102-106 SGB X, §§ 106-108 SGB XII
- Leistungen Dritter durch Erstattung von sonstigen Drittverpflichteten,
- Leistungen Dritter durch übergegangene Ansprüche gegenüber Arbeitgebern und Schadenersatzpflichtigen gem. §§ 115 und 116 SGB X sowie
- Kostenersatz gem. §§ 102-105 SGB XII (z.B. durch Erben).

<b>233 03</b>	285	<b>Wohngelderstattungen</b>	<b>2.833.300</b>	<b>2.419.200</b>
			2.430.503	

Erläuterungen:

Im Rahmen der Leistungen für Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherungsleistungen in Einrichtungen werden Leistungen für Unterkunft und Heizung durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe erbracht. Ein Teil der Leistungsberechtigten hat Anspruch auf Wohngeld. Wohngeld ist eine der Sozialhilfe gegenüber vorrangige Sozialleistung. Hat ein nachrangig verpflichteter Sozialhilfeträger Sozialleistungen erbracht, die der vorrangige Leistungsträger erbringen muss, ist ein Erstattungsanspruch gegenüber diesem Leistungsträger gem. § 104 Abs. 1 SGB X gegeben. Gem. § 95 SGB XII kann der überörtliche Träger der Sozialhilfe als erstattungsberechtigter Leistungsträger Anträge auf Wohngeld stellen sowie Rechtsmittel einlegen.

<b>235 01</b>	283	<b>Rentenzuweisungen von Rentenversicherungsträgern für die stationären Hilfeempfänger "Eingliederungshilfe"</b>	<b>48.343.900</b>	<b>49.552.700</b>
			48.190.515	

Erläuterungen:

Gemäß § 2 SGB XII (Nachrang der Sozialhilfe) und der Anwendung des Bruttoprinzips (§ 92 Abs. 1 SGB XII) werden auf diesem Titel die Renten der stationären Hilfeempfänger "Eingliederungshilfe" veranschlagt. Rente ist eine der Sozialhilfe gegenüber vorrangige Sozialleistung. Somit ist ein Erstattungsanspruch gem. § 104 Abs. 1 SGB X gegeben.

<b>235 02</b>	283	<b>Zuweisungen von Pflegekassen für Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe</b>	<b>11.563.600</b>	<b>15.984.000</b>
			16.374.835	

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 08**                **Sozialhilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 235 02

Erläuterungen:

Für Pflegebedürftige in einer vollstationären Einrichtung der Hilfe für behinderte Menschen, in der die Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft, die schulische Ausbildung oder die Erziehung behinderter Menschen im Vordergrund des Einrichtungszwecks stehen, übernimmt die Pflegekasse zur Abgeltung der pflegerischen Aufwendungen 10 % des nach § 75 SGB XII vereinbarten Heimentgelts. Die Aufwendungen der Pflegekasse dürfen im Einzelfall je Kalendermonat 266 EUR nicht überschreiten (§ 43a SGB XI). Diese Leistungen mindern den fachlichen Bedarf und sind in voller Höhe einzusetzen.

<b>281 01</b>	<b>285</b>	<b>Kostenersatz für Hilfen für Deutsche im Ausland</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
			0	

Erläuterungen:

Kostenersatz der Leistungen nach §§ 24 und 100 SGB XII von Sozialleistungsträgern, Unterhaltspflichtigen und sonstigen Drittverpflichteten innerhalb des Bundesgebietes.

### Titelgruppe(n)

**61**                    **Modellhafte Erprobung des Bundesteilhabegesetzes**  
 \*\*\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0508 Ausgabetitelgruppe 61  
 Erläuterungen:  
 Siehe Erläuterungen zu Ausgabetitelgruppe 61.

<b>231 61</b>	<b>283</b>	<b>Zuweisungen vom Bund</b>	<b>0</b>	<b>162.000</b>
			0	

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 61</b>			<b>0</b>	<b>162.000</b>
-------------------------------------	--	--	----------	----------------

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 08 Sozialhilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Ausgaben

<b>534 01</b>	285	<b>Sonstiges</b>	<b>30.000</b> 13.453	<b>30.000</b> 0
Erläuterungen:				
Ausgleich zuviel erhobener Einnahmen im Zahlungs- und Abrechnungsverkehr.				
<b>632 01</b>	285	<b>Zuweisungen an staatliche überörtliche Träger der Sozialhilfe</b>	<b>5.000</b> 12.430	<b>5.000</b> 0
<p>* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 08 Titel 633 01, Kapitel 05 08 Titel 633 02, Kapitel 05 08 Titel 633 03, Kapitel 05 08 Titel 636 01, Kapitel 05 08 Titel 671 01, Kapitel 05 08 Titel 671 02, Kapitel 05 08 Titel 671 11, Kapitel 05 08 Titel 671 21, Kapitel 05 08 Titel 671 31, Kapitel 05 08 Titel 671 41, Kapitel 05 08 Titel 681 02, Kapitel 05 08 Titel 681 03, Kapitel 05 08 Titel 681 12, Kapitel 05 08 Titel 681 13, Kapitel 05 08 Titel 681 15, Kapitel 05 08 Titel 681 16, Kapitel 05 08 Titel 681 21, Kapitel 05 08 Titel 883 01, Kapitel 05 08 Titel 633 04 und Kapitel 05 08 Titel 633 20.</p>				
Erläuterungen:				
Gemäß § 106 Abs. 1 SGB XII i.V.m. § 2 Abs. 3 SGB X und § 102 ff SGB X hat der nach § 98 Abs. 2 Satz 1 SGB XII zuständige Träger der Sozialhilfe dem Träger, der nach § 98 Abs. 2 Satz 3 SGB XII vorläufig leistet, die aufgewendeten Kosten zu erstatten. (Neufälle)				
Darüber hinaus ergibt sich infolge der Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes zur Kostenerstattung vom 15.06.1998 - Az.: BVerwG 5 C 30.97 (neue Bundesländer betreffend) und vom 18.05.2000 - Az.: BVerwG 5 C 28.99 (alte Bundesländer betreffend) eine Pflegekostenübernahmepflicht auch für den überörtlichen Sozialhilfeträger Sachsen-Anhalt für diejenigen Leistungsberechtigten, die vor 1991 - vor Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes - von anderen Bundesländern nach Sachsen-Anhalt übergewechselt sind und in Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt betreut werden (gem. § 2 Abs. 3 SGB X i.V.m. § 102 Abs. 2 SGB X ist der zur Leistung verpflichtete Leistungsträger erstattungspflichtig). (Altfälle)				
<b>633 01</b>	285	<b>Zuweisungen an kommunale überörtliche Träger der Sozialhilfe</b>	<b>48.000</b> 213.427	<b>75.000</b> 0
<p>* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.</p>				
Erläuterungen:				
Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0508 Titel 632 01.				
<b>633 02</b>	285	<b>Zuweisungen an örtliche Träger der Sozialhilfe</b>	<b>80.000</b> 32.134	<b>60.000</b> 0
<p>* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.</p>				
Erläuterungen:				
Kostenerstattung nach § 106 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 SGB XII und nach § 108 SGB XII (Sozialhilfe für Personen bei Einreise aus dem Ausland).				
<b>633 03</b>	285	<b>Zuweisungen an örtliche Träger der Sozialhilfe für Bonuszahlungen</b>	<b>0</b> 0	<b>0</b> 0
<p>* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.</p>				
Erläuterungen:				
Gem. § 4 Abs. 6 AG SGB XII vom 11.01.2005 soll der überörtliche Träger der Sozialhilfe mit den örtlichen Trägern Zielvereinbarungen insbesondere zur Erreichung von Leistungs-, Qualitäts- und Budgetzielen mit einer Bonusregelung abschließen. Die Zielvereinbarungen sollen vorsehen, dass die örtlichen Träger bei Unterschreitung der vereinbarten Ausgaben oder bei Überschreitung der veranschlagten Einnahmen einen Bonus erhalten.				
<b>633 04</b>	285	<b>Zuweisungen an sonstige Sozialleistungsträger</b>	<b>2.000.000</b> 2.237.273	<b>2.400.000</b> 0
<p>* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.</p>				
Erläuterungen:				
Erstattungsansprüche an Sozialleistungsträger nach §§ 102 ff SGB X.				

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**

**05 08 Sozialhilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>633 20</b>	282	<b>Zuweisungen an örtliche Träger für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung</b>	<b>84.792.100</b>	<b>91.435.900</b>
			82.935.011	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0508 Titel 231 02.		
<b>636 01</b>	285	<b>Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger</b>	<b>3.006.200</b>	<b>2.626.600</b>
			2.437.780	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Kostenerstattung für Aufwendungen der Krankenkassen gem. § 264 Abs. 7 SGB V, die durch die Übernahme der Krankenbehandlung nach § 264 Absätze 2 bis 6 SGB V entstehen zzgl. angemessener Verwaltungskosten.		
<b>671 01</b>	283	<b>Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Einrichtungen</b>	<b>427.670.000</b>	<b>451.078.600</b>
			407.751.767	0
		Übertragbar		
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gem. § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe sachlich zuständig für fachliche Hilfen der Eingliederungshilfe in stationären und teilstationären Einrichtungen gem. §§ 53 bis 60 SGB XII.		
<b>671 02</b>	284	<b>Hilfe zur Pflege in Einrichtungen</b>	<b>34.881.000</b>	<b>31.666.100</b>
			28.724.673	0
		Übertragbar		
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gem. § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe sachlich zuständig für Leistungen der Hilfe zur Pflege in stationären und teilstationären Einrichtungen gem. §§ 61 bis 66 SGB XII.		
<b>671 11</b>	282	<b>Grundsicherung in Einrichtungen</b>	<b>90.340.000</b>	<b>87.476.100</b>
			86.745.967	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gem. §§ 41 bis 46 SGB XII für stationär betreute Leistungsberechtigte sachlich zuständig.		
<b>671 21</b>	281	<b>Hilfe zum Lebensunterhalt in Einrichtungen</b>	<b>27.400.700</b>	<b>27.542.100</b>
			27.095.924	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Hilfe zum Lebensunterhalt gem. §§ 35 bis 39 SGB XII für stationär betreute Leistungsberechtigte sachlich zuständig.		
<b>671 31</b>	285	<b>Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten</b>	<b>351.300</b>	<b>485.000</b>
			433.817	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 bis 69 SGB XII sachlich zuständig, wenn es erforderlich ist, die Hilfe in einer teilstationären oder stationären Einrichtung zu gewähren.		

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 08 Sozialhilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>671 41</b>	285	<b>Krankenhilfe und sonstige Hilfen</b>	<b>59.700</b>	<b>56.600</b>
			28.552	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Hilfen zur Gesundheit für Leistungsberechtigte in stationären Einrichtungen gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII i.V.m. §§ 47 bis 51 SGB XII, die nicht unter die Regelung des § 264 Abs. 2 SGB V fallen, weil sie nicht mindestens 1 Monat ununterbrochen im Hilfebezug stehen.		
<b>681 02</b>	283	<b>Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen</b>	<b>41.819.000</b>	<b>55.105.300</b>
			46.381.030	0
		Übertragbar		
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Eingliederungshilfe gem. §§ 53 bis 59 SGB XII für behinderte Menschen außerhalb von Einrichtungen sachlich zuständig.		
<b>681 03</b>	284	<b>Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen</b>	<b>12.317.000</b>	<b>13.308.600</b>
			10.998.830	0
		Übertragbar		
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Hilfe zur Pflege gem. §§ 61 bis 66 SGB XII außerhalb von Einrichtungen sachlich zuständig.		
<b>681 12</b>	285	<b>Blindenhilfe</b>	<b>2.169.300</b>	<b>1.599.100</b>
			2.054.302	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 97 Abs. 2 SGB XII i.V.m. § 3 AG SGB XII LSA ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen der Blindenhilfe nach § 72 SGB XII sachlich zuständig.		
<b>681 13</b>	285	<b>Sozialhilfe für Deutsche im Ausland</b>	<b>100.000</b>	<b>80.000</b>
			72.564	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Hilfen für Deutsche im Ausland gemäß §§ 24, 132 SGB XII, insbesondere		
		- Hilfe zum Lebensunterhalt,		
		- Hilfe bei Krankheit.		
		Der Kostenersatz ist bei Kapitel 0508 Titel 281 01 veranschlagt.		
<b>681 15</b>	285	<b>Arbeitsförderungsgeld an Leistungsberechtigte in Werkstätten für behinderte Menschen</b>	<b>3.557.000</b>	<b>6.682.000</b>
			6.550.401	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		
		Erläuterungen:		
		Zahlung von Arbeitsförderungsgeld (AFöG) an Werkstätten für behinderte Menschen gemäß § 59 SGB IX zur Zahlung an die im Arbeitsbereich beschäftigten Menschen mit Behinderungen. Die Zahlung des AFöG beträgt an Leistungsberechtigte im Arbeitsbereich der Werkstatt für behinderte Menschen monatlich 52 EUR (Jahresbetrag 624 EUR) unter Beachtung von § 59 Abs.1 Satz 3 SGB IX.		
<b>681 16</b>	285	<b>Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung an Werkstätten für behinderte Menschen</b>	<b>18.655.000</b>	<b>19.299.000</b>
			17.843.137	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.		

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 08 Sozialhilfe**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 681 16

Erläuterungen:

Erstattung von Beiträgen zur Sozialversicherung gemäß § 251 Abs. 2 SGB V, § 179 Abs. 1 SGB VI und § 59 Abs. 1 SGB XI an Werkstätten für behinderte Menschen.

<b>681 21</b>	<b>285</b>	<b>Andere Leistungen im Bereich des § 97 Abs. 4 SGB XII</b>	<b>218.900</b>	<b>247.000</b>
			204.427	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Gemäß § 97 Abs. 4 SGB XII ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Hilfe zum Lebensunterhalt gem. §§ 35 bis 39 SGB XII für stationär betreute Leistungsberechtigte sachlich zuständig.  
 Darüber hinaus ist der überörtliche Träger der Sozialhilfe für die Hilfen nach § 74 SGB XII (Bestattungskosten) sachlich zuständig, wenn der Leistungsberechtigte vor seinem Tod im Leistungsbezug des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe stand.

<b>883 01</b>	<b>285</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Darlehen im Rahmen der Sozialhilfe</b>	<b>650.100</b>	<b>559.500</b>
			553.865	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 08 Titel 632 01.

Erläuterungen:

Sozialhilfe in Form von Darlehen nach §§ 34, 37, 38, 73 und 91 SGB XII sowie nach den §§ 8 Abs. 2 und 17 Abs. 1 der Verordnung nach § 60 SGB XII (Eingliederungshilfe-Verordnung) für Hilfen zum Aufbau oder der Sicherung der Lebensgrundlage, Eingliederungshilfe, Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, Hilfe in besonderen Lebenslagen und Sonstiges.

**Titelgruppe(n)**

**61 Modellhafte Erprobung des Bundesteilhabegesetzes**

Übertragbar

\*\*\* Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Kapitel 0508 Titelgruppe 61 geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0508 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Das Land führt eine modellhafte Erprobung der materiell-rechtlichen Anwendung der künftigen Vorschriften und ihre praktischen Auswirkungen der zum 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Verfahren und Leistungen nach Artikel 1 Teil 2 des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) einschließlich ihrer Bezüge zu anderen Leistungen der sozialen Sicherung nach Artikel 25 Absatz 3 BTHG durch.

<b>427 61</b>	<b>283</b>	<b>Beschäftigungsentgelte</b>	<b>0</b>	<b>136.500</b>
			0	0

\*\*\* Umsetzungen von Kap. 05 08 - TGr. 61 Titel 429 61

<b>429 61</b>	<b>283</b>	<b>Nicht aufteilbare Personalausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>547 61</b>	<b>283</b>	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>0</b>	<b>25.500</b>
			0	0

<b>631 61</b>	<b>283</b>	<b>Sonstige Zuweisung an den Bund</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 61</b>			<b>0</b>	<b>162.000</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
05 08 Sozialhilfe

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	1.582.100	1.382.400
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	203.145.700	215.742.900
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>204.727.800</b>	<b>217.125.300</b>

#### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben		136.500
			0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	30.000	55.500
			0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	749.470.200	791.228.000
			0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	650.100	559.500
			0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>750.150.300</b>	<b>791.979.500</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			<b>0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-545.422.500</b>	<b>-574.854.200</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0509 beträgt zum 31.12.2019 0 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

1. Veranschlagt sind Haushaltsmittel für die Durchführung sozialpolitischer Programme zur

a) Förderung der Wohlfahrtspflege

b) Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt

2. Ferner sind Haushaltsmittel zur Durchführung folgender gesetzlicher Aufgaben veranschlagt:

a) Beförderung schwerbehinderter Menschen im Personennahverkehr nach SGB IX i.d.F. der Bekanntmachung vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) in der jeweils geltenden Fassung

b) Durchführung des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt vom 19.06.1992 (GVBl. LSA S. 565) in der jeweils geltenden Fassung.

**Einnahmen**

<b>111 11</b>	<b>291</b>	<b>Verwaltungsgebühren</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

Erläuterungen:

Einnahmen aufgrund des Kostentarifs zur Allgemeinen Gebührenordnung gemäß Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwKostG LSA) und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt (AllGO LSA) in der jeweils gültigen Fassung.

<b>111 12</b>	<b>291</b>	<b>Einnahmen aus Gebühren</b>	<b>11.900</b>	<b>11.900</b>
			10.290	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titel 412 02.

Erläuterungen:

Zulassungsgebühren und Prüfungsgebühren gemäß Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Abschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung vom 13.12.2016, BGBl. 2016 Teil I Nr. 61, S. 2909.

<b>119 41</b>	<b>291</b>	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>20.000</b>	<b>40.000</b>
			82.461	

Erläuterungen:

Rückzahlung von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.

<b>119 51</b>	<b>291</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>5.000</b>	<b>1.000</b>
			1.460	

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

**Titelgruppe(n)**

**61 Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr**

<b>111 61</b>	<b>291</b>	<b>Entgelte für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr</b>	<b>892.800</b>	<b>920.200</b>
			834.695	

\*\* Zu erstattende Eigenbeteiligungsbeträge sind durch Absetzen von der Einnahme zu verausgaben.

\*\*\* Vgl. Vermerk zu Kapitel 0509 Titel 631 61.



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 111 61

Erläuterungen:

Bestimmte Personengruppen schwerbehinderter Menschen haben sich an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personenverkehr mit einem Betrag von 80 EUR jährlich oder 40 EUR halbjährlich zu beteiligen (§ 228 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX). Gemäß § 235 SGB IX ist von den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken ein bestimmter Anteil an den Bund abzuführen.

<b>119 61</b>	<b>291</b>	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von den Ausgaben nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 61</b>	<b>892.800</b>	<b>920.200</b>
-------------------------------------	----------------	----------------

**71 Regionale Anlauf- und Beratungsstelle für das Hilfesystem der Stiftung  
 "Anerkennung und Hilfe"**

\*\*\* vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0509 Ausgabetitelgruppe 71

Erläuterungen:

siehe Erläuterung zu Ausgabetitelgruppe 71

<b>231 71</b>	<b>291</b>	<b>Zuweisungen vom Bund</b>	<b>0</b>	<b>408.800</b>
			44.034	

Erläuterungen:

Nach Art. 4 Abs. 3 Buchst. c) Verwaltungsvereinbarung werden die Kosten der Anlauf- und Beratungsstelle aus dem Stiftungsvermögen zur Verfügung gestellt.

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 71</b>	<b>0</b>	<b>408.800</b>
-------------------------------------	----------	----------------

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Ausgaben**

<b>412 02</b>	291	<b>Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige</b>	<b>6.000</b>	<b>5.500</b>
			2.832	0

\* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 09 Titel 111 12.

Erläuterungen:

Aufwendungen für den Berufsbildungsausschuss und für Mitglieder der Prüfungsausschüsse.

<b>533 01</b>	223	<b>Aufsichtsprüfungen bei den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern</b>	<b>25.000</b>	<b>25.000</b>
			0	0

Übertragbar

\* Einseitig deckungsfähig zugunsten Kapitel 05 09 Titel 981 01.

Erläuterungen:

Aufsichtsprüfungen bei den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern gemäß § 88 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV).

<b>631 01</b>	235	<b>Zuweisungen an Bund</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>631 02</b>	291	<b>Sonstige Zuweisungen an den Bund</b>	<b>1.320.400</b>	<b>2.200.600</b>
			2.200.600	0

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	2.200.600			2.200.600
2020	1.320.400			1.320.400
2021	1.760.500			1.760.500
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>5.281.500</b>			<b>5.281.500</b>

Erläuterungen:

Der Bund, die Länder und die Kirchen haben zum 01.01.2017 ein Hilfesystem für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in den Jahren 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben, eingerichtet. Hierzu wurde eine Verwaltungsvereinbarung am 01.12.2016 abgeschlossen.

Im Rahmen der Umsetzung dieses Hilfesystems wurde eine Stiftung mit dem Namen "Stiftung zur Anerkennung und Hilfe für Kinder und Jugendliche, die in der Zeit von 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben" errichtet. Die Kurzform lautet: "Stiftung Anerkennung und Hilfe".

Träger der Stiftung ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Zur Erfüllung der Stiftungsziele und -zwecke haben die Vereinbarungspartner die Stiftung mit einem Vermögen auszustatten. Sämtliche mit dem Hilfesystem beabsichtigten Leistungen (Unterstützungsleistungen an die Betroffenen, öffentliche Anerkennung, wissenschaftliche Aufarbeitung, Kosten der Anlauf- und Beratungsstellen) werden aus diesem Stiftungsvermögen bestritten.

<b>636 01</b>	224	<b>Zuweisungen an gesetzliche Krankenkassen</b>	<b>1.240.000</b>	<b>1.130.000</b>
			1.086.770	0

Erläuterungen:

Nach § 22 des Gesetzes zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten (SchKG) erstatten die Länder den gesetzlichen Krankenkassen die durch dieses Gesetz entstehenden Kosten im Sinne des § 24 b Abs. 4 SGB V sowie die Verwaltungskosten.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>671 01</b>	291	<b>Kostenerstattungen</b>	<b>3.700</b>	<b>0</b>
		Übertragbar	0	0
		Erläuterungen:		
		Kostenerstattung an die Investitionsbank Sachsen-Anhalt und die FörderService GmbH der Investitionsbank zur Durchführung des EFRE-Programms "Anwendungsorientierte FuE-Aktivitäten an Hochschulen und außeruniversitären FuE-Einrichtungen" des MS (11.01a.04.0) in der Förderperiode 2014-2020.		
<b>681 09</b>	291	<b>Leistungen nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt</b>	<b>9.913.500</b>	<b>10.994.000</b>
		Erläuterungen:	9.511.544	0
		Nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt vom 19.06.1992 (GVBl. LSA S. 565) in der jeweils geltenden Fassung erhalten Blinde und Gehörlose zum Ausgleich der durch die Blindheit und Gehörlosigkeit bedingten Mehraufwendungen ein Blinden- und Gehörlosengeld ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen.		
<b>684 02</b>	235	<b>Zuschüsse an Beratungsstellen für Sinnesbehinderte</b>	<b>352.600</b>	<b>748.400</b>
		Erläuterungen:	351.410	0
		Die Mittel dienen der präventiven Sozialpolitik durch Schaffung notwendiger Beratungsangebote.		
<b>684 03</b>	291	<b>Zuschüsse an Betreuungsvereine nach dem Betreuungsgesetz</b>	<b>276.000</b>	<b>280.000</b>
		Erläuterungen:	159.743	0
<b>684 04</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>213.000</b>	<b>570.000</b>
		Erläuterungen:	0	0
		Folgende Maßnahmen für soziale oder ähnliche Einrichtungen werden gefördert:		
		a) Zuweisungen für die Förderung und zum Auf- und Ausbau von Selbsthilfegruppen gem. § 45d Abs. 2 SGB XI - 220.000 EUR		
		b) Zuweisungen für Projekte zur Förderung der Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen und des Ehrenamts gem. § 45a - c SGB XI - 350.000 EUR		
		Die unter b) aufgeführte Förderung war bisher im Kapitel 0509 Titel 684 68 veranschlagt. Da a) und b) gemeinsame fachliche Schwerpunkte haben, werden die Förderungen in einem Titel zusammengeführt.		
<b>684 05</b>	291	<b>Leistungen für berufsbildende Schulen in freier Trägerschaft nach §18 f SchulG</b>	<b>0</b>	<b>2.611.500</b>
		Erläuterungen:	0	0
		Berufsfachschulen für Altenpflege, die kein Schulgeld erheben, erhalten auf Antrag eine Landesförderung nach § 18 f SchulG. Die Höhe wird durch Verordnung bestimmt.		
<b>916 01</b>	291	<b>Zuführungen an das Sondervermögen "Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege"</b>	<b>0</b>	<b>200.000</b>
		Erläuterungen:	0	0
		Die Mittel werden aus dem Landeshaushalt gemäß §§ 32 und 33 Pflegeberufegesetz (PflBG) dem Sondervermögen "Finanzierung der beruflichen Ausbildung in der Pflege" zugeführt.		
<b>981 01</b>	223	<b>Verrechnungen zwischen Kapitel 0509 und 0516</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Übertragbar	0	0
		* Einseitig deckungsfähig zu Lasten Kapitel 05 09 Titel 533 01.		
		Erläuterungen:		
		Für den Fall der Beauftragung des Landesprüfungsamtes mit einer Anlassprüfung bei den landesunmittelbaren Unfallversicherungsträgern gemäß § 88 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV) ist der entstehende Einnahmefall bei Kapitel 0516, Titel 236 01, auszugleichen.		

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Titelgruppe(n)**

**61 Beförderung von schwerbehinderten Menschen im öffentlichen Personenverkehr**

<b>631 61</b>	291	<b>Zuweisungen an Bund</b>	<b>241.100</b>	<b>248.500</b>
			223.674	0

Übertragbar

\*\*\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 27 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 0509, Titel 111 61.

Erläuterungen:

Freifahrtberechtigte schwerbehinderte Menschen haben sich teilweise an den Kosten für die unentgeltliche Beförderung mit einem Betrag von 80 EUR jährlich bzw. 40 EUR halbjährlich zu beteiligen (§ 228 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch - SGB IX).

Gemäß § 235 SGB IX ist von den Einnahmen aus der Ausgabe von Wertmarken ein Anteil von 27 Prozent an den Bund abzuführen (vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0509, Titel 111 61).

<b>682 61</b>	291	<b>Erstattung von Fahrgeldausfällen an die Verkehrsträger für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen</b>	<b>6.919.900</b>	<b>7.118.000</b>
			6.566.437	0

Erläuterungen:

Nach § 234 Abs. 2 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) i.d.F. der Bekanntmachung vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046, 1047) zuletzt geändert durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG)(BGBl. I 2016 Nr. 66 S. 3234-3340) tragen die Länder die Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung im übrigen Nahverkehr.

Das Land erstattet den Verkehrsträgern die Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach einem durchschnittlichen (§ 231 Abs. 4 SGB IX) bzw. im Einzelfall ermittelten Vomhundertsatz (§ 231 Abs. 5 SGB IX) der von den Unternehmen nachgewiesenen Fahrgeldverluste.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 61</b>			<b>7.161.000</b>	<b>7.366.500</b>
				0

**62 Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt**

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 09 Titel 532 62, Kapitel 05 09 Titel 533 62, Kapitel 05 09 Titel 633 62, Kapitel 05 09 Titel 636 62, Kapitel 05 09 Titel 683 62, Kapitel 05 09 Titel 684 62, Kapitel 05 09 Titel 685 62, Kapitel 05 09 Titel 686 62, Kapitel 05 09 Titel 883 62 und Kapitel 05 09 Titel 892 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt werden Mittel sowohl zur Umsetzung und Fortschreibung des Landesaktionsplans Sachsen-Anhalt, zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) als auch zur Umsetzung der Richtlinie 2016/2012/EU (für das Überwachungs-, Berichterstattungs- und Durchsetzungsverfahren) und ferner zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom 21.06.2018 zur Schaffung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit (Drs. 7/3086) zur Herstellung von Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt in allen Lebensbereichen.

Der Landesaktionsplan dient der systematischen Erfüllung der Verpflichtungen des Landes, die aus der UN-BRK erwachsen und der Verwirklichung der universalen Menschenrechte. Die Herstellung von Barrierefreiheit erwächst als Verpflichtung aus der Ratifizierung der UN-BRK und der Umsetzung europäischer Richtlinien.

Sachsen-Anhalt engagiert sich durch eine teilhabeorientierte, nachhaltige Politik für und mit Menschen mit Beeinträchtigungen für eine inklusive Gesellschaft. Die detaillierten Erläuterungen zur Landesfachstelle Barrierefreiheit, zur Umsetzungsstelle und Durchsetzungsstelle s. Erläuterungen zu 0509 636 62)

<b>532 62</b>	291	<b>Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			1.734	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**533 62 291 Dienstleistungen Außenstehender** **0** **0**  
0 0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

**633 62 291 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden** **250.000** **250.000**  
0 500.000

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		250.000		250.000
2020			500.000	500.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>250.000</b>	<b>500.000</b>	<b>750.000</b>

**636 62 291 Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger** **0** **750.000**  
0 0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

Erläuterungen:

Veranschlagt werden Mittel zur Umsetzung

- a) der RL 2016/2102/EU für das Überwachungs-, Berichterstattungs- und Durchsetzungsverfahren und
- b) des Landtagsbeschlusses vom 21.06.2018 zur Schaffung einer Landesfachstelle Barrierefreiheit (Drs. 7/3086).

Die Aufgaben der Landesfachstelle für Barrierefreiheit sind:

1. Überwachungsstelle i.S.d. RL 2016/2102/EU
2. Ombudsstelle zur Umsetzung des Beschwerdeverfahrens i.S.d. RL 2016/2102/EU
3. zentrale Anlaufstelle und Erstberatung,
4. Bereitstellung, Bündelung und Weiterentwicklung von Informationen zur Herstellung von Barrierefreiheit,
5. Unterstützung der Beteiligten bei Zielvereinbarungen,
6. Aufbau eines Netzwerks,
7. Bewusstseinsbildung durch Öffentlichkeitsarbeit.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind 3 VZÄ für die Überwachungsstelle und 1 VZÄ für die Durchsetzungsstelle zur Umsetzung der EU-Richtlinie veranschlagt. Für die übrigen Aufgaben der Landesfachstelle sind zunächst für die Aufbauphase 3 VZÄ veranschlagt.

**683 62 291 Zuschüsse an private Unternehmen** **0** **0**  
0 0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

**684 62 291 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen** **0** **0**  
0 0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

**685 62 291 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen** **0** **0**  
0 0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

**686 62 291 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland** **0** **0**  
0 0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>883 62</b>	291	<b>Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>500.000</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.		
		Erläuterungen:		
		Investitionen zur Herstellung von Barrierefreiheit im Sinne des Behindertengleichstellungsgesetzes und der Behindertengleichstellungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt.		
<b>892 62</b>	291	<b>Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 62.		
		Erläuterungen:		
		siehe Erläuterungen zu Titel 883 62		
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 62</b>			<b>250.000</b>	<b>1.500.000</b>
				500.000
<b>67</b>		<b>Förderung von wohlfahrtspflegerischen Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege</b>		
		Übertragbar		
		*** Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01. Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 5.520.000 € dürfen nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.		
<b>684 67</b>	236	<b>Zuschüsse zur Förderung von Aufgaben der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege</b>	<b>5.520.000</b>	<b>5.520.000</b>
			5.602.452	0
		Erläuterungen:		
		Gemäß § 9 Abs. 3 Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 27.09.2012 (GVBl. LSA S. 320), zuletzt geändert am 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288, 342) sind 24 v. H. der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe für wohlfahrtspflegerische Maßnahmen der Verbände, die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege (Liga Sachsen-Anhalt) zusammengeschlossen sind, nach Richtlinien der Landesregierung zu verwenden.		
		Gefördert werden die wohlfahrtspflegerischen Aufgaben folgender Spitzenverbände:		
		1. Arbeiterwohlfahrt Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.		
		2. Caritasverband für das Bistum Magdeburg e. V.		
		3. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.		
		4. Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.		
		5. Diakonisches Werk der Evangelischen Kirchen Mitteldeutschland e. V.		
		6. Landesverband der jüdischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt.		
<b>893 67</b>	236	<b>Zuschüsse für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 67</b>			<b>5.520.000</b>	<b>5.520.000</b>
				0

**68 Förderung von wohlfahrtspflegerischen Einzelmaßnahmen**

Übertragbar

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01. Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 920.000 € dürfen nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.

<b>684 68</b>	<b>236</b>	<b>Zuschüsse zur Förderung von wohlfahrtspflegerischen Einzelmaßnahmen</b>	<b>920.000</b>	<b>920.000</b>
			865.510	0

Erläuterungen:

Gemäß § 9 Abs. 3 Glücksspielgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 27.09.2012 (GVBl. LSA S. 320), zuletzt geändert am 17.06.2014 (GVBl. LSA S. 288, 342) sind 4 v. H. der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe für die Förderung wohlfahrtspflegerische Einzelmaßnahmen durch das für die Wohlfahrtspflege zuständige Ministerium zu verwenden. Folgende Projekte sollen vorrangig gefördert werden:

	Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
1. Telefonseelsorgeeinrichtungen	124.335	120.000	129.600
2. Kinder- und Jugendtelefone sowie Elterntelefone	109.122	132.000	132.000
3. Ambulante Hospizgruppen	34.863	50.000	52.000
4. Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung "Netzwerk Leben"	1.000	1.000	1.000
5. Online-Beratungsstelle	31.393	30.000	35.000
6. Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements	120.666	150.000	201.000
7. Unterstützungsangebote im Alltag	357.459	318.500	0
8. Landesseniorenvertretung	21.834	26.200	32.400
9. Verein Opfer stalinistisch Verfolgter	40.000	40.000	42.500
10. Fachzentrum Pflegekinderwesen	0	0	154.300
11. Verein zur Förderung krebskranker Kinder Halle e.V.	0	0	54.000
12. Selbsthilfekontaktbüro für Prävention im Alter "PiA"	0	0	38.100
13. Zeitzeugen-Cafe	0	0	10.000
14. sonstige Projekte	24.838	52.300	38.100
<b>Zusammen</b>	<b>865.510</b>	<b>920.000</b>	<b>920.000</b>

Die Finanzierung aller Projekte steht unter dem Vorbehalt, dass die veranschlagten Einnahmen erzielt werden. Mindereinnahmen führen zu einer prozentualen Reduzierung der Fördersumme oder zu einem Absehen von der Förderung.

<b>893 68</b>	<b>236</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

Erläuterungen:

vgl. Titel 684 68

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 68</b>	<b>920.000</b>	<b>920.000</b>
		0

**70 Landesaktionsplan "Pflege im Quartier"**

Erläuterungen:

Landesaktionsplan "Pflege im Quartier"

<b>633 70</b>	<b>291</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>684 70</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>505.000</b>
			0	495.000

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 70

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			165.000	165.000
2021			165.000	165.000
2022			165.000	165.000
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>495.000</b>	<b>495.000</b>

Erläuterungen:

Von dem ausgebrachten Ansatz sowie der zur Verfügung stehenden Verpflichtungsermächtigung wird eine Landesweite Beratungsstelle für die Kommunen (i.H.v. 165.000 EUR p.a. für fünf Jahre) errichtet.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 70</b>	<b>0</b>	<b>505.000</b>
		495.000

**71 Regionale Anlauf- und Beratungsstelle für das Hilfesystem der Stiftung "Anerkennung und Hilfe"**

Übertragbar

\*\*\* Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Kapitel 0509 Titelgruppe 71 geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0509 Titelgruppe 71.

Erläuterungen:

Der Bund, die Länder und die Kirchen haben zum 01.01.2017 ein Hilfesystem für Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in den Jahren 1949 bis 1975 (Bundesrepublik Deutschland) bzw. 1949 bis 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen Leid und Unrecht erfahren haben, eingerichtet. Insbesondere zur Beratung der Betroffenen haben die Länder gem. Artikel 6 der Vereinbarung über die Errichtung einer "Stiftung Anerkennung und Hilfe" regionale, ihrer Aufsicht unterstehende, qualifizierte Anlauf- und Beratungsstellen (A+B-Stellen) zu errichten.  
 Die Kostentragung regelt sich nach Artikel 4 Abs. 2 und Abs. 3 c) und e) der Vereinbarung.

<b>427 71</b>	<b>291</b>	<b>Beschäftigungsentgelte</b>	<b>0</b>	<b>351.500</b>
			42.180	0
		*** Umsetzungen von Kap. 05 09 - TGr. 71 Titel 429 71		
<b>534 71</b>	<b>291</b>	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>57.300</b>
			1.816	0
<b>631 71</b>	<b>291</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an den Bund</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 71</b>	<b>0</b>	<b>408.800</b>
		0



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**78 Behindertenbeauftragter**

Erläuterungen:

Gemäß §§ 20 und 21 des Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen hat der Landesbehindertenbeauftragte die Interessen von Menschen mit Behinderungen zu sichern und insbesondere die Durchsetzung der Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderungen im Land Sachsen-Anhalt zu wahren. Er regt im Land Maßnahmen an, die darauf gerichtet sind, Benachteiligungen und Diskriminierungen abzubauen oder ihrem Entstehen entgegenzuwirken. Zur Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet der Landesbeauftragte u.a. mit dem Runden Tisch für Menschen mit Behinderungen, dem Behindertenbeirat des Landes Sachsen-Anhalt, den auf Landesebene tätigen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen und den kommunalen Behindertenbeauftragten (Landesarbeitsgemeinschaft gem. § 25 Abs. 4 des o.a. Gesetzes) zusammen.

<b>532 78</b>	291	<b>Sonstige Ausgaben der Öffentlichkeitsarbeit</b>	<b>9.000</b>	<b>10.000</b>
			5.541	0
<b>633 78</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>681 78</b>	291	<b>Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen</b>	<b>14.500</b>	<b>30.000</b>
			12.589	0

Erläuterungen:

Gemäß §§ 26 und 27 des Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen können den ehrenamtlich tätigen Betroffenen in den Gremien des Runden Tisches für Menschen mit Behinderungen und des Landesbehindertenbeirates die bei ihrer Teilnahme entstandenen Aufwendungen erstattet werden. Anfallende Fahrtkosten werden entsprechend den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes gezahlt.

Durch die Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschern können Menschen mit Hörbehinderungen gleichberechtigt in den Gremien mitwirken und an Veranstaltungen teilhaben. Der Landesbehindertenbeauftragte kann so die Interessen und Probleme Gehörloser verstehen und bei seinen Stellungnahmen in Gesetz- und Verordnungsverfahren berücksichtigen. Darüber hinaus ist bei Menschen mit geistigen und schwerstmehrfachen Behinderungen verstärkt die Bereitschaft zu erkennen, sich in die Arbeit der ehrenamtlichen Gremien einzubringen. Auch hier ist zu gewährleisten, dass die Kosten notwendiger Assistenzen bzw. Spezialbeförderungsdienste erstattet werden können.

<b>684 78</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>50.000</b>	<b>0</b>
			36.000	0

Erläuterungen:

Bis einschließlich 2018 wurde das Kompetenzzentrum für Barrierefreiheit gefördert.  
 Ab 2019 ist ein Übergang in die Landesfachstelle für Barrierefreiheit (Kapitel 0509 Titel 636 62) vorgesehen.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 78</b>			<b>73.500</b>	<b>40.000</b>
				0

**93 Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Mitteln - Förderperiode 2014 - 2020**

Übertragbar

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 09 Titel 633 93, Kapitel 05 09 Titel 671 93, Kapitel 05 09 Titel 682 93, Kapitel 05 09 Titel 683 93, Kapitel 05 09 Titel 684 93, Kapitel 05 09 Titel 685 93 und Kapitel 05 09 Titel 686 93.

\*\* Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Alle Rückzahlungen sowie dazugehörige und im eFREporter3 zu erfassende Verzugszinsen, die auf Basis von geprüften abrechnungsfähigen Ausgaben entstanden sind, sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Alle übrigen Zinsen sind unter dem Einnahmetitel 119 51 zu vereinnahmen.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 09 Sonstige soziale Leistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Mit Einwilligung des MF können im Rahmen der Umsetzung des genehmigten Operationellen Programms Mehrausgaben geleistet werden, wenn diese durch Einsparungen an anderer Stelle desselben Einzelplans ausgeglichen werden.

Erläuterungen:

Im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie für die EU-Strukturfonds-Förderung 2014 bis 2020 ist eine Finanzierung der Maßnahmen in Höhe von 80 v. H. aus EU- und 20 v. H. aus Landesmitteln vorgesehen. Die EU-Mittel für die in dieser Titelgruppe mit Landesmitteln kofinanzierten Maßnahmen werden im Kapitel 1317 TGr. 63 veranschlagt.

<b>633 93</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>550.000</b>	<b>828.800</b>
			84.961	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 93.

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	376.500			376.500
2020	393.900			393.900
2021	89.600			89.600
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>860.000</b>			<b>860.000</b>

Erläuterungen:

22.09a.05.0 Örtliches Teilhabemanagement

<b>671 93</b>	291	<b>Kostenerstattungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 93.

<b>682 93</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 93.

<b>683 93</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 93.

<b>684 93</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 93.

<b>685 93</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 93.

<b>686 93</b>	291	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 09 Titelgruppe 93.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 93</b>			<b>550.000</b>	<b>828.800</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 09 Sonstige soziale Leistungen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	929.700	973.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	0	408.800
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>929.700</b>	<b>1.381.900</b>

#### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	6.000	357.000 0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	34.000	92.300 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	27.784.700	34.704.800 995.000
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	0	500.000 0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	0	200.000 0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>27.824.700</b>	<b>35.854.100</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			995.000
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-26.895.000</b>	<b>-34.472.200</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10 Kriegsofferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

1. Die Kriegsofferfürsorge gewährt Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz (§§ 26 bis 27 e BVG) für Opfer des Krieges (Beschädigte und Hinterbliebene).

Darüber hinaus werden für den berechtigten Personenkreis gemäß Opferentschädigungsgesetz (OEG), Zivildienstgesetz (ZDG), Häftlingshilfegesetz (HHG), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Strafrechtliches (StrRehaG) und Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG). Fürsorgeleistungen nach den o. a. Vorschriften als besondere Leistungen im Einzelfall erbracht. Die Fürsorgeleistung hilft, bei Beschädigten die Folgen der erlittenen Schädigungen oder bei Hinterbliebenen den Verlust des Ernährers in allen Lebenslagen nach Möglichkeit zu überwinden oder zu mildern.

2. Die Finanzierung der Aufwendungen der Kriegsofferfürsorge nach dem BVG ist für die einzelnen Leistungsgesetze unterschiedlich geregelt.

Übersicht über die Kostenträgerschaft

Gesetz	Sachsen-Anhalt	Bund
BVG/KOF	20 v.H.	80 v.H.
HHG	20 v.H.	80 v.H.
ZDG	-	100 v.H.
IfSG	100 v.H.	-
StrRehaG	35 v.H.	65 v.H.
VwRehaG	43 v.H.	57 v.H.
OEG	78 v.H.	22 v.H.

**Einnahmen**

<b>119 41</b>	<b>241</b>	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>500</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 08.

Erläuterungen:

Rückzahlungen von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzweckmäßig ist.

<b>182 01</b>	<b>291</b>	<b>Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem OEG</b>	<b>5.000</b>	<b>4.500</b>
			5.528	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 01.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des OEG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

<b>182 02</b>	<b>249</b>	<b>Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen nach dem StrRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

<b>182 03</b>	<b>249</b>	<b>Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 03.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der nach dem VwRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

<b>182 04</b>	<b>241</b>	<b>Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem ZDG</b>	<b>6.000</b>	<b>2.000</b>
			1.650	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 04.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10 Kriegsofopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 182 04

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des ZDG in Verbindung mit den §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

<b>182 05</b>	241	<b>Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem IfSG</b>	<b>0</b>	<b>5.000</b>
			0	

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des IfSG in Verbindung mit den §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

<b>182 06</b>	241	<b>Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 05.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen der §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

<b>182 07</b>	241	<b>Darlehensrückflüsse von Berechtigten aus Leistungen nach dem HHG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 12.

Erläuterungen:

Darlehensrückflüsse der im Rahmen des HHG in Verbindung mit den §§ 26 ff BVG zu gewährenden Darlehen.

<b>231 02</b>	291	<b>Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem OEG</b>	<b>222.400</b>	<b>222.400</b>
			246.282	

Erläuterungen:

Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 08 und 863 01 in Höhe von 22 v. H. der Leistungen.

<b>231 03</b>	249	<b>Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>5.200</b>	<b>1.300</b>
			0	

Erläuterungen:

Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 05 und bei Titel 863 05 in Höhe von 65 v. H. der Leistungen.

<b>231 04</b>	249	<b>Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

Erläuterungen:

Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 06 und 863 06 in Höhe von 57 v. H. der Leistungen.

<b>231 05</b>	241	<b>Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem ZDG</b>	<b>31.000</b>	<b>10.000</b>
			40.106	

Erläuterungen:

Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 02 und 863 02 in Höhe von 100 v. H. der Leistungen.

<b>231 06</b>	241	<b>Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem BVG</b>	<b>1.560.000</b>	<b>1.286.400</b>
			1.602.441	

Erläuterungen:

Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 04 und 863 04 in Höhe von 80 v. H. der Leistungen.

<b>231 08</b>	241	<b>Zuweisungen vom Bund für Leistungen nach dem HHG</b>	<b>15.200</b>	<b>15.200</b>
			12.674	

Erläuterungen:

Die Höhe der Zuweisungen errechnet sich aus den Ausgaben bei Kapitel 0510 Titel 681 07 und 863 07 in Höhe von 80 v. H. der Leistungen.

<b>236 01</b>	241	<b>Erstattungen durch die Pflegekassen nach dem Pflegeversicherungsgesetz</b>	<b>21.000</b>	<b>27.000</b>
			26.841	

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10 Kriegsofopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 236 01

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 11.

Erläuterungen:

Die Pflegekassen erstatten im Rahmen der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbrachte Pflegekosten nach dem SGB XI.

<b>281 01</b>	<b>241</b>	<b>Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem BVG</b>	<b>628.000</b>	<b>500.000</b>
			592.185	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 08.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem BVG handelt es sich überwiegend um Rentenüberleitungen von in Einrichtungen der stationären Pflege untergebrachten Leistungsempfängern. Des Weiteren werden Leistungen vereinbart, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie Rückzahlungen zuviel erbrachter Leistungen.

<b>281 02</b>	<b>249</b>	<b>Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 09.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem StrRehaG handelt es sich um Rentenüberleitungen und Leistungen, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zuviel erbrachter Leistungen.

<b>281 03</b>	<b>249</b>	<b>Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 10.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem VwRehaG handelt es sich um Rentenüberleitungen und Leistungen, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zuviel erbrachter Leistungen.

<b>281 04</b>	<b>241</b>	<b>Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem ZDG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			13.802	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 07.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem ZDG handelt es sich um Rentenüberleitungen und Leistungen, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zuviel erbrachter Leistungen.

<b>281 05</b>	<b>241</b>	<b>Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem IfSG</b>	<b>50.000</b>	<b>50.000</b>
			48.851	

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem IfSG handelt es sich um Rentenüberleitungen und Leistungen, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zuviel erbrachter Leistungen.

<b>281 07</b>	<b>241</b>	<b>Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem HHG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 13.

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem HHG handelt es sich um Rentenüberleitungen und Leistungen, die von der Kriegsofopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zuviel erbrachter Leistungen.

<b>281 08</b>	<b>291</b>	<b>Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem OEG</b>	<b>55.000</b>	<b>45.000</b>
			40.329	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 631 06.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10**                **Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 281 08

Erläuterungen:

Bei Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten sowie Rententrägern nach dem OEG handelt es sich um Rentenüberleitungen und Leistungen, die von der Kriegsopferfürsorge in Vorleistung erbracht wurden und die nach Klärung des Sachverhalts als Erstattungsanspruch geltend gemacht werden sowie um Rückzahlungen zuviel erbrachter Leistungen.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10**                **Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Ausgaben**

<b>631 01</b>	291	<b>Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem OEG</b>	<b>1.100</b>	<b>1.000</b>
		Übertragbar	1.216	0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 22 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 01.		
		Erläuterungen:		
		Von den Leistungen nach dem OEG trägt der Bund 22 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 01, sind 22 v. H. an den Bund zu erstatten.		
<b>631 02</b>	249	<b>Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Übertragbar	0	0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 65 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 02.		
		Erläuterungen:		
		Von den Leistungen nach dem StrRehaG trägt der Bund 65 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 02, sind 65 v. H. an den Bund zu erstatten.		
<b>631 03</b>	249	<b>Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Übertragbar	0	0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 57 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 03.		
		Erläuterungen:		
		Von den Leistungen nach dem VwRehaG trägt der Bund 57 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 03, sind 57 v. H. an den Bund zu erstatten.		
<b>631 04</b>	241	<b>Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem ZDG</b>	<b>6.000</b>	<b>2.000</b>
		Übertragbar	1.650	0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 100 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 04.		
		Erläuterungen:		
		Von den Leistungen nach dem ZDG trägt der Bund 100 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 04, sind 100 v. H. an den Bund zu erstatten.		
<b>631 05</b>	241	<b>Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		Übertragbar	0	0
		* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 06.		
		Erläuterungen:		
		Von den Leistungen nach dem BVG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 06, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.		
<b>631 06</b>	291	<b>Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem OEG</b>	<b>12.100</b>	<b>9.900</b>
			8.268	0



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10 Kriegsofopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 631 06

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 22 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 08.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem OEG trägt der Bund 22 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 08, sind 22 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>631 07</b>	<b>241</b>	<b>Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem ZDG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			13.802	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 100 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 04.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem ZDG trägt der Bund 100 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 04, sind 100 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>631 08</b>	<b>241</b>	<b>Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem BVG</b>	<b>503.200</b>	<b>400.000</b>
			440.805	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 119 41 und Kapitel 05 10 Titel 281 01.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem BVG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 119 41, 119 51 und 281 01 sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>631 09</b>	<b>249</b>	<b>Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 65 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 02.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem StrRehaG trägt der Bund 65 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 02, sind 65 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>631 10</b>	<b>249</b>	<b>Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 57 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 03.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem VwRehaG trägt der Bund 57 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 03, sind 57 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>631 11</b>	<b>241</b>	<b>Zuweisungen an den Bund - Erstattungen durch die Pflegekassen</b>	<b>16.800</b>	<b>21.600</b>
			21.484	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 236 01.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10 Kriegsofopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 631 11

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem BVG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen.

Bei Einnahmen aus Erstattungen durch die Pflegekassen bei Kapitel 0510, Titel 236 01, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>631 12</b>	<b>241</b>	<b>Zuweisungen an den Bund - Darlehensrückflüsse nach dem HHG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 182 07.

Erläuterungen:

Bei den Darlehen nach dem HHG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Darlehensrückflüssen bei Kapitel 0510, Titel 182 07, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>631 13</b>	<b>241</b>	<b>Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem HHG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zu 80 v.H. der Isteinnahmen bei Kapitel 05 10 Titel 281 07.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach dem HHG trägt der Bund 80 v. H. der Ausgaben, die dem Land durch Leistungen nach diesem Gesetz entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0510, Titel 281 07, sind 80 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>681 02</b>	<b>241</b>	<b>Hilfen nach dem ZDG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>20.000</b>	<b>10.000</b>
			9.431	0

\* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 10 Titel 681 03, Kapitel 05 10 Titel 681 04, Kapitel 05 10 Titel 681 05, Kapitel 05 10 Titel 681 06, Kapitel 05 10 Titel 681 07 und Kapitel 05 10 Titel 681 08.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem ZDG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 05.

<b>681 03</b>	<b>241</b>	<b>Hilfen nach dem IfSG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>420.000</b>	<b>500.000</b>
			468.807	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem IfSG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

<b>681 04</b>	<b>241</b>	<b>Hilfen nach §§ 26 ff BVG</b>	<b>1.950.000</b>	<b>1.608.000</b>
			1.644.293	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 06.

<b>681 05</b>	<b>249</b>	<b>Hilfen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>8.000</b>	<b>2.000</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.

Erläuterungen:

Leistungen werden nach dem StrRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 03.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10**                **Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>681 06</b>	249	<b>Hilfen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.	0	0
		Erläuterungen:		
		Leistungen werden nach dem VwRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 04.		
<b>681 07</b>	241	<b>Hilfen nach dem HHG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>19.000</b>	<b>19.000</b>
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.	17.289	0
		Erläuterungen:		
		Leistungen werden nach dem HHG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 08.		
<b>681 08</b>	291	<b>Hilfen nach dem OEG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>1.000.000</b>	<b>1.000.000</b>
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 681 02.	789.314	0
		Erläuterungen:		
		Leistungen werden nach dem OEG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 02.		
<b>863 01</b>	291	<b>Darlehen nach dem OEG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>11.000</b>	<b>11.000</b>
		* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 10 Titel 863 02, Kapitel 05 10 Titel 863 03, Kapitel 05 10 Titel 863 04, Kapitel 05 10 Titel 863 05, Kapitel 05 10 Titel 863 06 und Kapitel 05 10 Titel 863 07.	3.715	0
		Erläuterungen:		
		Darlehen werden nach dem OEG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 02.		
<b>863 02</b>	241	<b>Darlehen nach dem ZDG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>11.000</b>	<b>0</b>
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.	0	0
		Erläuterungen:		
		Darlehen werden nach dem ZDG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 05.		
<b>863 03</b>	241	<b>Darlehen nach dem IfSG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.	0	0
		Erläuterungen:		
		Darlehen werden nach dem IfSG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
<b>863 04</b>	241	<b>Darlehen nach §§ 26 ff BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.	0	0
		Erläuterungen:		
		Darlehen werden nach §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510 Titel 231 06.		

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10**                **Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>863 05</b>	249	<b>Darlehen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.		
		Erläuterungen:		
		Darlehen werden nach dem StrRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 03.		
<b>863 06</b>	249	<b>Darlehen nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.		
		Erläuterungen:		
		Darlehen werden nach dem VwRehaG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 04.		
<b>863 07</b>	241	<b>Darlehen nach dem HHG i.V.m. §§ 26 ff BVG</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 10 Titel 863 01.		
		Erläuterungen:		
		Darlehen werden nach dem HHG in Verbindung mit §§ 26 ff BVG gewährt.		
		Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0510, Titel 231 08.		

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 10**                **Kriegsopferfürsorge und andere Fürsorgeleistungen nach dem BVG**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	11.500	11.500
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	2.587.800	2.157.300
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>2.599.300</b>	<b>2.168.800</b>

**Ausgaben**

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	3.956.200	3.573.500
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	22.000	11.000
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>3.978.200</b>	<b>3.584.500</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			<b>0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-1.378.900</b>	<b>-1.415.700</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 11 Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Das Land trägt die Aufwendungen für

1. Beschädigte und Hinterbliebene, die einen Anspruch wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen einer Schädigung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes aufgrund der folgenden gesetzlichen Grundlagen haben:

- a) Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - Artikel 1 des 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes) vom 29.10.1992 i. d. F. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2408) - StrRehaG
- b) Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - Artikel 1 des 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes) vom 23.06.1994 i. d. F. vom 01.07.1997 (BGBl. I S. 1620), ), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Vierten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 02.12.2010 (BGBl. I S. 1744) - VwRehaG
- c) Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz-IfSG) i.d.F. der Bekanntmachung durch das Gesetz zur Neuordnung seuchenrechtlicher Vorschriften (Seuchenrechtsneuordnungsgesetz-SeuchRNeuG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Artikel 6a des Gesetzes zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung (Krankenhausstrukturgesetz - KHSG) vom 10.12.2015 (BGBl. I S. 2229) - IfSG
- d) Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz) vom 11.05.1976 i.d.F. vom 07.01.1985, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 20.06.2011 (BGBl. I S. 1114) - OEG.

Es werden im Wesentlichen lfd. Rentenzahlungen, Heil- und Krankenbehandlungskosten und ähnliche Leistungen gezahlt, die insbesondere gesundheitliche Mehraufwendungen und berufliche Minderverdienste ausgleichen.

- 2. Personen, die Ansprüche nach dem Gesetz über den Abschluss von Unterstützungen der Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen (Unterstützungsabschlussgesetz) vom 06.05.1994 (BGBl. I S. 990), zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 10 des Gesetzes zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften vom 20.06.2011 (BGBl. I S. 1114) haben - UntAbschlG.
- 3. Einmalige Zahlungen, insbesondere die Kapitalentschädigung, nach dem Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz) vom 29.10.1992 i. d. F. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2408) - StrRehaG
- 4. Opferpensionen nach dem Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz) vom 29.10.1992 i. d. F. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 22.12.2014 (BGBl. I S. 2408)- StrRehaG.
- 5. Betroffene, die Anspruch auf Rente, Einmalzahlung sowie Krankenbehandlung nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit dem Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz-AntiDHG) vom 02.08.2000 (BGBl. I S. 1270), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Bundesversorgungsgesetzes und anderer Vorschriften des Sozialen Entschädigungsrechts vom 13.12.2007 (BGBl. I S. 2904) haben - AntiDHG.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 11 Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Übersicht über die Kostenträgerschaft**

Gesetz	Anteil des Kostenträgers		
	Sachsen-Anhalt	Bund	alte Bundesländer
StrRehaG	35 v.H.	65 v.H.	-
VwRehaG	43 v.H.	57 v.H.	-
IFSG	100 v.H.	-	-
OEG	78 v.H.	22 v.H.	-
UntAbschG	100 v.H.	-	-
AntiDHG - finanzielle Hilfen	37,6 v.H.	50 v.H.	12,4 v.H.
AntiDHG - Heil- und Krankenbehandlung	100 v.H.	-	-

**Einnahmen**

<b>119 41</b>	<b>241</b>	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>50.000</b> 49.469	<b>50.000</b>
<p>*** Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0511 Titel 631 03</p> <p>Erläuterungen:</p> <p>Rückzahlungen von Überzahlungen, bei denen eine Absetzung von der Ausgabe nicht zulässig, nicht möglich oder unzumutbar ist.</p>				
<b>119 46</b>	<b>291</b>	<b>Ersatzleistungen nach § 5 OEG</b>	<b>250.000</b> 273.052	<b>250.000</b>
<p>Erläuterungen:</p> <p>Einnahmen aus Schadensersatzansprüchen in Fällen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG).</p>				
<b>231 02</b>	<b>291</b>	<b>Zuweisungen vom Bund nach § 4 Abs. 3 OEG</b>	<b>1.838.500</b> 1.469.057	<b>1.677.100</b>
<p>Erläuterungen:</p> <p>Der Bund erstattet den Ländern 22 v. H. der Ausgaben nach dem OEG.</p> <p>Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0511 Titel 681 17 und 681 18.</p>				
<b>231 03</b>	<b>244</b>	<b>Zuweisungen vom Bund nach § 20 StrRehaG</b>	<b>13.765.900</b> 12.900.068	<b>13.206.300</b>
<p>Erläuterungen:</p> <p>Nach § 20 StrRehaG erstattet der Bund dem Land 65 v. H. der Aufwendungen, die dem Land nach den §§ 6, 17, 17a, 21, 22 StrRehaG entstanden sind.</p> <p>Vgl. Erläuterungen zu Kapitel 0511 Titel 681 11, 681 12 und 681 21.</p>				
<b>231 04</b>	<b>244</b>	<b>Zuweisungen vom Bund nach § 17 VwRehaG</b>	<b>3.900</b> 1.970	<b>3.900</b>
<p>Erläuterungen:</p> <p>Der Bund erstattet den Ländern 57 v. H. der Ausgaben nach dem VwRehaG.</p> <p>Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511 Titel 681 13 und 681 14.</p>				
<b>231 05</b>	<b>291</b>	<b>Zuweisungen vom Bund nach § 10 Abs. 3 Anti-D-Hilfegesetz</b>	<b>279.700</b> 245.279	<b>282.500</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 11 Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 231 05

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 3 AntiDHG erstattet der Bund dem Land 50 v. H. der Aufwendungen, die dem Land durch Leistungen nach § 3 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1, §§ 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG entstehen.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511 Titel 681 19.

<b>232 01</b>	<b>291</b>	<b>Zuweisungen von den alten Ländern nach § 10 Abs. 3 Anti-D-Hilfegesetz</b>	<b>69.300</b>	<b>70.000</b>
			67.138	

Erläuterungen:

Nach § 10 Abs. 3 AntiDHG erstatten die alten Bundesländer dem Land 12,4 v.H. der Aufwendungen, die dem Land durch Leistungen nach den § 3 Abs. 2 i.V.m. Abs. 1, §§ 4 und 13 Abs. 1 AntiDHG entstehen.

Vergleiche Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 681 19.



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 11 Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Ausgaben

<b>631 02</b>	291	<b>Zuweisungen an Bund - Erstattung des Landesanteils der Beiträge nach § 22 BVG i.V.m. dem OEG</b>	<b>1.000</b>	<b>1.000</b>
			0	0

Übertragbar

\* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 11 Titel 681 17 und Kapitel 05 11 Titel 681 18.

Erläuterungen:

Das Land erstattet dem Bund den Landesanteil (78 v. H.) für die nach § 22 BVG für Fälle nach dem OEG entrichteten Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für Zeiten des Bezugs von Versorgungskrankengeld sowie für die entrichteten Beiträge zur Bundesagentur für Arbeit nach § 349 SGB III.

<b>631 03</b>	291	<b>Zuweisungen an den Bund - Sonstige Einnahmen nach dem StrRehaG</b>	<b>32.500</b>	<b>32.500</b>
			30.097	0

Übertragbar

\*\*\* Die Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe von 65 v.H. der Einnahmen bei Kapitel 0511 Titel 119 41. Mehrausgaben dürfen i.H.v. 65 v.H. der Mehreinnahmen bei Kapitel 0511 Titel 119 41 geleistet werden.

Erläuterungen:

Von den Leistungen nach den §§ 6, 17, 17a StrRehaG trägt der Bund 65 v.H. der Ausgaben, die dem Land durch diese Leistungen entstehen. Bei Einnahmen aus Erstattungen von Anspruchsberechtigten und sonstigen Dritten bei Kapitel 0511 Titel 119 41 sind 65 v. H. an den Bund zu erstatten.

<b>681 11</b>	244	<b>Betragsverfahren nach §§ 6 und 17 StrRehaG</b>	<b>822.600</b>	<b>704.600</b>
			491.781	0

\* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 11 Titel 681 12, Kapitel 05 11 Titel 681 13, Kapitel 05 11 Titel 681 14 und Kapitel 05 11 Titel 681 21.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Personen, soweit eine strafrechtliche Entscheidung eines staatlichen deutschen Gerichts im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 08.05.1945 bis zum 02.10.1990 oder eine außerhalb eines Strafverfahrens ergangene gerichtliche oder behördliche Entscheidung, mit der eine Freiheitsentziehung angeordnet worden ist (u. a. Heimkinder) für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben wurde,

- a) eine Erstattung von Geldstrafen, Kosten des Verfahrens und notwendiger Auslagen (§ 6) und/oder  
b) eine Kapitalentschädigung (§ 17 Abs. 1) und ggf. eine Nachzahlung der Kapitalentschädigung (§ 17 Abs. 5).

Die Antragsfrist des § 7 Abs. 1 StrRehaG ist bis zum 31.12.2019 verlängert worden.  
Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 03.

<b>681 12</b>	244	<b>Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 21 und 22 StrRehaG</b>	<b>188.300</b>	<b>192.000</b>
			137.721	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

Erläuterungen:

Nach § 21 des Gesetzes über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Personen, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das gleiche gilt nach § 22 StrRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten. Aus dem Ansatz werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Heilbehandlungskosten und ähnliche Leistungen gezahlt.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 03.

<b>681 13</b>	244	<b>Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 3 und 4 VwRehaG - Geldleistungen</b>	<b>6.400</b>	<b>6.500</b>
			3.348	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 11 Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 681 13

Erläuterungen:

Nach § 3 des Gesetzes über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz - VwRehaG) erhalten Personen, die infolge einer hoheitlichen Maßnahme einer deutschen behördlichen Stelle zur Regelung eines Einzelfalls im Beitrittsgebiet aus der Zeit vom 08.05.1945 bis zum 02.10.1990 (Verwaltungsentscheidung) eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das gleiche gilt nach § 4 VwRehaG für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Aus dem Titel 681 13 werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen und Heil- und Krankenbehandlungskosten, die nicht zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, und aus Titel 681 14 werden Heil- und Krankenbehandlungskosten, die zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, geleistet. Die Antragsfrist nach § 9 VwRehaG ist bis zum 31.12.2019 verlängert worden.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 04.

<b>681 14</b>	<b>244</b>	<b>Beschädigten- und Hinterbliebenenversorgung nach §§ 3 und 4 VwRehaG - Sachleistungen</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

Erläuterungen:

Erläuterung siehe Kapitel 0511, Titel 681 13.

<b>681 15</b>	<b>291</b>	<b>Leistungen nach §§ 56 und 60 ff IfSG</b>	<b>2.087.300</b>	<b>2.278.500</b>
			2.118.720	0

\* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 11 Titel 681 16, Kapitel 05 11 Titel 681 19 und Kapitel 05 11 Titel 681 20.

Erläuterungen:

Leistungen nach den §§ 56 und 60 ff des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (IfSG). Im Wesentlichen werden laufende Rentenzahlungen, Heil- und Krankenbehandlungskosten und ähnliche Leistungen in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes und Verdienstausfallentschädigungen (§ 56 IfSG) gezahlt.

<b>681 16</b>	<b>291</b>	<b>Leistungen nach dem UntAbschIG</b>	<b>315.400</b>	<b>302.200</b>
			287.596	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 15.

Erläuterungen:

Nach § 1 des Gesetzes über den Abschluss von Unterstützungen der Bürger der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen (Unterstützungsabschlussgesetz - UntAbschIG) erhalten Personen, die durch eine medizinische Betreuungsmaßnahme einen erheblichen Gesundheitsschaden erlitten haben, eine Unterstützung zum Ausgleich der durch die Schädigung bedingten wirtschaftlichen Folgen. Die Unterstützung besteht aus laufenden und einmaligen Zahlungen.

<b>681 17</b>	<b>291</b>	<b>Geldleistungen nach dem OEG</b>	<b>3.221.500</b>	<b>2.955.900</b>
			2.470.429	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Nach § 1 des Gesetzes über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (Opferentschädigungsgesetz - OEG) erhalten Personen, die infolge eines vorsätzlichen, rechtswidrigen Angriffs oder durch dessen rechtmäßige Abwehr eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen Versorgung in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes. Das gleiche gilt für die Hinterbliebenen eines Geschädigten.

Aus dem Titel 681 17 werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen und Heil- und Krankenbehandlungskosten, die nicht zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, und aus dem Titel 681 18 werden Heil- und Krankenbehandlungskosten, die zur Abgeltung oder anstelle einer Sachleistung gezahlt werden, geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 02.

<b>681 18</b>	<b>291</b>	<b>Sachleistungen nach dem OEG</b>	<b>5.135.700</b>	<b>4.667.600</b>
			4.270.240	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 631 02.

Erläuterungen:

Erläuterung siehe Kapitel 0511, Titel 681 17.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 11**                **Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

<b>681 19</b>	291	<b>Leistungen nach §§ 3, 4 und 13 Anti-D-Hilfegesetz - finanzielle Hilfen</b>	<b>559.500</b>	<b>565.100</b>
			490.558	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 15.

Erläuterungen:

Nach dem Gesetz über die Hilfe für durch Anti-D-Immunprophylaxe mit Hepatitis-C-Virus infizierte Personen (Anti-D-Hilfegesetz) erhalten Frauen, die infolge einer in den Jahren 1978 und 1979 durchgeführten Anti-D-Immunprophylaxe mit bestimmten Chargen mit dem Hepatitis-C-Virus infiziert wurden, Krankenbehandlung und finanzielle Hilfen. Das gleiche gilt für Kontaktpersonen und die Hinterbliebenen.

Aus dem Titel 681 19 werden im Wesentlichen laufende Rentenzahlungen, Hilfen für Hinterbliebene und Besitzstandszahlungen und aus dem Titel 681 20 Heil- und Krankenbehandlungskosten geleistet.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 05 und Titel 232 01.

<b>681 20</b>	291	<b>Leistungen nach § 2 Anti-D-Hilfegesetz - Heil- und Krankenbehandlung</b>	<b>189.500</b>	<b>185.200</b>
			173.752	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 15.

Erläuterungen:

Erläuterung siehe Kapitel 0511, Titel 681 19.

<b>681 21</b>	244	<b>Opferpensionen nach § 17a StrRehaG</b>	<b>20.167.500</b>	<b>19.420.800</b>
			19.238.687	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 11 Titel 681 11.

Erläuterungen:

Nach § 17 a des Gesetzes über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz - StrRehaG) erhalten Berechtigte nach § 17 Abs. 1 StrRehaG, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, monatlich eine besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferpension) i.H.V. monatlich 300 EUR, wenn sie eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von insgesamt mindestens 180 Tagen erlitten haben. Die Antragsfrist des § 7 Abs. 1 StrRehaG ist bis zum 31.12.2019 verlängert worden.

Vgl. Erläuterung zu Kapitel 0511, Titel 231 03.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
 05 11 **Soziale Entschädigungsleistungen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Einnahmen**

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	300.000	300.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	15.957.300	15.239.800
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>16.257.300</b>	<b>15.539.800</b>

**Ausgaben**

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	32.727.700	31.312.400
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>32.727.700</b>	<b>31.312.400</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			<b>0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-16.470.400</b>	<b>-15.772.600</b>

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 12**                **Maßregelvollzug, Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Die Maßregelvollzugseinrichtungen Bernburg und Uchtspringe wurden mit Wirkung vom 01.01.2000 auf die Salus gGmbH Betreibergesellschaft für sozialorientierte Einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt übertragen. Auf der Basis des zugrunde liegenden Beleihungsvertrags hat die Salus gGmbH Anspruch auf Erstattungen der notwendigen Aufwendungen für die Durchführung des Maßregelvollzugs.

**Ausgaben**

<b>671 01</b>	<b>312</b>	<b>Erstattungen für Kosten des Maßregelvollzugs</b>	<b>42.894.300</b>	<b>48.042.500</b>
			40.724.665	0

\* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 12 Titel 671 02.

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
 05 12 **Maßregelvollzug, Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 671 01

Erläuterungen:

### Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben

	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
<b>Ausgaben</b>			
Personalausgaben	25.562.776	31.004.704	34.573.543
Sächliche Verwaltungsausgaben	15.754.708	12.888.309	14.328.840
Investitionskosten	404.833	201.075	249.000
Schuldendienst	0	0	0
	<u>41.722.317</u>	<u>44.094.088</u>	<u>49.151.383</u>
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen	1.282.945	1.199.846	1.108.888
dav. insbesondere:			
Nutzungsentgelte der Ärzte	347.819	252.294	347.991
sonstige ordentliche Erträge	680.896	770.892	597.397
Sonstige Hauptleistungsentgelte	254.230	176.660	163.500
	<u>40.439.372</u>	<u>42.894.242</u>	<u>48.042.495</u>

### Stellenbestand

Dienststart	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
Einrichtungsleitung	5,9	6,0	6,0
Ärztlicher Dienst	19,0	22,0	22,0
Pflegedienst	428,2	497,5	418,0 *)
Med.-techn. Dienst	57,7	73,0	79,0
Funktionsdienst	35,9	35,0	35,0
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	0,0	0,0	84,0 *)
Ärztlicher Schreibdienst	9,0	9,0	9,0
Technischer Dienst	3,0	3,0	3,0
Verwaltungsdienst	4,8	5,0	5,0
	<u>563,5</u>	<u>650,5</u>	<u>661,0</u>

\*) Zur Schaffung höchstmöglicher Transparenz werden die Stellen für die Übernahme der Wachschutzaufgaben in den Landeskrankenhäusern nunmehr nicht mehr in der Dienststart "Pflegedienst", sondern in der neu eingerichteten Dienststart "Wirtschafts- und Versorgungsdienst" ausgewiesen.

671 02	312	<b>Erstattungen für Kosten der Nachsorge für Maßregelpatienten</b>	<b>695.100</b>	<b>762.000</b>
			600.626	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 12 Titel 671 01.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 12 Maßregelvollzug, Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 671 02

Erläuterungen:

**Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Salus gGmbH für die FORENSA**

	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
	EUR	EUR	EUR
<b>Ausgaben</b>			
Personalausgaben	544.412	639.823	682.039
Sächliche Verwaltungsausgaben	70.100	81.244	92.478
Investitionskosten	33.681	1.800	11.075
zusammen	<u>648.193</u>	<u>722.867</u>	<u>785.592</u>
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen	43.838	27.806	23.684
Fehlbetrag/Erstattung des Landes	604.355	695.061	761.908

**Stellenbestand**

Dienststart	Plan in VK 2018	Plan in VK 2019
Facharzt/-ärztin	1,0	1,0
Psychologe/-in	6,0	6,0
Pflegedienst	1,0	1,0
Verwaltungsdienst	1,0	1,0
	<u>9,0</u>	<u>9,0</u>

(zzgl. Sozialarbeiter des Sozialen Dienstes der Justiz)

Die Forensische Ambulanz (FORENSA) ist für die psycho- und sozialtherapeutische Nachbetreuung von entlassenen Maßregelvollzugspatienten und für Entlassene aus der Sozialtherapeutischen Anstalt (SothA) zuständig. Die Betreuung wurde auf die Salus gGmbH übertragen. Die Salus gGmbH hat Anspruch auf Erstattung der notwendigen Aufwendungen für diese Aufgabe.

<b>671 03</b>	<b>312</b>	<b>Erstattung für Kosten des Vollzuges des Therapieunterbringungsgesetzes</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>891 01</b>	<b>312</b>	<b>Zuschüsse für Investitionen des Maßregelvollzugs</b>	<b>2.043.800</b>	<b>2.848.800</b>
			1.802.209	11.469.400

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	521.800	120.000		641.800
2020	268.400		5.857.200	6.125.600
2021			5.612.200	5.612.200
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>790.200</b>	<b>120.000</b>	<b>11.469.400</b>	<b>12.379.600</b>

Erläuterungen:

Investive Sicherungsmaßnahmen in den Gebäuden des Maßregelvollzugs an den Standorten in Bernburg und Uchtspringe.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 12**                **Maßregelvollzug, Vollzug des Therapieunterbringungsgesetzes**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Abschluss**

**Ausgaben**

HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	<b>43.589.400</b>	<b>48.804.500</b>	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	<b>2.043.800</b>	<b>2.848.800</b>	11.469.400
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>45.633.200</b>	<b>51.653.300</b>	
<b>Gesamtsumme der VE</b>				11.469.400
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-45.633.200</b>	<b>-51.653.300</b>	



**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13**                **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

Erläuterungen:

Wichtige Grundsätze des Gesundheitswesens sind die Stärkung der Eigenverantwortung und der Prävention. Daher werden die Gesundheitsaufklärung und -förderung, verschiedene Dokumentationsinstrumente und die Suchtbekämpfung gefördert. Zur Vorsorge gehört auch die Bevorratung von Arzneimitteln etc. zum Schutz der Bevölkerung bei Epidemien oder Großschadensereignissen. Stärkere Beachtung finden psychische Krankheiten, die in einem extremen Maß zunehmen. Schwerpunkt dieses Kapitels bildet jedoch die Krankenhausfinanzierung nach dem KHG LSA vom 14.04.2005 (GVBl. LSA S. 203).

### Einnahmen

<b>111 11</b>	312	<b>Verwaltungsgebühren</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	
<b>119 41</b>	312	<b>Rückzahlungen von Überzahlungen</b>	<b>469.600</b>	<b>200.000</b>
			78.367	

Erläuterungen:

Die Einnahmen werden auf Grund nicht verbrauchter Landesmittel bzw. nicht zweckentsprechend verwendeter Fördermittel erhoben.

<b>119 51</b>	312	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>192.400</b>	<b>300.000</b>
			478.984	

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen, Erstattung von Prozesskosten sowie sonstige Einnahmen.

### Titelgruppe(n)

**66**                    **Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 1 u. 2 KHG - Einzelförderung -**

Erläuterungen:

Gemäß § 12 KHG wurde zur Förderung von Vorhaben zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen ein Fonds in Höhe von 500 Mio. € eingerichtet. Daraus können strukturverbessernde Maßnahmen der Länder gefördert werden. Die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung erfolgt zu 50 v.H. bis zur Höhe der nach Königsteiner Schlüssel dem Land zustehenden Fördersumme. Die Ausgaben hierfür sind im Kapitel 0513, Titelgruppe 65 und 66 veranschlagt.

<b>331 66</b>	312	<b>Zuweisungen vom Bund zur Förderung von Krankenhausinvestitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			14.020.358	

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 66**

**0**                    **0**

**67**                    **Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz**

\* Vgl. K-Vermerk zu Ausgabeteilgruppe Kapitel 05 13 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Ausgabeteilgruppe 67.

<b>132 67</b>	314	<b>Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	
<b>232 67</b>	314	<b>Sonstige Zuweisungen von Ländern</b>	<b>75.000</b>	<b>88.000</b>
			57.834	

Erläuterungen:

Erstattungen anderer Länder im Rahmen des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13**                **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

<b>236 67</b>	314	<b>Erstattungen von Sozialversicherungsträgern</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 67</b>			<b>75.000</b>	<b>88.000</b>
-------------------------------------	--	--	---------------	---------------

<b>76</b>		<b>Gesundheitsvor- und Fürsorge</b>		
<b>231 76</b>	314	<b>Zuweisungen vom Bund für assistierte Reproduktion</b>	<b>172.700</b>	<b>239.200</b>
			124.784	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 13 Titel 681 76.

Erläuterungen:

Siehe Erläuterungen zu Kapitel 0513 Titel 681 76.

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 76</b>			<b>172.700</b>	<b>239.200</b>
-------------------------------------	--	--	----------------	----------------

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13**                **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Ausgaben**

<b>633 01</b>	<b>314</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

Erläuterungen:

Vorsorgliche Einrichtung eines Leertitels aufgrund der Kostentragungspflicht nach § 32 Abs. 2 des Gesetzes über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt (PsychKG LSA).

<b>684 01</b>	<b>314</b>	<b>Zuschüsse an die AIDS-Hilfevereine</b>	<b>302.800</b>	<b>330.900</b>
			298.247	336.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			336.300	336.300
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>336.300</b>	<b>336.300</b>

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der AIDS-Hilfe Halle Sachsen-Anhalt Süd e. V.

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	143.863	146.037	164.008
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	50.108	51.713	53.077
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	193.971	197.750	217.085
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	1.620	68.834	2.550
Mithin Fehlbetrag:	192.351	128.916	214.535
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0
b) das Land mit	127.011	128.916	142.385
c) den Bund mit	3.000	0	3.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	35.800	0	39.350
e) Private	26.540	0	29.800
Zusammen	192.351	128.916	214.535

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13**                **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 684 01

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
Anlehnung an TV-L E 9	2,00	2,00	2,00
Anlehnung an TV-L E 7	0,75	0,75	0,75
Summe	<u>2,75</u>	<u>2,75</u>	<u>2,75</u>
Insgesamt	<u>2,75</u>	<u>2,75</u>	<u>2,75</u>

Position 1 - Personalausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	114.863	116.637	132.308
2.) Projektförderung	29.000	29.400	31.700
<b>Zusammen</b>	<u><b>143.863</b></u>	<u><b>146.037</b></u>	<u><b>164.008</b></u>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	127.011	128.916	142.385
2.) Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<u><b>127.011</b></u>	<u><b>128.916</b></u>	<u><b>142.385</b></u>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	3.000	3.000	3.000
<b>Zusammen</b>	<u><b>3.000</b></u>	<u><b>3.000</b></u>	<u><b>3.000</b></u>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	35.800	35.800	39.350
<b>Zusammen</b>	<u><b>35.800</b></u>	<u><b>35.800</b></u>	<u><b>39.350</b></u>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Stadt Halle	35.800	35.800	39.350
<b>Zusammen</b>	<u><b>35.800</b></u>	<u><b>35.800</b></u>	<u><b>39.350</b></u>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 01

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der AIDS-Hilfe Sachsen-Anhalt Nord e. V.

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	346.933	321.804	370.418
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	84.747	51.262	78.749
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	155	200	200
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	54.982	0	0
Zusammen	<u>486.817</u>	<u>373.266</u>	<u>449.367</u>

<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	30.644	199.462	22.000
Mithin Fehlbetrag:	<u>456.173</u>	<u>173.804</u>	<u>427.367</u>
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	6.642	0	0
b) das Land mit	171.236	173.804	188.548
c) den Bund mit	3.325	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	57.500	0	238.819
e) Private	217.470	0	0
Zusammen	<u>456.173</u>	<u>173.804</u>	<u>427.367</u>

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
Anlehnung an E 11	1,00	1,00	1,00
Anlehnung an E 9	1,00	1,00	1,00
Anlehnung an E 7			1,37
Anlehnung an E 6			0,50
Anlehnung an E 1			0,13
Einzelvertrag	1,87	1,87	
Summe	<u>3,87</u>	<u>3,87</u>	<u>4,00</u>
Insgesamt	<u>3,87</u>	<u>3,87</u>	<u>4,00</u>

Position 1 - Personalausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	176.179	181.744	193.099
2.) Projektförderung	170.754	140.060	177.319
<b>Zusammen</b>	<u><b>346.933</b></u>	<u><b>321.804</b></u>	<u><b>370.418</b></u>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	171.236	173.804	188.548
2.) Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<u><b>171.236</b></u>	<u><b>173.804</b></u>	<u><b>188.548</b></u>

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 01

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.)      Institutionelle Förderung	0	0	0
2.)      Projektförderung	3.325	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>3.325</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.)      Institutionelle Förderung	0	0	0
2.)      Projektförderung	57.500	57.500	57.500
<b>Zusammen</b>	<b>57.500</b>	<b>57.500</b>	<b>57.500</b>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.)      Stadt Magdeburg	57.500	57.500	57.500
<b>Zusammen</b>	<b>57.500</b>	<b>57.500</b>	<b>57.500</b>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Die AIDS-Hilfen organisieren und koordinieren die gesundheitliche Aufklärung, Beratung und Betreuung von Betroffenen und deren Angehörigen hinsichtlich AIDS, HIV und sexuell übertragbarer Krankheiten (STI) sowie Information, Motivation und Kompetenzentwicklung hinsichtlich gesundheitlicher Präventionsmaßnahmen, die der Vermeidung einer Ansteckung dienen. Die Präventionsmaßnahmen, als wichtigste Einschränkungsmaßnahmen von AIDS, HIV und sexuell übertragbaren Krankheiten, sind im Gesundheitsprogramm des Landes Sachsen-Anhalt verankert.

<b>684 04</b> 314	<b>Zuschüsse zur Förderung der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V.</b>	<b>343.700</b> 338.604	<b>351.200</b> 359.000
-------------------	--	---------------------------	---------------------------

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			359.000	359.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>359.000</b>	<b>359.000</b>

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesvereinigung für Gesundheit S-A e. V.

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	566.637	558.305	748.409
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	110.144	113.675	317.845
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	200	200	200
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	4.000	4.000	4.000
Zusammen	680.981	676.180	1.070.454

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13**                **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 04

**Einnahmen**

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	67.833	330.258	78.312
Mithin Fehlbetrag:	<u>613.148</u>	<u>345.922</u>	<u>992.142</u>
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	4.000	2.240	4.000
b) das Land mit	394.202	343.682	450.744
c) den Bund mit	52.594	0	386.389
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	10.000
e) Private	162.352	0	141.009
Zusammen	<u>613.148</u>	<u>345.922</u>	<u>992.142</u>

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E 15	0,75	0,75	0,75
E 14	0,60	0,60	
E 12	0,75	0,75	1,85
E 11	0,50	0,50	
E 9	0,65	0,65	0,65
E 8	0,75	0,75	0,75
E 5	2,00	2,00	2,00
Summe	<u>6,00</u>	<u>6,00</u>	<u>6,00</u>
Insgesamt	<u>6,00</u>	<u>6,00</u>	<u>6,00</u>

Position 1 - Personalausgaben setzten sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	343.013	346.190	348.976
2.) Projektförderung	223.623	212.116	399.433
<b>Zusammen</b>	<u>566.636</u>	<u>558.306</u>	<u>748.409</u>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	338.604	343.683	351.244
2.) Projektförderung	55.598	35.000	99.500
<b>Zusammen</b>	<u>394.202</u>	<u>378.683</u>	<u>450.744</u>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	52.594	57.513	386.389
<b>Zusammen</b>	<u>52.594</u>	<u>57.513</u>	<u>386.389</u>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	10.000
<b>Zusammen</b>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>10.000</u>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 04

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soil 2018 EUR	Soil 2019 EUR
1.) Landkreis Mansfeld-Südharz	0	0	10.000
<b>Zusammen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>10.000</b>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Prävention und Gesundheitsförderung sind zentrale Elemente der Gesundheitspolitik des Landes Sachsen-Anhalt. Die Tätigkeit der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V. ist auf die Förderung der Gesundheit, der Leistungsfähigkeit und des Wohlbefindens der Menschen in Sachsen-Anhalt gerichtet. Sie orientiert ihre Arbeit auf die Ausprägung gesunder Verhaltensweisen und auf die Schaffung gesundheitsfördernder Bedingungen in den verschiedenen Lebensbereichen. Im Vordergrund steht dabei das taktische Management zur Umsetzung der neu justierten Gesundheitsziele für Sachsen-Anhalt (Zielpropagierung, Beratung und Vernetzung).

Die von der Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e. V. zu erbringenden Leistungen umfassen insbesondere folgende Aspekte:

- Vermehrung des Gesundheitswissens der Bevölkerung,
- Bildung und Verknüpfung von Gesundheitsnetzwerken,
- Verbesserung der Arbeitsorganisation und der Arbeitszufriedenheit in Betrieben und Instituten,
- Wissenserweiterung der Gesundheitsmultiplikatoren,
- Erschließung von Ressourcen,
- Beiträge zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des MS.

### Titelgruppe(n)

**65 Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 3 KHG -Pauschale Förderung-**

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 13 Titelgruppe 66.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel zur Erfüllung der sich aus § 9 Abs. 3 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) ergebenden Rechtsverpflichtung zur pauschalen Krankenhausförderung.

Für die kommunalen Krankenhausinvestitionen werden im Rahmen des gesetzlichen Auftrags der Kommunen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt. Diese investiven Mittel wurden im EPL 13 veranschlagt.

Darüber hinaus werden strukturverbessernde Maßnahmen aus dem Strukturfonds nach dem KHSG durch Bund und Länder finanziert (siehe Kapitel 0513 Titel 331 66).

<b>891 65</b>	312	<b>Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser</b>	<b>0</b>		<b>0</b>
			0		0

Erläuterungen:

siehe Erläuterung Kapitel 0513 TGr. 65

<b>892 65</b>	312	<b>Zuschüsse an freie gemeinnützige u. private Krankenhäuser</b>	<b>20.710.000</b>		<b>28.753.700</b>
			16.179.700		0

Erläuterungen:

siehe Erläuterung Kapitel 0513 TGr. 65

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 65</b>			<b>20.710.000</b>	<b>28.753.700</b>
				0



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**66 Förderung von Krankenhäusern nach § 9 Abs. 1 u. 2 KHG - Einzelförderung -**

Übertragbar

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 13 Titelgruppe 65.

Erläuterungen:

Die Mittel für die Einzelförderung der Krankenhäuser gemäß § 9 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) in Verbindung mit dem Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt (KHG LSA) werden vom Land getragen.

Darüber hinaus werden strukturverbessernde Maßnahmen aus dem Strukturfonds nach dem KHSG durch Bund und Länder finanziert (siehe Kapitel 0513 Titel 331 66).

<b>533 66</b>	312	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>623 66</b>	312	<b>Schuldendiensthilfen an Gemeinden und Gemeindeverbänden</b>	<b>3.000.000</b>	<b>0</b>
			6.000.000	0
<b>663 66</b>	312	<b>Schuldendiensthilfen an Sonstige im Inland (konfessionelle und private Krankenhäuser)</b>	<b>2.000.000</b>	<b>0</b>
			3.802.431	0
<b>682 66</b>	312	<b>Zuschüsse an kommunale Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 2 KHG</b>	<b>0</b>	<b>200.000</b>
			0	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Fördermittel gem. § 9 Abs. 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) auf der Grundlage vorliegender Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge.

<b>684 66</b>	312	<b>Zuschüsse für freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 2 KHG</b>	<b>800.000</b>	<b>800.000</b>
			610.772	0

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Fördermittel gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (Krankenhausfinanzierungsgesetz - KHG) auf der Grundlage vorliegender Miet-, Pacht- und Nutzungsverträge.

<b>891 66</b>	312	<b>Zuschüsse an öffentliche Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 1 KHG</b>	<b>0</b>	<b>1.500.000</b>
			0	0

Erläuterungen:

Rechtsgrundlage der Leistungen ist § 9 Abs. 1 KHG, wonach Krankenhäuser einen Anspruch auf Investitionsförderung haben. Sämtliche zu finanzierende Maßnahmen sind in den Investitionsprogrammen der Jahre 2000 bis 2006 beschlossen worden und durch rechtskräftige Fördermittelbescheide untersetzt.

Darüber hinaus werden strukturverbessernde Maßnahmen aus dem Strukturfonds nach dem KHSG durch Bund und Länder finanziert.

<b>893 66</b>	312	<b>Zuschüsse an freie gemeinnützige und private Krankenhäuser gem. § 9 Abs. 1 KHG</b>	<b>12.040.800</b>	<b>2.500.000</b>
			4.000.000	110.452.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		10.000.000		10.000.000
2020		10.000.000	10.000.000	20.000.000
2021			42.000.000	42.000.000
2022			29.452.000	29.452.000
2023 ff.			29.000.000	29.000.000
<b>Summen</b>		<b>20.000.000</b>	<b>110.452.000</b>	<b>130.452.000</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 893 66

Erläuterungen:

siehe Erläuterung Kapitel 0513 Titel 891 66

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 66</b>	<b>17.840.800</b>	<b>5.000.000</b>
		110.452.000

**67 Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz**

Übertragbar

\* Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 13 Titelgruppe 67.

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Umsetzung der Konzeption zivile Verteidigung (KZV) des Bundes und der Länder im Bereich des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes und der vorbeugenden Katastrophenabwehr im Gesundheitswesen auf Grundlage des Beschlusses der Landesregierung über die Regelung zur Bewältigung von Krisenlagen auf Landesebene vom 17.08.1993, geändert durch Beschlüsse vom 21.09.1993 und 06.07.2009. Die Mittel werden auch für die Umsetzung der Nationalen Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen KRITIS-Strategie (2017) im Ressort MS eingesetzt. Die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten entsprechend Infektionsschutzgesetz (IfSG) ist Angelegenheit der Länder. Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Influenza sind im Nationalen Pandemieplan festgeschrieben. Er ist Teil der nationalen Katastrophenvorsorgeplanung. Das Land hat antivirale Medikamente zur Erstversorgung der Bevölkerung eingelagert. Weiterhin werden die Mittel für Maßnahmen zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners eingesetzt.

<b>514 67</b>	<b>314</b>	<b>Maßnahmen bei zivilen Notständen</b>	<b>77.000</b>	<b>10.000</b>
			81.700	0

Erläuterungen:

Umsetzung von Maßnahmen zum internen behördlichen Risiko- und Krisenmanagement durch Ausrüstung und Ersatzbeschaffung von Sanitätsmitteln und persönlicher Schutzausrüstung im Zuge der Umsetzung der Konzeption Zivile Verteidigung (KZV) und der nationalen Strategie zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Strategie).

Die Lagerkosten werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Titel 631 67 veranschlagt.

<b>534 67</b>	<b>314</b>	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>7.000</b>
			0	0

Erläuterungen:

Regionalkonferenzen zur Umsetzung § 14b Krankenhausgesetz LSA und der Konzeption zivile Verteidigung im Bereich des gesundheitlichen Bevölkerungsschutzes.

<b>631 67</b>	<b>314</b>	<b>Zuweisungen an den Bund</b>	<b>0</b>	<b>91.500</b>
			0	0

Erläuterungen:

Der Ansatz beinhaltet Lagerungskosten und Kosten für Stabilitätsprüfungen eingelagerter Wirkstoffe oder eine sukzessive Neubeschaffung (Wälzung) der Medikamente und des Zubehörs sowie Entsorgungskosten.

<b>633 67</b>	<b>314</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>2.000.000</b>
			0	4.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			2.000.000	2.000.000
2021			2.000.000	2.000.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>4.000.000</b>	<b>4.000.000</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 633 67

Erläuterungen:

Die Mittel dienen der Durchführung von Maßnahmen zur Bekämpfung von Eichenprozessionsspinnern zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren. Dabei sollen wirkungsvoll möglichst alle erforderlichen Flächen in die Bekämpfung einbezogen werden, um die Ausbreitung von Eichenprozessionsspinnern wirkungsvoll und gebietsübergreifend zu verringern.

**636 67 314 Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger** **0** **0**  
0 0

**683 67 314 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen** **0** **1.500.000**  
0 6.000.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			1.500.000	1.500.000
2021			1.500.000	1.500.000
2022			1.500.000	1.500.000
2023 ff.			1.500.000	1.500.000
<b>Summen</b>			<b>6.000.000</b>	<b>6.000.000</b>

Erläuterungen:

Bereitstellungsgebühr für Impfstoffe im Pandemiefall.

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 67** **77.000** **3.608.500**  
10.000.000

**70 Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und den Maßregelvollzug des Landes Sachsen-Anhalt**

Erläuterungen:

Gemäß § 29 des Gesetzes über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt (PsychKG LSA) vom 30.01.1992 (GVBl. LSA S. 88) und § 42 des Maßregelvollzugsgesetzes für das Land Sachsen-Anhalt (MVollzG LSA) vom 21.10.2010 (GVBl. LSA 2010, S. 510) wird ein Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und den Maßregelvollzug gebildet. Gemäß § 29 PsychKG LSA und § 42 MVollzG LSA wurden 62 Mitglieder in den Ausschuss und in die Berufskommissionen berufen. Für die anfallenden Kosten der Sitzungen, Besuche und Beratungen in den psychiatrischen und komplementären Einrichtungen und Institutionen hat das Land gem. Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz (JVEG) aufzukommen. Die Aufwandsentschädigung richtet sich nach dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (JVEG) i.d.F. vom 23.07.2013.

**526 70 314 Ausgaben für Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und den Maßregelvollzug des Landes Sachsen-Anhalt** **44.000** **48.000**  
46.153 0

**547 70 314 Nicht aufteilbare sächl. Verwaltungsausgaben** **4.000** **4.000**  
1.845 0

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 70** **48.000** **52.000**  
0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**73 Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe**

Erläuterungen:

Veranschlagt sind Mittel für die

- institutionelle Förderung der Landesstelle für Suchtfragen,
- Förderung der Fachstellen für Suchtprävention sowie
- Teilnahme der anerkannten Drogen- und Suchtberatungsstellen am Dokumentationssystem EBIS.

<b>684 73</b>	<b>314</b>	<b>Zuschüsse an die Landesstelle für Suchtfragen</b>	<b>101.500</b>	<b>190.000</b>
			100.329	190.100

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			190.100	190.100
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>190.100</b>	<b>190.100</b>

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Landesstelle für Suchtfragen

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	114.277	120.834	203.110
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	52.545	64.265	209.343
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	127.363	138.048	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	294.185	323.147	412.453
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	9.678	170.328	9.955
Mithin Fehlbetrag:	284.507	152.819	402.498
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0
b) das Land mit	110.000	101.519	213.150
c) den Bund mit	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	174.507	51.300	189.348
e) Private	0	0	0
Zusammen	284.507	152.819	402.498

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13**                **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 73

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E11	0,00	0,00	1,00
E10	1,00	1,00	1,00
E6	1,00	1,00	1,00
Festgehalt	0,75	0,88	0,88
<b>Summe</b>	<b>2,75</b>	<b>2,88</b>	<b>3,88</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>2,75</b>	<b>2,88</b>	<b>3,88</b>

Position 1 - Personalausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	114.277	120.834	203.110
2.) Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>114.277</b>	<b>120.834</b>	<b>203.110</b>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	87.104	101.519	189.150
2.) Projektförderung	22.896	0	24.000
<b>Zusammen</b>	<b>110.000</b>	<b>101.519</b>	<b>213.150</b>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	0	0	0
2.) Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) Institutionelle Förderung	47.144	51.300	51.300
2.) Projektförderung	127.363	0	138.048
<b>Zusammen</b>	<b>174.507</b>	<b>51.300</b>	<b>189.348</b>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1.) DRV Magdeburg	47.144	51.300	51.300
2.) DRV	127.363	0	138.048
<b>Zusammen</b>	<b>174.507</b>	<b>51.300</b>	<b>189.348</b>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v.H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Die Landesstelle für Suchtfragen ist ein Fachausschuss der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege. Die Einrichtung wird institutionell im Rahmen der Anteilsfinanzierung gefördert. Schwerpunkt ist die Koordination der Suchtprävention für das Land Sachsen-Anhalt.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>685 73</b>	314	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>357.700</b>	<b>454.500</b>
			216.311	0
		Erläuterungen: Förderung der Fachstellen für Suchtprävention und der Teilnahme der anerkannten Drogen- und Suchtberatungsstellen am Dokumentationssystem EBIS.		
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 73</b>			<b>459.200</b>	<b>644.500</b>
				190.100
<b>76</b>		<b>Gesundheitsvor- und Fürsorge</b>		
		Erläuterungen: Die Mittel der Titelgruppe 76 sind u.a. für folgende Ausgaben vorgesehen: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Aus- und Fortbildung Pharmazie</li> <li>- Landesgesundheitskonferenz, Landesarbeitsschutzkonferenz</li> <li>- Aufwandsentschädigung für Patientenvertretung im gemeinsamen Landesgremium nach § 90a Abs. 2 SGB V</li> <li>- Todesursachenstatistik</li> <li>- Allianz für Allgemeinmedizin</li> <li>- Landesanteil an das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information</li> <li>- Zuweisungen an das Substitutionsregister</li> <li>- Zuweisung an das Gemeinsame Giftdatenzentrum der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen</li> <li>- Zahlungen an das Gemeinsame Krebsregister, Kinderkrebsregister</li> <li>- Kostenerstattung an die Apothekerkammer für Unterrichtsveranstaltungen für Pharmaziepraktikanten</li> <li>- Maßnahmen der Gruppenprophylaxe zur Verhütung von Zahnerkrankungen für Kinder</li> <li>- Ausgaben des Fehlbildungsmonitorings, Klinisches Krebsregister, Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen</li> <li>- Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion</li> <li>- Modellvorhaben Hebammen-geleiteter Kreißsaal</li> <li>- Vorhaltekosten zur Unterbringung und Versorgung von Patienten mit hochinfektiösen Krankheiten im Städtischen Klinikum St. Georg in Leipzig, im Bezirkskrankenhaus Parsberg, Sicherstellung der Absonderung nach § 30 IfSG</li> </ul>		
<b>525 76</b>	314	<b>Aus- und Fortbildung Pharmazie</b>	<b>14.400</b>	<b>14.800</b>
			11.483	0
		Erläuterungen: Kosten für die Aus- und Fortbildung der mit der Aufsicht/ Überwachung der Arzneimittelherstellung, Heilmittelwerbung und Apothekenüberwachung befassten Bediensteten der Landesverwaltung i.S.d. § 8 AMGvV.		
<b>533 76</b>	314	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>18.000</b>	<b>18.000</b>
		Übertragbar	6.329	0
		Erläuterungen: Das Land beabsichtigt, in 2019 die 9. Landesgesundheitskonferenz durchzuführen. Die Konferenzen finden regelmäßig im Rahmen der strategischen Steuerung des Gesundheitszieleprozesses statt. Damit wird allen an der Umsetzung der Gesundheitsziele beteiligten Akteuren die Möglichkeit des fachlichen Austauschs und der Bilanz geboten.		
<b>534 76</b>	314	<b>Sonstiges</b>	<b>34.400</b>	<b>334.900</b>
			15.214	0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 534 76

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
1.	Todesursachenstatistik	214	4.000	4.200
2.	Gemeinsames Landesgremium gem. § 90 a Abs. 2 SGB V	0	200	500
3.	GMK-Webauftritt	0	200	200
4.	Allianz für Allgemeinmedizin	15.000	30.000	30.000
5.	Kampagne "Sachsen-Anhalt gegen Herzinfarkt" Herzwochen	0	0	40.000
6.	Informationskampagne Hebammen	0	0	10.000
7.	Hebammenfonds	0	0	250.000
<b>Zusammen</b>		<b>15.214</b>	<b>34.400</b>	<b>334.900</b>

<b>631 76</b>	<b>314</b>	<b>Zuweisungen an den Bund</b>	<b>104.500</b>	<b>4.500</b>
			4.465	0

Erläuterungen:

Zuweisungen entsprechend dem Landesanteil i. H. v. 4.500 EUR nach dem Königsteiner Schlüssel an das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) in Köln.

<b>632 76</b>	<b>314</b>	<b>Zuweisungen an Länder</b>	<b>743.100</b>	<b>595.500</b>
			611.713	0

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
1.	Substitutionsregister	10.723	10.200	10.500
2.	Gemeinsames Giftinformationszentrum	216.466	220.000	227.400
3.	Geschäftsstelle für den Nationalen Impfplan	3.017	2.700	3.600
4.	Gemeinsames Krebsregister und Kinderkrebsregister	380.756	439.000	354.000
5.	Errichtung des gemeinsamen elektronischen Berufsregisters (eGBR)	0	70.000	0
<b>Zusammen</b>		<b>610.962</b>	<b>741.900</b>	<b>595.500</b>

<b>671 76</b>	<b>314</b>	<b>Erstattungen an Inland</b>	<b>49.300</b>	<b>49.300</b>
			46.441	0

Erläuterungen:

- a) Kostenerstattung an die Apothekerkammer Sachsen-Anhalt
- b) Kostenerstattung für das Tätigwerden von Gutachterstellen für Antragssteller aus Sachsen-Anhalt, die im Rahmen andere Behandlungsmethoden nach dem KastrG begutachtet werden.

<b>681 76</b>	<b>314</b>	<b>Zuschüsse für Maßnahmen der assistierten Reproduktion</b>	<b>407.600</b>	<b>501.600</b>
			339.282	407.600

Übertragbar

\* Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 05 13 Titel 231 76.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13**                **Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 681 76

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		407.600		407.600
2020			407.600	407.600
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>		<b>407.600</b>	<b>407.600</b>	<b>815.200</b>

Erläuterungen:

Das LSA und der Bund gewähren Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion an Ehepaare und Paare in nichtehelicher Lebensgemeinschaft bereits ab der ersten förderfähigen medizinischen Behandlung gem. nachfolgender Rechtsgrundlagen:

Richtlinie des Landes über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion vom 16.06.2010, MBL.LSA S 376, zuletzt geändert durch Erl. vom 6.12.2017, MBL.LSA S. 112.

Richtlinie des BMFSFJ über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion vom 29.3.2012, zuletzt geändert am 23.12.2015.

Zur Umsetzung der Richtlinie des BMFSFJ wurde mit dem LSA eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen, zuletzt geändert am 6.12.2017.

<b>684 76</b>	<b>314</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>70.600</b>	<b>262.600</b>
			70.600	384.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			192.000	192.000
2021			192.000	192.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>384.000</b>	<b>384.000</b>

Erläuterungen:

a) Zahnmedizinische Gruppenprophylaxe - 70.600 EUR

b) Modellvorhaben Hebammen-geleiteter Kreißsaal - 192.000 EUR

<b>685 76</b>	<b>314</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen</b>	<b>888.600</b>	<b>1.759.800</b>
			785.074	256.000



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 685 76

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	489.700			489.700
2020	289.800		128.000	417.800
2021	297.000		128.000	425.000
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>1.076.500</b>		<b>256.000</b>	<b>1.332.500</b>

Erläuterungen:

Nr.		Ist 2017	Ansatz 2018	Ansatz 2019
1.	Fehlbildungsmonitoring	269.800	275.800	282.700
2.	Klinisches Krebsregister nach KRG LSA	335.800	355.000	1.091.400
3.	Gesundheitsziele.de	700	750	700
4.	Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen	6.775	50.000	50.000
5.	Regionales Herzinfarktregister Sachsen-Anhalt (RHESA)	172.000	207.000	207.000
6.	Modellvorhaben Hebammen-geleiteter Kreißsaal	0	0	128.000
<b>Zusammen</b>		<b>785.075</b>	<b>888.550</b>	<b>1.759.800</b>

<b>812 76</b>	<b>314</b>	<b>Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen</b>	<b>150.000</b>	<b>476.200</b>
			48.251	0

Erläuterungen:

Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) regelt in § 30 die Quarantäne von hochkontagiösen Erkrankungen bzw. deren Verdacht. Das Land steht in der Pflicht, für hochkontagiöse Erkrankungen eine geeignete Einrichtung sowie Transportmittel bereit zu halten. Auch in den kommenden Jahren ist das Land in der Pflicht hierfür Vorsorge zu treffen, da die internationale Reisemobilität weiterhin anhalten wird. Für die Unterbringung und Versorgung von Patienten mit hochinfektiösen Erkrankungen, wie Ebola, hämorrhagisches Fieber etc. nutzt Sachsen-Anhalt das Behandlungszentrum am Städtischen Klinikum St. Georg/Leipzig mit. Die Bereitstellung wurde mit Staatsvertrag vom 26.04.2004 mit Sachsen geregelt.

Zur zwangsweisen Unterbringung von Patienten mit quarantänepflichtigen Krankheiten nach § 30 Abs. 2 IfSG steht allen Ländern das Bezirkskrankenhaus (BKH) Parsberg als zentrale Einrichtung für die Zwangsabsonderung von männlichen Tuberkulosekranken zur Verfügung. Diese Einrichtung wird von Sachsen-Anhalt auch genutzt. Die Kostentragungspflicht für Absonderungskosten liegt seit dem 01.01.2010, entsprechend der geltenden Regelungen zwischen dem BKH Parsberg und den Ländern, bei dem jeweiligen Bundesland. Zur Sicherstellung der Absonderung nach § 30 IfSG werden zusätzlich Sanierungskosten für das PKH Parsberg eingestellt.

2010 wurde ein Verwaltungsabkommen über die Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaates Thüringen an den Betriebskosten des bei der Branddirektion Leipzig stationierten Infektions-Rettungswagens für hochinfektiöse Patienten (I-RTW), die Nutzung des Fahrzeugs durch die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie die Rechnungslegung und Haftung durch die Stadt Leipzig geschlossen.

Auf Grund der besonderen Betroffenheit des Landes Sachsen-Anhalt bei der Mortalität bei Herz-Kreislaufkrankungen wurde auf Initiative des MP eine gemeinsame Kabinetttvorlage zwischen dem MS und dem MI über den Einsatz von Telemedizin in diesem Versorgungsbereich erstellt. Für die effiziente und patientenorientierte Versorgung werden die für die Diagnose und die Behandlungsdringlichkeit relevanten Behandlungsmöglichkeiten in Echtzeit angezeigt. Zur möglichst effektiven Nutzung vorhandener Ressourcen werden außerdem die Patientenströme des Rettungsdienstes der letzten Stunden berücksichtigt. Dieser wertvolle Informationsvorsprung ermöglicht es, verletzte oder erkrankte Patienten rasch in ein geeignetes und aufnahmebereites Krankenhaus zu führen. Den Krankenhäusern werden Informationen über die Zuweisungen wie beispielsweise Eintreffzeit, Diagnose und Behandlungsdringlichkeit schon zum Zeitpunkt der Zuweisung durch den Rettungsdienst in standardisierter Form übermittelt.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 76</b>	<b>2.480.500</b>	<b>4.017.200</b>
		1.047.600

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 13 Gesundheitswesen**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**77 Prostituiertenschutzgesetz**

Erläuterungen:

Förderung von Beratungsstellen in Magdeburg und Halle zur Umsetzung des § 3a des Entwurfes des Prostituiertenschutzgesetzes.

<b>633 77</b>	<b>314</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 77</b>	<b>314</b>	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>110.000</b>
			0	264.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			264.000	264.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>264.000</b>	<b>264.000</b>

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 77</b>	<b>0</b>	<b>110.000</b>
		264.000

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 13 Gesundheitswesen

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	662.000	500.000
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	247.700	327.200
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>909.700</b>	<b>827.200</b>

#### Ausgaben

HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	191.800	436.700
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	9.169.400	9.201.400
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	32.900.800	33.229.900
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>42.262.000</b>	<b>42.868.000</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			122.649.000
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-41.352.300</b>	<b>-42.040.800</b>

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 16**                **Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Die Ausgaben des Kapitels sind übertragbar.  
 Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0516, Titel 119 02, Titel 232 01, Titel 236 01 und Titel 381 01.  
 Die Ausgaben von Kapitel 0516 sind gegenseitig deckungsfähig.  
 Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0516 beträgt zum 31.12.2019 5 Vollzeitäquivalente.

Erläuterungen:

Nach § 274 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) haben die für die Sozialversicherung zuständigen obersten Verwaltungsbehörden der Länder mindestens alle fünf Jahre die Geschäfts-, Rechnungs- und Betriebsführung der ihrer Aufsicht unterstehenden Krankenkassen, deren Arbeitsgemeinschaften, der Landesverbände der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigungen sowie die Prüfungsstellen und die Beschwerdeausschüsse nach § 106 SGB V zu prüfen. Gemäß § 281 SGB V sind Prüfungen auch beim Medizinischen Dienst der Krankenversicherung und gemäß § 46 SGB XI bei den landesunmittelbaren Pflegekassen durchzuführen. Darüber hinaus haben Prüfungen gemäß § 252 Abs. 5 SGB V und § 42 RSAV (Gesundheitsfonds Sonstige Beiträge und Risikoausgleich) bei den landesunmittelbaren Krankenkassen stattzufinden.

Gemäß § 274 Abs. 2 SGB V tragen die Krankenkassen die Kosten der mit der Prüfung befassten Stellen nach der Zahl ihrer Mitglieder. Die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Verbände und Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen tragen die Kosten der bei ihnen durchgeführten Prüfungen selbst. Die Kosten werden nach dem tatsächlichen entstandenen Personal- und Sachaufwand berechnet. Die Prüfungskosten der Krankenkassen werden um die Prüfungskosten vermindert, die von den Kassenärztlichen Vereinigungen, den Verbänden und Arbeitsgemeinschaften der Krankenkassen zu tragen sind.

Das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung kann nach Ziffer 3 des RdErl. des MS vom 22.12.2003 -14-43526-10 "Errichtung und Organisation des Landesprüfungsamtes für Sozialversicherung" (MBI. LSA S. 157), zuletzt geändert durch Erlass vom 18.02.2009 -15-43526-10, MBI LSA S. 154 mit weiteren Prüfungen, insbesondere anderer der Rechtsaufsicht des Ministeriums unterstehender Körperschaften, beauftragt werden. Die Kosten dieser Prüfungen sind nicht von den Sozialversicherungsträgern zu erstatten, sondern vom Auftraggeber zu tragen.

Der Überschuss an Einnahmen gegenüber den Ausgaben im Kapitel 0516 ist durch Personalausgaben begründet, die im Kapitel 0501 veranschlagt und ebenfalls von den Kostenträgern zu erstatten sind.  
 Die Einzelheiten ergeben sich aus folgender Tabelle:

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

**Kapitel 0516 - Ausgaben:**

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
422 01	Besoldung der Beamtinnen und Beamten	77.400	83.000
428 01	Arbeitsentgelt der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer	164.000	284.200
511 01	Geschäftsbedarf	4.800	6.400
517 01	Bewirtschaftung	13.500	14.500
518 01	Mieten und Pachten	23.300	27.000
525 01	Aus- u. Fortbildung	5.000	6.500
526 01	Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0
527 01	Reisekosten	2.700	2.700
533 01	Dienstleistungen Außenstehender	500	500
636 01	Zuweisungen an Sozialversicherungsträger	0	0
812 01	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0	0
916 13	Zuführungen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	22.700	0
TGr. 99	Informations- und Kommunikationstechnik	10.400	5.900
511 99	Geschäftsbedarf sowie Geräte	2.000	2.000
547 99	IT-Budget	3.900	3.900
812 99	Erwerbs von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	4.500	0
<b>Gesamt:</b>		<b>324.300</b>	<b>430.700</b>

**Im Kapitel 0501 veranschlagte Personalkosten:**

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
422 01	nachrichtlich: Personalkosten für die Nutzung der Infrastruktur des MS (pauschal 30% der Personalkosten des Kapitels 0516)	72.500	110.200
424 01	Zuführung an die Versorgungsrücklage (nach VersRückIG LSA vom 21.12.1998 - Altverbeamtungen)	0	0
441 02	Beihilfen	500	1.200
916 10	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" (nach PensFondG vom 06.12.2006 - Altverbeamtungen)	5.700	0
453 01	Trennungsgeld	Der Gesamtansatz des in Kapitel 0501 zentral veranschlagten Trennungsgeldes kann aufgrund der geringen Höhe nicht gesondert für das Landesprüfungsamt berechnet werden.	
<b>Gesamt:</b>		<b>78.700</b>	<b>111.400</b>

**Kapitel 0516 - Einnahmen:**

Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
119 02	Sonst. Verwaltungseinnahmen	0	0
232 01	Sonstige Zuweisungen von Ländern	0	0
236 01	Erstattung von Sozialversicherungs-trägern sowie BA	403.000	542.100
381 01	Verrechnung zwischen Kapiteln 0509 und 0516	0	0
<b>Gesamt:</b>		<b>403.000</b>	<b>542.100</b>

**Einnahmen**

119 02	219	Sonstige Verwaltungseinnahmen	0	0
			0	

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 119 02

Erläuterungen:

Der Titel ist für eventuell anfallende Einnahmen aus Verzugszinsen und sonstige Verwaltungseinnahmen aus Auftragsprüfungen für Dritte vorgesehen.

<b>232 01</b>	219	<b>Sonstige Zuweisungen von Ländern</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

Erläuterungen:

Der Titel ist für Erstattungen von Verwaltungsausgaben für Aufsichtsprüfungen gem. § 88 SGB IV, Prüfungen im Auftrag anderer Länder und im Rahmen der Zusammenarbeit der Prüfdienste vorgesehen.

<b>236 01</b>	219	<b>Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit</b>	<b>403.000</b>	<b>542.100</b>
			454.400	

Erläuterungen:

Die Personal- und Sachkosten, die dem Landesprüfungsamt für Sozialversicherung im Rahmen von Prüfungen gemäß § 274 Abs. 1 SGB V, § 281 Abs. 3 SGB V und § 46 SGB XI sowie nach § 266 Abs. 7 SGB V i.V.m. § 42 RSAV und § 252 Abs. 5 SGB V i.V.m. der Prüfverordnung entstehen, werden gemäß § 274 Abs. 2 SGB V von der geprüften Institution erstattet.

<b>381 01</b>	223	<b>Verrechnungen zwischen Kapitel 0509 und 0516</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

Erläuterungen:

Das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung kann mit weiteren Prüfungen, insbesondere anderer der Rechtsaufsicht des Ministeriums unterstehender Körperschaften, beauftragt werden. Auf die Erläuterungen zu Kapitel 0509 Titel 533 01 und 981 01 wird verwiesen.

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Ausgaben

<b>422 01</b>	219	<b>Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>77.400</b>	<b>83.000</b>
		Erläuterungen:	76.511	0
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
		1. Dienstbezüge einschließlich gesetzlicher und auf Gesetz beruhender Zulagen und Leistungen	77.400	83.000
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Zulagen		
		4. Übergangsgelder		
		<b>Summe</b>	<b>77.400</b>	<b>83.000</b>
<b>428 01</b>	219	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>164.000</b>	<b>284.200</b>
		Erläuterungen:	167.992	0
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
		1. Entgelte einschließlich Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der - außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	164.000	284.200
		2. Aufwandsentschädigungen		
		3. Sonstige Leistungen		
		<b>Summe</b>	<b>164.000</b>	<b>284.200</b>
<b>511 01</b>	219	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>4.800</b>	<b>6.400</b>
		Erläuterungen:	6.343	0
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
		1. Geschäftsbedarf	3.000	4.000
		2. Kommunikation	1.300	1.733
		3. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	500	667
		4. Sonstiges		
		<b>Summe</b>	<b>4.800</b>	<b>6.400</b>
<b>517 01</b>	219	<b>Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume</b>	<b>13.500</b>	<b>14.500</b>
		Erläuterungen:	14.219	0
			<b>2018</b>	<b>2019</b>
			<b>EUR</b>	<b>EUR</b>
		Kosten des Landesprüfungsamtes für Sozialversicherung für die Bewirtschaftung des Grundstücks und der Räume in der Turmschanzenstraße 25 in Magdeburg des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt	13.500	14.500
		<b>Summe</b>	<b>13.500</b>	<b>14.500</b>
<b>518 01</b>	219	<b>Mieten und Pachten</b>	<b>23.300</b>	<b>27.000</b>
			26.837	0

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 16**                **Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 518 01

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Mieten und Pachten	400	1.320
2.	Leasing von Fahrzeugen	200	680
3.	Mietzahlungen	22.700	25.000
<b>Summe</b>		<b>23.300</b>	<b>27.000</b>

<b>525 01</b>	<b>219</b>	<b>Aus- und Fortbildung</b>	<b>5.000</b>	<b>6.500</b>
			6.515	0

Erläuterungen:

		2018	2019
		EUR	EUR
1.	Fortbildungsveranstaltungen	3.500	4.500
2.	Reisekosten	1.500	2.000
<b>Summe</b>		<b>5.000</b>	<b>6.500</b>

<b>526 01</b>	<b>219</b>	<b>Gerichts- und ähnliche Kosten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>527 01</b>	<b>219</b>	<b>Reisekostenvergütungen für Dienstreisen</b>	<b>2.700</b>	<b>2.700</b>
			2.570	0

<b>533 01</b>	<b>219</b>	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>500</b>	<b>500</b>
			54	0

<b>636 01</b>	<b>219</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesanstalt für Arbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			94.585	0

Erläuterungen:

Der Titel ist für eventuell anfallende Erstattungen an die Sozialversicherungsträger vorgesehen. Die Erstattungen resultieren aus der Spitzrechnung der im Vorjahr tatsächlich entstandenen Kosten des Landesprüfungsamts für Sozialversicherung.

<b>812 01</b>	<b>219</b>	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>916 13</b>	<b>219</b>	<b>Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"</b>	<b>22.700</b>	<b>0</b>
			0	0

Erläuterungen:

Gemäß Pensionszuführungsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt (PZVO) vom 09.02.2008 sind für nach dem 31.12.2006 neu begründete Dienstverhältnisse im Land Sachsen-Anhalt Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt" zu planen.

### Titelgruppe(n)

#### **99                    Informations- und Kommunikationstechnik**

Erläuterungen:

In der Titelgruppe 99 sind die bisher bei Kapitel 0516 Titel 812 01 veranschlagten Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnik zu planen.

<b>511 99</b>	<b>011</b>	<b>Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
			0	0

<b>547 99</b>	<b>219</b>	<b>IT-Budget</b>	<b>3.900</b>	<b>3.900</b>
			1.650	0

Erläuterungen:

IT-Budget nach Ziffer 4.7 und Anlage 5 HTR-LSA für 5 Beschäftigte.



**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 16**                **Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>812 99</b>	<b>219</b>	<b>Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen</b>	<b>4.500</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 99</b>			<b>10.400</b>	<b>5.900</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	0	0
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	403.000	542.100
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	0	0
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>403.000</b>	<b>542.100</b>

#### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	241.400	367.200
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	55.700	63.500
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	0	0
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	4.500	0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben	22.700	0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>324.300</b>	<b>430.700</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			<b>0</b>
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>78.700</b>	<b>111.400</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\*\* Das verbindliche Vollzeitäquivalenzziel für das Kapitel 0517 beträgt zum 31.12.2019 1 Vollzeitäquivalent.

Erläuterungen:

Veranschlagt sind gesetzliche und freiwillige Leistungen im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes des Bundes bzw. der Ausführungsgesetze des Landes für:

- Leistungen nach dem Kinderförderungsgesetz,
- Investitionen gem. Bundesprogramm zum Ausbau von Plätzen in Kindertageseinrichtungen,
- Angebote der Kinder- und Jugendarbeit,
- Leistungen für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche,
- Angebote der Familienförderung und Erziehungshilfen,
- Unterhaltsvorschüsse nach dem Unterhaltsvorschussgesetz,
- Frühe Hilfen sowie
- Ergänzende Hilfesysteme.

**Einnahmen**

<b>111 11</b>	266	<b>Verwaltungsgebühren</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			7	
<b>112 01</b>	266	<b>Geldstrafen, Geldbußen, Zwangsgelder und Gerichtskosten</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	

Erläuterungen:

Geldbußen bei Ordnungswidrigkeiten gemäß § 104 SGB VIII.

<b>119 41</b>	266	<b>Rückzahlung von Überzahlungen</b>	<b>218.100</b>	<b>218.100</b>
			200.297	

Erläuterungen:

1. Rückzahlung von Zuwendungen, die nicht oder nicht zweckentsprechend verwendet wurden.
2. Rückzahlung von Überzahlungen sowie Erstattung von Unterhaltszahlungen nach der Unterhaltssicherungsverordnung.

<b>119 51</b>	266	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>20.000</b>	<b>5.000</b>
			3.306	

Erläuterungen:

Zinsforderungen für nicht zweckentsprechend oder nicht fristgemäß verwendete Zuwendungen.

<b>282 02</b>	266	<b>Zuschüsse für internationale Jugendbegegnungen</b>	<b>80.000</b>	<b>80.000</b>
			37.424	

\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titel 684 01.

Erläuterungen:

Zuweisung des Deutsch-Polnischen und des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, der Koordinierungszentren TANDEM und ConAct sowie der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH zur Förderung von internationalen Jugendbegegnungen.

**Titelgruppe(n)**

**64 Bundesprogramm zum Ausbau von Plätzen in Kindertageseinrichtungen**

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung von Investitionen für den Ausbau der Kinderbetreuung von der Geburt bis zum Schuleintritt des Landes Sachsen-Anhalt im Programm 2017 bis 2020 mit 27.828.851 EUR.

<b>334 64</b>	271	<b>Zuweisungen für Investitionen von Sondervermögen</b>	<b>3.843.200</b>	<b>7.414.500</b>
			5.857.675	

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 334 64

\*\*\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0517 Titel 883 64, Kapitel 0517 Titel 893 64 und Kapitel 0517, Titel 631 64.

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 64</b>	<b>3.843.200</b>	<b>7.414.500</b>
-------------------------------------	------------------	------------------

**65 Unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (UMA)**

<b>231 65</b>	<b>265</b>	<b>Zuweisungen vom Bund</b>	<b>0</b>	<b>6.930.000</b>
			0	

Erläuterungen:

Bundeseinnahmen aufgrund finaler Abrechnung der Jugendhilfe (Altverfahren) gem. § 42d SGB VIII

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 65</b>	<b>0</b>	<b>6.930.000</b>
-------------------------------------	----------	------------------

**67 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz**

Erläuterungen:

Einnahmen nach dem UVG bestehend aus Erstattungsleistungen des Bundes (Titel 231 67) und Rückflüssen von Unterhaltsschuldnern (Titel 281 67).

<b>231 67</b>	<b>237</b>	<b>Sonstige Zuweisungen vom Bund</b>	<b>20.322.300</b>	<b>37.066.800</b>
			14.656.010	

Erläuterungen:

Einnahmen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) aus Erstattungsleistungen des Bundes gem. § 8 Abs. 1 UVG. Mit der Reform des UVG ab 01.07.2017 beträgt der Bundesanteil 40 v.H. der Gesamtausgaben für Unterhaltsvorschussleistungen.

<b>281 67</b>	<b>237</b>	<b>Rückflüsse von Unterhaltsverpflichteten</b>	<b>6.300.000</b>	<b>7.785.000</b>
			5.979.190	

\*\*\* Vgl. \*\*\*Vermerk zu Kapitel 0517 Titel 631 67

Erläuterungen:

Erstattungen von gewährten Unterhaltszahlungen, soweit diese beim Unterhaltsverpflichteten gem. § 7 UVG geltend gemacht werden können ( § 7 UVG vom 23.7.79 (BGBl. I S. 1184), in der geänderten Fassung vom 21.12.2007 (BGBl. I S. 3194).

---

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 67</b>	<b>26.622.300</b>	<b>44.851.800</b>
-------------------------------------	-------------------	-------------------

**70 Frühe Hilfen**

\*\*\* vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0517 Ausgabetitelgruppe 70

Erläuterungen:

Sachsen-Anhalt erhält Bundesmittel zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen gem. § 3 Abs. 4 KKG auf Grundlage der im Jahr 2017 geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Die Verwaltungsvereinbarung ist unbefristet gültig.

<b>119 70</b>	<b>291</b>	<b>Vermischte Einnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			31.956	

<b>231 70</b>	<b>291</b>	<b>Zuweisungen vom Bund</b>	<b>0</b>	<b>1.458.600</b>
			1.438.785	

Erläuterungen:

Einnahmen vom Bund für Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 70** **0** **1.458.600**

**71 Regionale Anlauf- und Beratungsstelle Fonds "DDR-Heimerziehung"**

Erläuterungen:

siehe Erläuterung zu Ausgabetitelgruppe 71

<b>231 71</b>	<b>291</b>	<b>Zuweisungen vom Bund</b>	<b>306.600</b>	<b>0</b>
			400.000	

\*\*\* vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0517 Titelgruppe 71

Erläuterungen:

Der Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990" endet zum 31.12.2018.

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 71** **306.600** **0**

**72 Leistungen im Rahmen von ergänzenden Hilfesystemen**

Erläuterungen:

Der Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990" endet zum 31.12.2018. Lt. Art. 2, Abs. 6 der Verwaltungsvereinbarung ist das Restvermögen nach Beendigung gem. dem Verteilschlüssel an die Vertragspartner zurück zu übertragen.

<b>231 72</b>	<b>291</b>	<b>Leistungen von ergänzenden Hilfesystemen</b>	<b>0</b>	<b>4.424.000</b>
			0	

\*\*\* Vgl. K-Vermerk zu Kapitel 0517 Titelgruppe 72

Erläuterungen:

Der Fonds "Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990" endet zum 31.12.2018. Lt. VV, Artz. 2 Abs. 6, ist das Restvermögen nach Beendigung gem. Verteilschlüssel an die Vertragspartner zurück zu übertragen.

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 72** **0** **4.424.000**

05 **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
 05 17 **Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

**Ausgaben**

<b>412 02</b>	261	<b>Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige</b>	<b>2.500</b>	<b>3.000</b>
			1.840	0

Erläuterungen:

Entschädigungen des Aufwandes und Ersatz von Auslagen der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gem. § 10 der Satzung für das Landesjugendamt i.V.m. § 9 Abs. 3 KJHG-LSA in der aktuellen Fassung.

<b>533 01</b>	261	<b>Dienstleistungen Außenstehender</b>	<b>75.000</b>	<b>175.000</b>
			3.000	0

Erläuterungen:

Nr.	Erläuterungstext	2019 in EUR
1.	Jugendhilfeplanung	50.000
2.	Evaluierung des Familienpasses	20.000
3.	Evaluierung der Unterstützungssysteme für in Not geratene Familien	30.000
4.	Evaluierung des FamBeFöG	75.000
<b>Zusammen</b>		<b>175.000</b>

Hinweis zu Nr. 1: Der Landesjugendhilfeausschuss befasst sich nach § 71 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII insbesondere mit der Jugendhilfeplanung.

<b>534 01</b>	261	<b>Sachaufwand der Ausbildung, Fortbildung und Prüfung Außenstehender</b>	<b>119.000</b>	<b>119.500</b>
			41.053	0

\*\* Teilnehmerbeiträge sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

Erläuterungen:

Ausgaben für Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Jugendhilfe. Die Zuständigkeit des Landes als überörtlicher Träger der Jugendhilfe ist nach § 85 Abs. 2 Nr. 8 SGB VIII gegeben.

<b>632 01</b>	262	<b>Zuweisungen an Länder</b>	<b>45.900</b>	<b>46.600</b>
			36.142	0

\* Gegenseitig deckungsfähig mit Kapitel 05 17 Titel 632 02.

Erläuterungen:

Nr.		2017 EUR	2018 EUR	2019 EUR
1.	Länderübergreifende Stelle zur Aufsicht über die Einhaltung der Jugendschutzbestimmungen gem. Jugendschutz-Staatsvertrag vom 01.10.2016 "jugendschutz.net"	6.579	13.304	13.100
2.	Ständige Vertretung der Obersten Landesjugendbehörden (OLJB) bei der Institution der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK)	10.911	12.680	11.300
3.	Ständige Vertretung der OLJB bei der Institution der Freiwilligen Selbstkontrolle der Unterhaltungssoftware-Verbände (USK)	4.492	6.000	6.000
4.	Festbetrag für die Beteiligung des Landes am Internet-Server Jugendinformation in Deutschland, dem Jugendserver des Bundes und der Länder	5.000	5.000	6.750
5.	Beitrag des Landes zur internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz	1.400	1.415	1.450
6.	virtuelle Beratung des Bundes für die Erziehungs- und Familienberatung	7.760	7.500	8.000
<b>Zusammen</b>		<b>36.142</b>	<b>45.899</b>	<b>46.600</b>

<b>632 02</b>	261	<b>Zuweisungen an das Deutsche Jugendinstitut (DJI)</b>	<b>8.200</b>	<b>10.000</b>
			7.873	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titel 632 01.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 632 02

Erläuterungen:

Veranschlagt sind die anteilig nach dem Königsteiner Schlüssel finanzierten Verwaltungsausgaben für das Deutsche Jugendinstitut.

<b>633 01</b>	261	<b>Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>7.391.100</b>	<b>7.570.700</b>
			7.411.673	0

Erläuterungen:

Mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsangebote vom 13.08.2014 wurden gem. Art. 4 (§ 31 KJHG-LSA) die Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm ab dem Haushaltsjahr 2016 zusammengeführt. Die Verteilung der Mittel richtet sich nach den Kindern und Jugendlichen zwischen 10 und unter 27 Jahre. Stichtag ist der 31.12. des jeweils vorvergangenen Jahres.

<b>633 02</b>	261	<b>Fachkräfteprogramm in der Kinder- und Jugendarbeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

<b>633 03</b>	271	<b>Zuweisungen an kommunale Träger für Modellmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen</b>	<b>220.000</b>	<b>0</b>
			218.384	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titel 684 02.

<b>633 04</b>	266	<b>Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Sozialversicherungsbeiträge und Kostenpauschalen</b>	<b>2.000</b>	<b>2.000</b>
			865	0

Erläuterungen:

Gemäß § 5 des Gesetzes zur Freistellung ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätiger Personen vom 23.01.1996 (GVBl. LSA S. 50) wird den Arbeitgebern auf Antrag der nachgewiesene Gesamtsozialversicherungsbeitrag bis zu 12 Freistellungstagen erstattet und den ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätigen Personen eine Kostenpauschale von 18 EUR pro Tag für max. 12 Tage gewährt, sofern Lohn, Gehalt bzw. Ausbildungsvergütung nicht gezahlt bzw. eine sonstige finanzielle Leistung Dritter nicht gewährt wird. Anspruchsberechtigt sind insbesondere Leiterinnen und Leiter, Trainerinnen und Übungsleiter von Jugendgruppen und Sportvereinen.

<b>633 05</b>	237	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Minderung der Belastungen aus dem Unterhaltsvorschussgesetz</b>	<b>0</b>	<b>20.000.000</b>
			0	0

\*\*\* Ausgaben bis zur Höhe von 20 000 000 EUR dürfen nur geleistet werden, sofern Entnahmen in gleicher Höhe aus der allgemeinen Rücklage in Kapitel 1302 Titel 359 01 entsprechend den Voraussetzungen des § 16 Abs. 4 HG möglich sind.

<b>684 01</b>	266	<b>Zuschüsse für internationale Jugendbegegnungen</b>	<b>80.000</b>	<b>80.000</b>
			44.023	0

Übertragbar

\* Ausgaben dürfen nur geleistet werden bis zur Höhe der Isteinnahmen bei Kapitel 05 17 Titel 282 02.

Erläuterungen:

Zuweisung des Deutsch-Polnischen und des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, der Koordinierungszentren TANDEM und ConAct sowie der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gGmbH zur Förderung von internationalen Jugendbegegnungen.

<b>684 02</b>	271	<b>Zuschüsse an freie Träger für Modellmaßnahmen in Kindertageseinrichtungen</b>	<b>377.700</b>	<b>148.800</b>
			120.972	418.500

Übertragbar

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 17 Titel 633 03.

\*\* Rückzahlungen/Erstattungen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 02

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019	64.600	155.300		219.900
2020	16.400	248.900	162.000	427.300
2021		337.200	162.000	499.200
2022			94.500	94.500
2023 ff.				
<b>Summen</b>	<b>81.000</b>	<b>741.400</b>	<b>418.500</b>	<b>1.240.900</b>

Erläuterungen:

Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen wird auf der verbindlichen Grundlage des Bildungsprogramms "Bildung: elementar - von Anfang an" umgesetzt. Die Kindertageseinrichtungen sollen gute Bildungsorte für Kinder sein.

Dazu sollen in 2019 folgende Projekte landesweit fortgesetzt werden:

1. Praxisintegrierter Ausbildungsgang zur Staatlich geprüften Fachkraft für Kindertageseinrichtungen
2. Fachkräfte für Kitas

<b>684 03</b>	291	<b>Zuschüsse zur Förderung von Familienverbänden</b>	<b>237.100</b>	<b>268.200</b>
			234.200	274.300

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			274.300	274.300
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>274.300</b>	<b>274.300</b>

Erläuterungen:

Das Land gewährt folgenden Familienverbänden Zuwendungen zur Verbesserung der Lebenssituation von Familien:

1. Christlicher Verband Junger Menschen - Familienarbeit Mitteldeutschland e. V. (CVJM FAM)
2. Deutscher Familienverband Sachsen-Anhalt e. V. (DFV)
3. Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen Sachsen-Anhalt e. V. (EAF)
4. Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. (DKSB)
5. Familienbund im Bistum Magdeburg und im Land Sachsen-Anhalt e. V.

Die Förderung der landesweit tätigen Familienverbände erfolgt durch Zuwendungsbescheide auf Basis einer institutionellen Förderung, deren Grundlage das Gesetz zur Familienförderung des Landes vom 19.12.2005, zuletzt geändert mit ÄndG vom 13.08.2014 (FamBeFöG) bildet.

Die Einzelansätze der Sachausgaben der jeweiligen Institution dürfen überschritten werden um bis zu 20. v.H., soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

<b>684 04</b>	261	<b>Zuschüsse an den Kinder- und Jugendring</b>	<b>268.400</b>	<b>317.000</b>
			238.332	332.200



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 684 04

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			332.200	332.200
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>332.200</b>	<b>332.200</b>

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Kinder- und Jugendrings Sachsen-Anhalt

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	287.147	293.050	407.081
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	114.028	125.425	146.735
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	1.410	2.410	2.625
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	5.219	5.213	5.219
Zusammen	407.804	426.098	561.660
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	7.371	169.064	8.585
Mithin Fehlbetrag:	400.433	257.034	553.075
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	5.219	0	5.219
b) das Land mit	361.179	256.734	501.898
c) den Bund mit	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	300	608
e) Private	34.035	0	45.350
Zusammen	400.433	257.034	553.075
Stellenbestand			
	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E 12	0,00	0,00	1,00
E 12	1,00	1,00	0,90
E 10	0,80	0,80	0,00
E 10	0,60	0,60	0,60
E 8	0,00	0,00	1,00
E 6	1,00	1,00	0,50
Summe	3,40	3,40	4,00
Insgesamt	3,40	3,40	4,00

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 04

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	SoIl 2018 EUR	SoIl 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	168.402	188.419	243.210
2. Projektförderung	118.746	104.631	163.871
<b>Zusammen</b>	<b>287.148</b>	<b>293.050</b>	<b>407.081</b>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	SoIl 2018 EUR	SoIl 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	227.385	256.734	317.030
2. Projektförderung	133.794	0	184.868
<b>Zusammen</b>	<b>361.179</b>	<b>256.734</b>	<b>501.898</b>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	SoIl 2018 EUR	SoIl 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0
2. Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	SoIl 2018 EUR	SoIl 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	300	608
2. Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>0</b>	<b>300</b>	<b>608</b>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	SoIl 2018 EUR	SoIl 2019 EUR
1. Kooperationspartner andere Ministerien	0	300	608
<b>Zusammen</b>	<b>0</b>	<b>300</b>	<b>608</b>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können.

Der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. sieht sich als Arbeitsgemeinschaft von Jugendverbänden. Er ist zudem ein Gremium zur Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen den Landes. Eine seiner Aufgaben ist es, die Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Jugendarbeit zu fördern. Da der Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. sich aus Beiträgen seiner Mitglieder nicht selbst vollständig finanzieren kann, wird er durch das Land im Wege institutioneller Förderung finanziell unterstützt.

<b>684 05</b>	<b>266</b>	<b>Zuschüsse an die Servicestelle für Kinder- und Jugendschutz</b>	<b>126.500</b>	<b>130.000</b>
			119.900	149.000

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			149.000	149.000
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>149.000</b>	<b>149.000</b>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 05

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Servicestelle Kinder- und Jugendschutz

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	517.140	592.152	603.292
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	154.740	185.923	165.453
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	0	0	0
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	0	0	0
Zusammen	671.880	778.075	768.745
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	42.796	651.575	70.730
Mithin Fehlbetrag:	629.084	126.500	698.015
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	0	0
b) das Land mit	456.039	126.500	522.102
c) den Bund mit	11.000	0	12.000
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	162.046	0	163.913
e) Private	0	0	0
Zusammen	629.085	126.500	698.015

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E13	1,00	1,00	1,00
E6	0,75	0,75	0,75
Summe	1,75	1,75	1,75
Insgesamt	1,75	1,75	1,75

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	109.078	113.520	120.589
2. Projektförderung	408.062	478.632	482.703
<b>Zusammen</b>	<b>517.140</b>	<b>592.152</b>	<b>603.292</b>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	119.900	126.500	130.000
2. Projektförderung	336.139	0	392.102
<b>Zusammen</b>	<b>456.039</b>	<b>126.500</b>	<b>522.102</b>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0
2. Projektförderung	11.000	0	12.000
<b>Zusammen</b>	<b>11.000</b>	<b>0</b>	<b>12.000</b>



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 06

**Einnahmen**

Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	7.837	56.528	4.326
Mithin Fehlbetrag:	<u>225.275</u>	<u>192.899</u>	<u>259.191</u>
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	453	0	0
b) das Land mit	220.825	192.899	259.191
c) den Bund mit	0	0	0
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	2.300	0	0
e) Private	1.698	0	0
Zusammen	<u>225.276</u>	<u>192.899</u>	<u>259.191</u>

Stellenbestand

	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E 11	1,00	1,00	1,00
E 9	1,00	1,00	1,00
E 9	0,00	0,00	1,00
E 6	0,75	0,75	0,80
Summe	<u>2,75</u>	<u>2,75</u>	<u>3,80</u>
Insgesamt	<u>2,75</u>	<u>2,75</u>	<u>3,80</u>

Position 1 - Personalausgaben - setzen sich wie folgt zusammen

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	162.250	164.508	224.641
2. Projektförderung	30.063	47.453	0
<b>Zusammen</b>	<u>192.313</u>	<u>211.961</u>	<u>224.641</u>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	189.600	192.899	259.191
2. Projektförderung	31.225	0	0
<b>Zusammen</b>	<u>220.825</u>	<u>192.899</u>	<u>259.191</u>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0
2. Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
1. Institutionelle Förderung	0	0	0
2. Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 684 06

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

	Ist 2017 EUR	Soil 2018 EUR	Soil 2019 EUR
	0	0	0
<b>Zusammen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können

Das Kompetenzzentrum geschlechtergerechte Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalt ist eine überregionale Institution. Als fachpolitische Servicestelle für Mädchen- und Jungenarbeit hat sie gemäß § 9 Abs. 3 SGB VIII den Auftrag, die Entwicklung von geschlechterdifferenzierten Angeboten zu unterstützen, auf den Abbau von Benachteiligungen sowie die Berücksichtigung der unterschiedlichen Problem- und Interessenlagen von Jungen und Mädchen hinzuwirken. Sie soll zur Entwicklung der Gender-Kompetenz als Qualitätsanspruch in allen Bereichen der Jugendhilfe beitragen.

Die landesweite Vernetzung von Projekten und Trägern sowie die Förderung von Chancengleichheit von Jungen und Mädchen, Männern und Frauen, durch die Etablierung von geschlechtergerechten Handlungsansätzen ist eine landes- und jugendpolitische Zielstellung. Insofern besteht ein erhebliches Landesinteresse an der Förderung des Trägers bzw. der Institution. Zum Leistungsspektrum des Kompetenzzentrums gehören neben der Fach- und Trägerberatung, der Durchführung von geschlechtsspezifischen Fort- und Weiterbildungen, der Interessenvertretung/Gremienarbeit und den Informations- und Serviceangeboten auch die Durchführung von Projekten in eigener Verantwortung oder in Kooperation mit anderen Trägern.

<b>684 10</b>	<b>266</b>	<b>Zuschüsse für die Arbeit des Landesentrums Jugend + Kommune</b>	<b>107.000</b>	<b>170.000</b>
			0	301.500

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			301.500	301.500
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>301.500</b>	<b>301.500</b>

Erläuterungen:

Erstmals in 2017 wurde die Arbeit des Landesentrums Jugend + Kommune gefördert. Als landesweit tätige Einrichtung bietet es den Kommunen in Sachsen-Anhalt Unterstützung auf dem Gebiet der Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Entscheidungsprozesse der kommunalen Mitgestaltung. Bisherige diesbezügliche Aktivitäten im Land werden hier zusammengeführt. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit des Landesentrums liegt in der erstmalig in 2018 und im Weiteren alle zwei Jahre durchzuführenden Förderung der Mitwirkung von Kommunen an ausgewählten Pilotvorhaben zur Kinder- und Jugendbeteiligung im Land Sachsen-Anhalt.

Die Arbeit des Landesentrums soll auch in 2019ff. mit Landesmitteln gefördert werden. Unter anderem sollen ein landesweites Netzwerk von Akteuren der Kinder- und Jugendbeteiligung aufgebaut und übergreifende Leitlinien für Kinder- und Jugendinteressenvertretungen in Kommunen erarbeitet werden.

<b>686 01</b>	<b>291</b>	<b>Zuschüsse zur Förderung der Stiftung "Familie in Not - Sachsen-Anhalt"</b>	<b>319.900</b>	<b>352.800</b>
			316.200	341.400

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

noch zu 686 01

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			341.400	341.400
2021				
2022				
2023 ff.				
<b>Summen</b>			<b>341.400</b>	<b>341.400</b>

Erläuterungen:

Vorläufige Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stiftung "Familie in Not Sachsen-Anhalt"

	Ist 2017 EUR	Soll 2018 EUR	Soll 2019 EUR
<b>Ausgaben</b>			
1. Personalausgaben	278.967	295.136	306.370
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	27.460	27.516	46.430
3. Schuldendienst	0	0	0
4. Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	3.227.324	3.020.800	3.164.510
5. Ausgaben für Investitionen	0	0	0
6. Besondere Finanzierungsausgaben	2.752	0	0
Zusammen	3.536.503	3.343.452	3.517.310
<b>Einnahmen</b>			
Eigene Einnahmen einschließlich Vorsteuererstattungen:	0	0	0
Mithin Fehlbetrag:	3.536.503	3.343.452	3.517.310
Der Fehlbetrag soll gedeckt werden durch			
a) eigene Mittel des Zuwendungsempfängers	0	2.752	0
b) das Land mit	309.179	319.900	352.800
c) den Bund mit	3.227.324	3.020.800	3.164.510
d) sonstige Gebietskörperschaften und öffentliche Hand mit	0	0	0
e) Private	0	0	0
Zusammen	3.536.503	3.343.452	3.517.310
Stellenbestand			
	Stellenbestand 2017	Stellenbestand 2018	Stellenbestand 2019
Arbeitnehmer			
E12	1,00	1,00	1,00
E11	1,00	1,00	1,00
E10	0,88	0,00	0,00
E9	0,00	0,88	0,88
E9	1,00	1,00	1,00
E8	0,75	0,00	0,00
E6	0,00	0,75	0,75
Summe	4,63	4,63	4,63
Insgesamt	4,63	4,63	4,63

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17**                **Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
Angaben in EUR				

noch zu 686 01

Position 1 - Personalausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

		Ist 2017 EUR	Soil 2018 EUR	Soil 2019 EUR
1.)	Institutionelle Förderung	278.967	295.136	306.370
2.)	Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>		<b>278.967</b>	<b>295.136</b>	<b>306.370</b>

Erläuterungen zu Position b) bis d)

Position b) setzt sich wie folgt zusammen:

		Ist 2017 EUR	Soil 2018 EUR	Soil 2019 EUR
1.)	Institutionelle Förderung	309.179	319.900	352.800
2.)	Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>		<b>309.179</b>	<b>319.900</b>	<b>352.800</b>

Position c) setzt sich wie folgt zusammen:

		Ist 2017 EUR	Soil 2018 EUR	Soil 2019 EUR
1.)	Institutionelle Förderung	0	0	0
2.)	Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Position d) setzt sich wie folgt zusammen:

		Ist 2017 EUR	Soil 2018 EUR	Soil 2019 EUR
1.)	Institutionelle Förderung	0	0	0
2.)	Projektförderung	0	0	0
<b>Zusammen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Position d) beinhaltet folgende Zuwendungsgeber:

		Ist 2017 EUR	Soil 2018 EUR	Soil 2019 EUR
		0	0	0
<b>Zusammen</b>		<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Die Einzelansätze der Sachausgaben dürfen um bis zu 20 v. H. überschritten werden, soweit die Überschreitungen durch entsprechende Einsparungen bei anderen Einzelansätzen der Sachausgaben ausgeglichen werden können

### Titelgruppe(n)

**61**                    **Jugendarbeit**

Übertragbar

\* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 17 Titelgruppe 62.

\*\*\* Vgl. verbindliche Erläuterung zu Kapitel 13 02 Titel 122 01. Der aus anteiligen Einnahmen des Kapitels 13 02 Titel 122 01 gedeckte Teil der veranschlagten Ausgaben in Höhe von 2.507.000 € in 2019 darf nur im Umfang der anteiligen Ist-Einnahmen bei Kapitel 13 02 Titel 122 01 geleistet werden. In Höhe der anteiligen Mehreinnahmen dürfen Mehrausgaben geleistet werden.

Erläuterungen:

Gefördert werden können Projekte und Maßnahmen der Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit gem. §§ 11 und 12 SGB VIII i.V.m. den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

<b>633 61</b>	261	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			10.286	0
<b>684 61</b>	261	<b>Zuschüsse an freie Träger</b>	<b>2.507.000</b>	<b>2.507.000</b>
			2.404.297	4.055.200

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019		1.733.000		1.733.000
2020		1.733.000	147.300	1.880.300
2021		1.733.000	147.300	1.880.300
2022			1.880.300	1.880.300
2023 ff.			1.880.300	1.880.300
<b>Summen</b>		<b>5.199.000</b>	<b>4.055.200</b>	<b>9.254.200</b>

<b>883 61</b>	261	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>893 61</b>	261	<b>Zuschüsse an freie Träger für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			150.000	0

---

**Nachrichtlich: Summe TGr. 61** **2.507.000** **2.507.000**  
4.055.200

**62 Jugendsozialarbeit, Jugendschutz**

Übertragbar

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 61.

Erläuterungen:

Gefördert werden können Projekte und Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes für benachteiligte und individuell beeinträchtigte junge Menschen gem. §§ 13 und 14 SGB VIII i.V.m. den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendverbände, der Jugendsozialarbeit sowie des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes.

<b>633 62</b>	262	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 62</b>	262	<b>Zuschüsse an freie Träger</b>	<b>481.100</b>	<b>543.900</b>
			438.591	1.415.600

Belastungen aus VE:

Belastung d. HH-Jahre	Durch die bis 2017 in Anspruch gen. VE (EUR)	Durch die 2018 ausgebrachte VE (EUR)	Durch die 2019 ausgebrachte VE (EUR)	Gesamtbelastung (EUR)
1	2	3	4	5
2019				
2020			353.900	353.900
2021			353.900	353.900
2022			353.900	353.900
2023 ff.			353.900	353.900
<b>Summen</b>			<b>1.415.600</b>	<b>1.415.600</b>

<b>883 62</b>	262	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
893 62	262	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen	0	0
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 62</b>			<b>481.100</b>	<b>543.900</b>
				1.415.600
<b>63</b>		<b>Kindertageseinrichtungen</b>		
		* Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen sind jeweils gegenseitig deckungsfähig: Kapitel 05 17 Titel 633 63, Kapitel 05 17 Titel 684 63, Kapitel 05 17 Titel 883 63, Kapitel 05 17 Titel 893 63, Kapitel 05 17 Titel 534 63 und Kapitel 05 17 Titel 633 64.		
		Erläuterungen:		
		Veranschlagt sind die Ausgaben des Landes auf der Grundlage des am 23.11.2018 verabschiedeten Fünften Gesetzes zur Änderung des Kinderförderungsgesetzes.		
534 63	271	Sonstiges	0	0
			43.959	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 63.		
633 63	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	268.631.100	371.155.600
			332.544.337	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 63.		
		** Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückzahlungen den Ausgaben zu.		
		Erläuterungen:		
		Die Landeszuweisungen erfolgen auf Grundlage der in § 12 KiFöG festgesetzten monatlichen Pauschalsätze. Die monatlichen Pauschalen sind entsprechend der Anzahl der Monate für die sie gelten, in Jahresbeträge umzurechnen und jeweils mit der Anzahl der betreuten Kinder zu multiplizieren.		
		Das Land erstattet zudem ab dem Jahr 2015 gemäß § 13 Abs. 5 den Kommunen Einnahmeausfälle aus der Deckelung der Kostenbeiträge nach § 13 Abs. 4 KiFöG (Mehrkindfamilien). Im Haushaltsjahr 2019 findet diesbezüglich einmalig die Übergangsvorschrift nach § 25 KiFöG Anwendung.		
		Die Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten ist in Kapitel 0517 Titel 633 64 veranschlagt.		
684 63	271	Zuschüsse an freie Träger von Kindertageseinrichtungen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 63.		
883 63	271	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden für Investitionen an Kindertageseinrichtungen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 63.		
893 63	271	Zuschüsse an freie Träger für Investitionen an Kindertageseinrichtungen	0	0
			0	0
		* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 63.		
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 63</b>			<b>268.631.100</b>	<b>371.155.600</b>
				0

**64 Bundesprogramm zum Ausbau von Plätzen in Kindertageseinrichtungen**  
Übertragbar

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

\*\* Gemäß § 35 Abs. 2 LHO dürfen Ausgaben im Rahmen des Verwendungszwecks auch geleistet werden, wenn an anderer Stelle des Landeshaushalts Mittel für denselben Zweck veranschlagt sind.

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) seit dem Jahr 2009 an den Betriebskosten für Plätze für Kinder unter 3 Jahren. Für diesen Zweck wird den Ländern ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer zugestanden. Der Anteil wird vom Land zum quantitativen und/oder qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen an die Kommunen weitergereicht.

Der Bund beteiligt sich seit dem Jahr 2008 an der Finanzierung für den Ausbau der Kinderbetreuung. Das ursprünglich bis 2013 befristete Programm wurde mehrfach erweitert. Für Investitionen im Land Sachsen-Anhalt wurden im Programm 2008-2013 52.363.876 €, im Programm 2013-2014 14.876.315 €, im Programm 2015-2018 13.843.178 € und im Programm 2017-2020 27.828.851 € an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt.

<b>631 64</b>	<b>271</b>	<b>Zuweisungen an Bund</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

\*\* Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

\*\*\* siehe Vermerk zu Kapitel 0517, Titel 883 64.

<b>633 64</b>	<b>271</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände aus Bundeszuweisungen für Betriebs- und Betreuungskosten</b>	<b>47.621.000</b>	<b>21.848.000</b>
			0	0

\* Vgl. D-Vermerk zu Kapitel 05 17 Titelgruppe 63.

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich im Rahmen des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) seit dem Jahr 2009 an den Betriebskosten für Plätze für Kinder unter 3 Jahren. Für diesen Zweck wird den Ländern ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer zugestanden. Der Anteil wird vom Land zum quantitativen und/oder qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen an die Kommunen weitergereicht. Die hinzu gekommenen Mittel aus dem Betreuungsgeld sind entfallen.

<b>883 64</b>	<b>271</b>	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen</b>	<b>3.843.200</b>	<b>7.414.500</b>
			5.851.370	0

\*\* Abweichend von § 35 Abs. 1 LHO fließen Rückforderungen oder Rückzahlungen den Ausgaben zu.

\*\*\* Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Kapitel 0517 Titel 334 64 geleistet werden. Die Ausgaben dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0517 Titel 334 64.

Erläuterungen:

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung für den Ausbau der Kinderbetreuung von der Geburt bis zum Schuleintritt des Landes Sachsen-Anhalt im Programm 2017 bis 2020 mit insgesamt 27.828.851 EUR für Investitionen.

<b>893 64</b>	<b>271</b>	<b>Zuschüsse an freie Träger für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			-1.548	0

\*\*\* siehe Vermerk zu Kapitel 0517 Titel 883 64.

<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 64</b>			<b>51.464.200</b>	<b>29.262.500</b>
				0

**65 Unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (UMA)**

Erläuterungen:

Aus dieser Titelgruppe werden Ausgaben im Zusammenhang mit der Personengruppe der UMA geleistet.

<b>631 65</b>	<b>265</b>	<b>Sonstige Zuweisungen an den Bund</b>	<b>17.097.300</b>	<b>0</b>
			34.194.504	0

Erläuterungen:

Nach § 42c, Abs. 1 SGB VIII erfolgte der Bestandsausgleich für die UMA-Fälle in 2017.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>633 65</b>	265	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für UMA</b>	<b>38.300.000</b>	<b>33.938.000</b>
			25.546.939	0
		Erläuterungen: Rechtsverpflichtungen des Landes gemäß §§ 89d, 42, 34 sowie 41 SGB VIII.  Aus diesem Titel werden Leistungen für Ausgaben der Jugendhilfe für Kinder und Jugendliche, deren Geburtsort im Ausland liegt, erstattet. Bei diesen handelt es sich um die Personengruppe der unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen (UMA).		
<b>684 65</b>	265	<b>Zuschüsse an freie Träger</b>	<b>258.000</b>	<b>301.200</b>
			254.349	0
		Erläuterungen: Nach § 82 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) hat das Land die Aufgabe, die Tätigkeit der öffentlichen und der freien Träger der Jugendhilfe weiter zu entwickeln und Impulse für das Land zu setzen. Es hat die Durchführung von Maßnahmen der Erziehungshilfe anzuregen und zu fördern. Im erheblichen Landesinteresse ist die Bereitstellung eines überregionalen Angebots im Bereich der Hilfen für unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (UMA) durch die Führung von Vormundschaften durch einen freien Träger der Jugendhilfe.		
<b>883 65</b>	265	<b>Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>893 65</b>	265	<b>Zuschüsse für Investitionen an freie Träger</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 65</b>			<b>55.655.300</b>	<b>34.239.200</b>
				0
<b>67</b>		<b>Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz</b>		
		Übertragbar		
<b>631 67</b>	237	<b>Zuweisungen an Bund aus Rückflüssen von Unterhaltsverpflichteten nach dem Unterhaltsvorschussgesetz</b>	<b>3.600.000</b>	<b>4.448.400</b>
			3.037.784	0
		*** Die Ausgabe darf überschritten werden bis zur Höhe der anteilig an den Bund zu zahlenden Einnahmen aus Rückflüssen von Unterhaltsvorschussleistungen (40 % der Rückflüsse insgesamt). Vgl. Kapitel 0517, Titel 281 67.		
		Erläuterungen: Entsprechend der Beteiligung des Bundes an den Gesamtausgaben für Unterhaltsvorschussleistungen gem. Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) ist dem Bund der gleiche Anteil an den Einnahmen aus Rückflüssen von Unterhaltsvorschussleistungen zu erstatten.		
<b>633 67</b>	237	<b>Zuweisungen an Berechtigte entsprechend Unterhaltsvorschussgesetz</b>	<b>35.564.000</b>	<b>64.867.000</b>
			28.026.177	0
		Erläuterungen: Die Gesamtausgaben der gewährten Leistungen nach § 8 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) werden mit der Reform des UVG ab 01.07.2017 zwischen Bund, Land und Kommunen neu aufgeteilt. Danach trägt der Bund 40 v.H. der Gesamtausgaben. Land und Kommunen beteiligen sich mit jeweils 30 v.H. Der kommunale Anteil ist von den Kommunen direkt aufzubringen. Die erforderlichen Bundesmittel werden in Kapitel 0517, Titel 231 67 vereinnahmt.		
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 67</b>			<b>39.164.000</b>	<b>69.315.400</b>
				0
<b>68</b>		<b>Familienförderung</b>		
<b>547 68</b>	291	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>633 68</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>85.000</b>	<b>80.000</b>
			59.442	0
		Erläuterungen:		
		<b>Nr.</b>	<b>2017</b>	<b>2018</b>
		1. Schulfahrten gem. § 8 Gesetz zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsangebote	27.205	40.000
		2. Erstattungen gem. § 89, 89a Abs. 2 89b Abs. 2, 89c Abs. 3 und 89 e SGB VIII	32.237	45.000
		<b>Zusammen</b>	<b>59.442</b>	<b>85.000</b>
				<b>80.000</b>
<b>681 68</b>	291	<b>Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen</b>	<b>29.400</b>	<b>33.600</b>
			12.600	0
		*** Billigkeitsleistungen nach § 53 LHO		
		Erläuterungen:		
		Übernahme einer Ehrenpatenschaft durch den Ministerpräsidenten bei Mehrlingsgeburten (ab Drillinge)		
<b>684 68</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen</b>	<b>712.300</b>	<b>686.100</b>
			694.992	0
		Erläuterungen:		
		Folgende Förderschwerpunkte sind für das Haushaltsjahr 2019 vorgesehen:		
		1. Familienbildungsmaßnahmen		
		2. Familienbegegnungsmaßnahmen mit Bildungsangeboten		
		3. Sozialpädagogische Arbeit in Familienferienstätten/Familienzentren		
		4. Modellprojekt für ombudtschaftliche Beratungs- und Beschwerdestelle		
		Die Ausgaben für Maßnahmen des Fachzentrums Pflegekinderwesen werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 0509, Titel 684 68 veranschlagt.		
<b>685 68</b>	291	<b>Sonstige Zuschüsse</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>686 68</b>	291	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>883 68</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>893 68</b>	291	<b>Zuschüsse an freie Träger für Investitionen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 68</b>			<b>826.700</b>	<b>799.700</b>
				0

**70 Frühe Hilfen**

Übertragbar

\*\*\* Die anteiligen drittmittelfinanzierten Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Kapitel 0517 Titelgruppe 70 geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0517 Titelgruppe 70.

Erläuterungen:

Sachsen-Anhalt erhält Bundesmittel zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen gem. Bundeskinderschutzgesetz (§ 3 Abs. 4 - Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz - KKG) auf Grundlage der im Jahr 2017 geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Die Verwaltungsvereinbarung ist unbefristet gültig.

Die bisher in dieser Titelgruppe veranschlagten Haushaltsmittel für die Umsetzung des Landesprogramms zum Kinderschutz werden ab dem Haushaltsjahr 2019 in Kapitel 0517, Titelgruppe 73 veranschlagt.

**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

<b>422 70</b>	291	<b>Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>428 70</b>	291	<b>Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>	<b>0</b>	<b>128.500</b>
			0	0

Erläuterungen:

Personelle Absicherung der Landeskoordinierung im Rahmen der Bundesstiftung Frühe Hilfen zur Umsetzung des Fonds Frühe Hilfen (§3 Abs. 4 KKG)

	2017 in EUR	2018 in EUR	2019 in EUR
1. Entgelte einschl. Zulagen, Zuschläge und Jahressonderzahlung und besondere Zahlungen sowie Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und der Finanzierung der betrieblichen Altersversorgung der			
- außertariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer			
- tariflichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	113.113	120.000	128.500
2. Aufwandsentschädigungen			
3. Sonstige Leistungen			
<b>Zusammen</b>	<b>113.113</b>	<b>120.000</b>	<b>128.500</b>

<b>429 70</b>	291	<b>Nicht aufteilbare Personalausgaben</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			113.113	0

Erläuterungen:

Die personelle Absicherung der Landeskoordination im Rahmen der Bundesinitiative Frühe Hilfen (§ 3 Abs. 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz - KKG) wird ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 0517, Titel 428 70 veranschlagt.

<b>526 70</b>	291	<b>Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen</b>	<b>800</b>	<b>0</b>
			50	0

Erläuterungen:

Die Erstattungen von Aufwendungen für die Mitglieder des Gremiums "Allianz für Kinder" werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 0517, Titel 526 73 veranschlagt.

<b>534 70</b>	291	<b>Sonstiges</b>	<b>15.000</b>	<b>60.000</b>
			47.958	0

Erläuterungen:

Für die Umsetzung des Fonds "Frühe Hilfen" werden Bundesmittel für landesweite Fortbildungen und Qualifikationen und Tagungen genutzt (z.B. für Fachkräfte Frühe Hilfen, Koordinatoren\*innen Frühe Hilfen).

<b>631 70</b>	291	<b>Sonstige Zuweisungen an Bund</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			44.674	0

<b>633 70</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>140.000</b>	<b>1.378.600</b>
			1.450.316	0

<b>684 70</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen</b>	<b>80.000</b>	<b>0</b>
			0	0

Erläuterungen:

Modellhafte Erprobungen im Rahmen der Umsetzung des Kinderschutzes werden ab dem Haushaltsjahr 2019 in Kapitel 0517 Titel 684 73 veranschlagt.

<b>686 70</b>	291	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</b>	<b>42.000</b>	<b>0</b>
			42.000	0

Erläuterungen:

Die Haushaltsmittel für das Landesprojekt "Familienpaten" werden ab dem Haushaltsjahr 2019 bei Kapitel 0517 Titel 686 73 veranschlagt.

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17**                **Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
916 70	291	Zuführungen an das Sondervermögen "Pensionsfonds des Landes Sachsen-Anhalt"	0 0	0 0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 70</b>			<b>277.800</b>	<b>1.567.100</b> 0
<b>71</b>		<b>Regionale Anlauf- und Beratungsstelle Fonds "DDR-Heimerziehung"</b>		
		Übertragbar		
		*** Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei Kapitel 0517 Titel 231 71 geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0517 Titel 231 71.		
		Erläuterungen:		
		Der Fonds "DDR-Heimerziehung" endet zum 31.12.2018. Eine Schlussrechnung über Einnahmen und Ausgaben durch das BAFzA ist erst in 2019 zu erwarten.		
429 71	291	Nicht aufteilbare Personalausgaben	268.600 626.015	0 0
511 71	291	Geschäftsbedarf	0 10.340	0 0
517 71	291	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	0 8.225	0 0
518 71	291	Mietkosten	0 25.991	0 0
527 71	291	Reisekostenvergütungen für Dienstreisen	0 964	0 0
533 71	291	Dienstleistungen Außenstehender	0 9.552	0 0
534 71	291	Sonstiges	38.000 835	0 0
681 71	291	Sonstige Geldleistungen an natürliche Personen	0 0	0 0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 71</b>			<b>306.600</b>	<b>0</b> 0
<b>72</b>		<b>Leistungen im Rahmen von ergänzenden Hilfesystemen</b>		
		Übertragbar		
		*** Ausgaben der Titelgruppe dürfen in Höhe der Einnahmen bei Kapitel 0517 Titel 231 72 geleistet werden. Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen überschritten werden bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Kapitel 0517 Titel 231 72.		
		Erläuterungen:		
		Ergänzende finanzielle Hilfen kommen nach Maßgabe einer Vereinbarung von Bund und Ländern in Betracht, wenn auf Grund von geschehenem Unrecht für Betroffene heute noch Folgeschäden sowie ein besonderer Hilfebedarf vorhanden sind und diese nicht über bestehende Hilfe- und Versicherungssysteme abgedeckt werden können. So wurde ab 1. Juli 2012 ein Fonds "DDR-Heimerziehung" in den Ost-Ländern eingerichtet, um heute noch vorhandene Folgen aus der Zeit der Heimunterbringung zu mindern. Zuweisungen an den Bund erfolgen aus dieser Titelgruppe.		
		Der Fonds "DDR-Heimerziehung" endet zum 31.12.2018. Eine Schlussrechnung durch das BAFzA ist erst in 2019 zu erwarten.		
631 72	291	Sonstige Zuweisungen an den Bund	2.730.600 8.000.000	0 0

**05**                    **Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17**                **Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>681 72</b>	291	<b>Leistungen an natürliche Personen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 72</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 72</b>			<b>2.730.600</b>	<b>0</b>
				0
<b>73</b>		<b>Kinderschutz - Landesprogramm</b>		
		Erläuterungen:		
		Ab dem Haushaltsjahr 2019 werden die Haushaltsmittel, die im Rahmen der Umsetzung Landeskinderschutzgesetzes benötigt werden, aus Transparenzgründen in dieser Titelgruppe veranschlagt. Die Haushaltsmittel vergangener Jahre waren für diese Zwecke bei Kapitel 0517, Titelgruppe 70 veranschlagt. Die Mittel für die Umsetzung des Fonds der Bundesstiftung Frühe Hilfen verbleiben in Kapitel 0517, Titelgruppe 70.		
<b>526 73</b>	291	<b>Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen</b>	<b>0</b>	<b>500</b>
			0	0
		Erläuterungen:		
		Erstattungen von Aufwendungen für die Mitglieder der "Allianz für Kinder" oder anderen Gremiumsmitgliedern im Kontext Kinderschutz im Land Sachsen-Anhalt		
<b>534 73</b>	291	<b>Sonstiges</b>	<b>0</b>	<b>30.000</b>
			0	0
		Erläuterungen:		
		Für die Fortbildung von Kinderschutzfachkräften und weitere im Kinderschutz Aktive werden für das Jahr 2019 Mittel in Höhe von 30.000 EUR eingeplant. Vorgesehen ist, die Fachkräfte u.a. zum Thema "Prävention von sexueller Gewalt in pädagogischen Einrichtungen" zu schulen.		
<b>633 73</b>	291	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>140.000</b>
			0	0
		Erläuterungen:		
		Gem. § 3 Abs. 1 Landeskinderschutzgesetz stehen den kommunalen Gebietskörperschaften zur Steuerung der im Landeskinderschutzgesetz verankerten Lokalen Netzwerke Kinderschutz jährlich 10.000 EUR gesetzlich zu. Konzeptionell sind die Netzwerke die Grundlage zur Ausweitung des Schwerpunktes "Frühe Hilfen" im Rahmen der Bundesinitiative enthalten.		
<b>684 73</b>	291	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>70.000</b>
			0	0
		Erläuterungen:		
		Im Rahmen der Umsetzung des Landeskinderschutzgesetzes ist es notwendig, neue Ansätze modellhaft zu erproben. Vor dem Hintergrund immer wieder auftauchender Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche plant das Zentrum Frühe Hilfen für Familien eine oder mehrere Maßnahmen zur Aufklärung, Information und Schulung von Fachkräften sowie zur Sensibilisierung und der frühzeitigen Erkennung von Gewalt umzusetzen. Die Maßnahmen sollen aber auch Kinder dazu befähigen, sexuelle Übergriffe zu erkennen und Hilfen einzufordern.		
<b>686 73</b>	291	<b>Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</b>	<b>0</b>	<b>42.000</b>
			0	0
		Erläuterungen:		
		Die Fortführung des Projektes Familienpaten Sachsen-Anhalt stellt eine Absicherung des umfassenden Netzes der niedrigschwelligen Hilfe- und Unterstützungsleistungen im Rahmen des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen dar.		
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 73</b>			<b>0</b>	<b>282.500</b>
				0



**05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration**  
**05 17 Kinder, Jugend, Familie**

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	
<b>79</b>		<b>Landeselternvertretung nach § 19 KiFöG</b>		
		Erläuterungen:		
		Ausgaben für Mitglieder der Landeselternvertretung für die Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt gemäß § 19 Abs. 6 und 7 KiFöG		
<b>526 79</b>	271	<b>Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten</b>	<b>3.000</b>	<b>3.000</b>
			905	0
		Erläuterungen:		
		Ersatz notwendiger Auslagen für Mitglieder und für Vorstandstätigkeit der Landeselternvertretung nach § 19 Abs. 6 KiFöG.		
<b>547 79</b>	271	<b>Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</b>	<b>1.500</b>	<b>1.500</b>
			564	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 79</b>			<b>4.500</b>	<b>4.500</b>
				0
<b>98</b>		<b>Landesmittel zur Kofinanzierung von EU-Programmen - Förderperiode 2007 - 2013</b>		
		Übertragbar		
		** Rückzahlungen oder Rückforderungen und Zinsen sind durch Absetzen von der Ausgabe zu vereinnahmen.		
<b>633 98</b>	271	<b>Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>684 98</b>	271	<b>Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>685 98</b>	271	<b>Sonstige Zuschüsse</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>883 98</b>	271	<b>Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			-1.513	0
<b>893 98</b>	271	<b>Zuschüsse für Investitionen an freie Träger</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
			0	0
<b>Nachrichtlich: Summe TGr. 98</b>			<b>0</b>	<b>0</b>
				0

05 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
 05 17 Kinder, Jugend, Familie

Titel	FZ	Zweckbestimmung	Ansatz 2018	Ansatz 2019
			Ist 2017	VE 2019
			Angaben in EUR	

### Abschluss

#### Einnahmen

HGr. 1	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	238.100	223.100
HGr. 2	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	27.008.900	57.744.400
HGr. 3	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3.843.200	7.414.500
<b>Gesamteinnahme</b>		<b>31.090.200</b>	<b>65.382.000</b>

#### Ausgaben

HGr. 4	Personalausgaben	271.100	131.500 0
HGr. 5	Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	252.300	389.500 0
HGr. 6	Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	427.255.500	531.394.700 7.567.700
HGr. 8	Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen	3.843.200	7.414.500 0
HGr. 9	Besondere Finanzierungsausgaben		0 0
<b>Gesamtausgabe</b>		<b>431.622.100</b>	<b>539.330.200</b>
<b>Gesamtsumme der VE</b>			7.567.700
<b>Überschuss (+) / Zuschuss (-)</b>		<b>-400.531.900</b>	<b>-473.948.200</b>

# **Stellenpläne Stellenübersichten**

Kap. 05 01 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration  
Kap. 05 05 Arbeitsmarkt  
Kap. 05 06 Verbraucherschutz  
Kap. 05 07 Sozialagentur  
Kap. 05 16 Landesprüfungsamt für die Sozialversicherung  
Kap. 05 17 Kinder, Jugend, Familie  
Stellenübersicht 2019  
Stellenübersicht TGr. 96 2019  
Stellenübersicht übrige TGr. 2019  
Stellenübersicht TGr. 89 2019

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

		<b>Stellenanzahl</b>	
		2018	2019
<b>422 01</b>			
<b>FESTE GEHÄLTER</b>			
<i>Bes. Gruppe</i>			
B9	Staatssekretär/-in	2	2
B6	Ministerialdirigent/-in	1	1
B5	Ministerialdirigent/-in	4	4
B3	Leitende(r) Ministerialrat/-rätin	2	2
B2	Ministerialrat/-rätin	16	16
<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A16	Ministerialrat/-rätin	19 <sup>1)</sup>	21 <sup>1)</sup>
A15	Veterinär-, Regierungsdirektor/-in	28	37
A14	Medizinaloberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	11	14
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	27	32
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	26	26
A11	Regierungsamtmann/-frau	8	8
A9 L2.1	Regierungsinspektor/-in	1	1
A9 L1.2	Regierungsamtsinspektor/-in	3	3
<b>Summe :</b>		148	167
 <b>LEERSTELLEN</b>			
<b>FESTE GEHÄLTER</b>			
<i>Bes. Gruppe</i>			
B2	Ministerialrat/-rätin	2	2
<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A16	Ministerialrat/-rätin	1	1
A15	Veterinär-, Regierungsdirektor/-in	1	1
A14	Medizinaloberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	1	1
<b>Summe [Leerstellen]:</b>		6	6

1 ) 1 Stelle ist für den/die Integrationsbeauftragte/n bestimmt.

**Planstellen künftig wegfallend:**

1 Stelle B3 mit Ausscheiden des Stelleninhabers (aus HH 2017/2018)

**Planstellen künftig umzuwandeln:**

1 Stelle B3 in B2 mit Ausscheiden des Stelleninhabers (aus HH 2019)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

**Leerstellen künftig wegfallend:**

- 1 Stelle B2 (aus HH bis 2007)
- 1 Stelle A16 (aus HH 2010/2011)

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A16	2											+2	Neu
2	A15	7											+9	Neu
3		2												Onlinezugangsgesetz (OZG), neue Aufgaben
4	A14			1*									+3	Umsetzung von Kapitel 0501-422 96 (kw 28.02.2019)
5				1*										Umsetzung von Kapitel 0501-422 96 (kw 31.08.2019)
6				1*										Umsetzung von Kapitel 0501-422 96 (kw 30.09.2019)
7	A13 L2.1	1											+5	Neu
8		2												Onlinezugangsgesetz (OZG), neue Aufgabe
9				1*										Umsetzung von Kapitel 0501-422 96 (kw 31.10.2019)
10				1*										Umsetzung von Kapitel 0501-422 96 (kw 30.09.2023)
<b>Ohne TG 96</b>		14											+14	
<b>TG 96</b>				5*									+5	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**neue Vermerke:**

*Planstellen künftig umzuwandeln:*

- 1 Stelle B3 in B2 mit Ausscheiden des Stelleninhabers (aus HH 2019)

**Stellenanzahl**

2018                      2019

**428 01**

*EntgeltGruppe*

E 15 Ü	Verwaltungsdienst	4	5
E 15	Verwaltungsdienst	2	6
E 14	Verwaltungsdienst	8	15
E 13	Verwaltungsdienst	2	2
E 12	Verwaltungsdienst	8	10
E 11	Verwaltungsdienst	2	10
E 10	Verwaltungsdienst	3	4
E 9	Verwaltungsdienst	14 <sup>1)</sup>	13 <sup>1)</sup>
E 8	Verwaltungsdienst	0	3

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

E 6	Verwaltungsdienst	9 <sup>2)</sup>	5 <sup>2)</sup>
E 5	Sonstige Dienste	2	2
E 5	Verwaltungsdienst	6	5
E 4	Krafftahrdienst	4	5
<b>Summe :</b>		<b>64</b>	<b>85</b>

**LEERSTELLEN**

*EntgeltGruppe*

E 14	Verwaltungsdienst	1	1
<b>Summe [Leerstellen]:</b>		<b>1</b>	<b>1</b>

- 1 ) Die Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Staatssekretärin/ Staatssekretärs erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.
- 2 ) Die zweite Vorzimmerkraft der/des Ministerin/Ministers und die Vorzimmerkraft der/des Abteilungsleiterin/ Abteilungsleiters erhalten für die Dauer ihrer Tätigkeit im Vorzimmer eine außertarifliche Bezahlung auf der Grundlage des Schnellbriefes des MF vom 05.07.2013; Az.:1412-3076/S8.

**Stellen künftig wegfallend:**

1 Stelle	E 15 Ü	am 01.05.2021	Ende 7. Legislatur	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 15 Ü	am 01.05.2021	Ende 7. Legislatur	(aus HH 2017/2018)
3 Stellen	E 14	am 01.05.2021	Ende 7. Legislatur	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 12	am 01.05.2021	Ende 7. Legislatur	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 01.05.2021	Ende 7. Legislatur	(aus HH 2017/2018)

**Leerstellen künftig wegfallend:**

1 Stelle	E 14	Sonstiges	(aus HH 2019)
----------	------	-----------	---------------

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 15 Ü			1*									+1	Umsetzung von Kapitel 0501-428 96 (kw 31.12.2020)
2	E 15	5											+4	Neu
3			1											Vollzug kw-Vermerk (01.02.2018)
4	E 14	8											+7	Neu
5			1											Vollzug kw-Vermerk (01.04.2018)
6	E 13		1										0	Vollzug kw-Vermerk
7				1										HH-Vollzug; Umsetzung von 0704/428 01 (MF v. 06.04.2017)
8	E 12	8											+2	Neu
9			6											Vollzug kw-Vermerk (kw 01.01.2018)
10	E 11	6											+8	Neu
11		2												Neu
12			1											Vollzug kw-Vermerk (kw 01.01.2018)
13				1*										Umsetzung von Kapitel 0501-428 96 (kw 31.08.2019)
14	E 10	2											+1	Neu
15			1											Vollzug kw-Vermerk
16	E 9				1								-1	HH-Vollzug; Umsetzung nach 0704/428 01 (MF v. 06.04.2017)
17	E 8							1					+3	Hebung von E 5 - Verwaltungsdienst
18								2						Hebung von E 6 - Verwaltungsdienst
19	E 6		1										-4	Vollzug kw-Vermerk (kw 01.04.2018)
20			1											Vollzug kw-Vermerk (kw 01.08.2017)
21									2					Hebung nach E 8 - Verwaltungsdienst
22	E 5								1				-1	Hebung nach E 8 - Verwaltungsdienst
23	E 4			1*									+1	Umsetzung von Kapitel 0501-428 96 (kw 01.12.2019)
<b>Ohne TG 96</b>		31	13	1	1			3	3				+18	
<b>TG 96</b>				3*									+3	
<b>LEERSTELLEN</b>														
24	E 14	1											0	Neu
25			1											Einsparung (kw 01.01.2018)
<b>Leerstellen</b>		1	1										0	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**neue Vermerke:**

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 14 Sonstiges (aus HH 2019)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

Stellen künftig wegfallend:

1 Stelle E 15 am 01.02.2018 Kab.beschluss vom 29.09.2015; Ende Befristung\_Zustimmung MF vom 06.11.2015 (aus HH 2017/2018)

1 Stelle E 14 am 01.04.2018 Kab.beschluss vom 29.09.2015; Ende Befristung\_Zustimmung MF vom 06.11.2015 (aus HH 2017/2018)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

1 Stelle	E 13	am 01.01.2018	Ende Befristung_Zustimmung MF vom 28.10.2015	(aus HH 2017/2018)
6 Stellen	E 12	am 01.10.2017	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 11	am 01.01.2018	Ende Befristung_Zustimmung MF vom 30.03.2015; Zielvereinbarung	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 10	am 01.01.2018	Ende Befristung_Zustimmung MF vom 28.10.2015	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 01.08.2017	Ende Befristung_Umsetzung Maßnahmenpaket zum Teilzeit-TV LSA	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 01.04.2018	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)

Leerstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	E 14	am 01.01.2018	Sonstiges_Ende befristete Erwerbsminderungsrente	(aus HH 2017/2018)
----------	------	---------------	--	--------------------

**Stellenanzahl**  
2018                      2019

422 96 (96)

**FESTE GEHÄLTER**

*Bes. Gruppe*

B2	Ministerialrat/-rätin	0	0
----	-----------------------	---	---

**AUFSTEIGENDE GEHÄLTER**

*Bes. Gruppe*

A16	Ministerialrat/-rätin	0	0
A15	Veterinär-, Regierungsdirektor/-in	0	0
A14	Gewerbe-/ Medizinal-/ Veterinär-/ Landwirtschafts-/ Physik-/ Chemieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	5	0
A13 L2.2	Studienrat/-rätin	0	0
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	3	0
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	0	0
A11	Regierungsamtmann/-frau	0	0

---

<b>Summe :</b>		8	0
----------------	--	---	---



**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A14		1*										-5	Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 30.06.2018
2			1*											Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 31.07.2018
3					1*									Umsetzung nach Kapitel 0501-422 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
4					1*									Umsetzung nach Kapitel 0501-422 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
5					1*									Umsetzung nach Kapitel 0501-422 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
6	A13 L2.1		1*										-3	Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 31.03.2018
7					1*									Umsetzung nach Kapitel 0501-422 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
8					1*									Umsetzung nach Kapitel 0501-422 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
<b>Ohne TG 96</b>													0	
<b>TG 96</b>													-8	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

*Planstellen künftig wegfallend:*

1 Stelle	A14	am 30.06.2018	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A14	am 31.07.2018	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A14	am 28.02.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A14	am 31.08.2019	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A14	am 30.09.2019	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A13 L2.1	am 31.03.2018	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A13 L2.1	am 31.10.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A13 L2.1	am 30.09.2023	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)

**Stellenanzahl**  
2018                      2019

**428 96** (96)

*EntgeltGruppe*

E 15 Ü	Verwaltungsdienst	1	0
E 15	Verwaltungsdienst	0	0
E 11	Verwaltungsdienst	1	0
E 9	Verwaltungsdienst	0	0
E 6	Verwaltungsdienst	0	0
E 5	Verwaltungsdienst	0	0
E 4	Verwaltungsdienst	1	0
<b>Summe :</b>		<b>3</b>	<b>0</b>

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 15 Ü				1*								-1	Umsetzung nach Kapitel 0501-428 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
2	E 11				1*								-1	Umsetzung nach Kapitel 0501-428 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
3	E 4				1*								-1	Umsetzung nach Kapitel 0501-428 01 gemäß HTR Nr. 4.2.12
<b>Ohne TG 96</b>													0	
<b>TG 96</b>					3*								-3	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

*Stellen künftig wegfallend:*

- 1 Stelle E 15 Ü am 31.12.2020 Ende der Altersteilzeit (aus HH 2017/2018)
- 1 Stelle E 11 am 31.08.2019 Ende Altersteilzeit (aus HH 2017/2018)
- 1 Stelle E 6 am 30.04.2017 Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2017/2018)
- 1 Stelle E 4 am 01.12.2019 Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze (aus HH 2017/2018)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

		<b>Stellenanzahl</b>	
		2018	2019
<b>428 93</b>	(93)		
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 13	Verwaltungsdienst	0	1
E 11	Verwaltungsdienst	2	0
<b>Summe :</b>		2	1

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 13							1					+1	Neu Hebung von E 11
2	E 11		1						1				-2	Einsparung
3														Neu Hebung nach E 13
<b>Ohne TG 96</b>			1					1	1				-1	
<b>TG 96</b>													0	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		<b>Stellenanzahl</b>	
		2018	2019
<b>428 98</b>	(98)		
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 11	Verwaltungsdienst	0	0
<b>Summe :</b>		0	0

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

		<b>Stellenanzahl</b>	
		2018	2019
<b>422 41</b>			
<i>Bes. Gruppe</i>			
A13 L2.2	Gewerbereferendar/-in	4	8
A10	Gewerbeoberinspektoranwärter/-in	6	8
<b>Summe :</b>		10	16

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A13 L2.2	4											+4	Neu
2	A10	2											+2	Neu
<b>Ohne TG 96</b>		6											+6	
<b>TG 96</b>													0	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		<b>Stellenanzahl</b>	
		2018	2019
<b>428 03</b>			
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 14	Fachärzte / Fachtierärzte in Weiterbildung	6	10
<b>Summe :</b>		6	10



**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

A10	Gewerbe-/Regierungsobersinspektor/-in	1	1
A8	Gewerbe-/Regierungshauptsekretär/-in	1	1
<b>Summe [Leerstellen]:</b>		<b>4</b>	<b>4</b>

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A16										2		-4	Neu_Senkung nach A 14
2											2			Neu_Senkung nach A 13 L2.2
3	A14										2		+2	Neu_Senkung von A 16
4	A13 L2.2	6											+10	Neu
5				2*										Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 422 96
6											2			Neu_Senkung von A 16
7	A11	11											+16	Neu
8				5*										Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 422 96
9	A10	7											+10	Neu
10				1*										Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 422 96
11								2						Neu_Hebung von A 7
12	A9 L1.2							6					+6	Neu_Hebung von A 8
13	A8			1*									-5	Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 422 96
14									6					Neu_Hebung nach A 9 L1.2
15	A7			1*									-1	Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 422 96
16									2					Neu_Hebung nach A 10
<b>Ohne TG 96</b>		24						8	8	4	4		+24	
<b>TG 96</b>				10*									+10	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

Planstellen künftig wegfallend:

1 Stelle	A10	am 01.01.2020	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A9 L1.2	am 01.01.2020	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A8	am 01.01.2020	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)

**Stellenanzahl**

2018                      **2019**

**428 89** (89)

*EntgeltGruppe*

E 15	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	28	<b>31</b>
------	--	----	-----------

<b>Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen</b>
--

E 14	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	19	24
E 13	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	11	26
E 12	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	3	10
E 11	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	8	14
E 10	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	20	22
E 9	Verwaltungs-, Veterinär- u. Lebensmitteluntersuchungsdienst	43	54
E 9	Verwaltungsdienst	1	1
E 9	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	8	8
E 8	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	24	25
E 7	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	20	31
E 6	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	6	18
E 5	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	24	24
E 5	Verwaltungsdienst	7	7
E 4	Sonstige Dienste	3	3
E 3	Sonstige Dienste	2	2
E 3	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungs-, med.-techn. Dienst	12	12
E 2 Ü	Reinigungsdienst	0	0
E 2 Ü	Sonstige Dienste	0	0
E 2	Sonstige Dienste	0	0
<b>Summe :</b>		<b>239</b>	<b>312</b>

**LEERSTELLEN***EntgeltGruppe*

E 15	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	2	1
E 14	Wiss. Dienst/ Verw. Dienst/ Techn. Dienst	1	1
E 13	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	3	2
E 11	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	1	1
E 10	Wissenschaftlicher, Tierärztlicher, Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst	1	1
E 9	Verwaltungs-, Veterinär- u. Lebensmitteluntersuchungsdienst	1	1
E 7	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	5	2

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

E 6	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	1	1
<b>Summe [Leerstellen]:</b>		15	<b>10</b>



**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 15	3											+3	Neu
2	E 14	5											+5	Neu
3	E 13	8											+15	Neu
4				13*										Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
5												3		Neu_Senkung nach E 12
6												3		Neu_Senkung nach E 11
7	E 12	4											+7	Neu
8											3			Neu_Senkung von E 13
9	E 11	4											+6	Neu
10			1											Vollzug kw-Vermerk 01.07.2018
11											3			Neu_Senkung von E 13
12	E 10	2											+2	Neu
13	E 9	9											+11	Neu
14				2*										Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
15	E 8			1*									+1	Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
16	E 7	11											+11	Neu
17	E 6		1										+12	Vollzug kw-Vermerk 01.06.2018
18				1*										Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
19				3*										Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
20								1						Neu_Hebung von E 2Ü
21								6						Neu_Hebung von E 2Ü
22								1						Neu_Hebung von E 2
23								1						Neu_Hebung von E 4
24	E 4			1*									0	Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
25									1					Neu_Hebung nach E 6
26	E 2 Ü			1*									0	Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
27									1					Neu_Hebung nach E 6
28	E 2 Ü			6*									0	Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
29									6					Neu_Hebung nach E 6
30	E 2			1*									0	Umsetzung gemäß HTR 2019 von Titel 428 96
31									1					Neu_Hebung nach E 6
<b>Ohne TG 96</b>		46	2					9	9	6	6		+44	
<b>TG 96</b>				29*									+29	
<b>LEERSTELLEN</b>														
32	E 15		1										-1	Vollzug kw-Vermerk (01.11.2017)
33	E 13		1										-1	Vollzug kw-Vermerk (01.11.2017)
34	E 7		1										-3	Vollzug kw-Vermerk (01.05.2017)
35			1											Vollzug kw-Vermerk (01.09.2018)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
36			1											Vollzug kw-Vermerk (01.10.2018)
<b>Leerstellen</b>			5										-5	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

*Stellen künftig wegfallend:*

1 Stelle	E 14	am 01.01.2020	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 11	am 01.07.2018	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 10	am 01.01.2020	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 01.01.2020	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 01.06.2018	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)

*Leerstellen künftig wegfallend:*

1 Stelle	E 15	am 01.11.2017	Sonstiges_Ende Befristung	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 15	am 01.04.2019	Ende Sonderurlaub	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 13	am 01.11.2017	Ende Sonderurlaub	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 7	am 01.05.2017	Sonstiges_Ende Befristung	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 7	am 01.09.2018	Sonstiges_Ende Befristung	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 7	am 01.10.2018	Sonstiges_Ende Befristung	(aus HH 2017/2018)

**Stellenanzahl**

2018                      2019

422 96 (96)

**AUFSTIEGENDE GEHÄLTER**

*Bes. Gruppe*

A14	Gewerbe-/ Medizinal-/ Veterinär-/ Landwirtschafts-/ Physik-/ Chemieoberrat/-rätin, Oberregierungsrat/-rätin	0	0
A13 L2.2	Gewerbe-, Landwirtschafts-,Physik-, Chemie-, Veterinär-, Medizinal-, Regierungsrat/-rätin	2	0
A12	Gewerbe-/Regierungsamtsrat/-rätin	1	0
A11	Gewerbe-/Regierungsamtman/-frau	5	0
A10	Gewerbe-/Regierungsoberinspektor/-in	2	0
A8	Gewerbe-/Regierungshauptsekretär/-in	1	0
A7	Gewerbe-/Regierungsoberssekretär/-in	1	0
<b>Summe :</b>		12	0

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A13 L2.2				2*								-2	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 422 89
2	A12		1*										-1	Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 31.05.2018
3	A11				5*								-5	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 422 89
4	A10		1*										-2	Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 31.05.2018
5					1*									Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 422 89
6	A8				1*								-1	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 422 89
7	A7				1*								-1	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 422 89
<b>Ohne TG 96</b>													0	
<b>TG 96</b>													-12	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

*Planstellen künftig wegfallend:*

2 Stellen	A11	am 31.12.2019	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)
1 Stelle	A7	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2008/2009)
2 Stellen	A13 L2.2	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2012/2013)
1 Stelle	A12	am 30.09.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2012/2013)
3 Stellen	A11	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2012/2013)
1 Stelle	A10	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2012/2013)
1 Stelle	A8	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2012/2013)
1 Stelle	A11	am 31.12.2017	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2015/2016)
1 Stelle	A14	am 30.04.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A14	am 31.10.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A13 L2.2	am 30.09.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
2 Stellen	A13 L2.2	am 31.10.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A12	am 31.05.2018	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A11	am 30.11.2017	Erreichen der gesetzlichen Pensionsaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A10	am 28.02.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	A10	am 31.05.2018	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)

**Stellenanzahl**

2018                      2019

**428 96** (96)

*EntgeltGruppe*

E 13            Wissenschaftlicher, Tierärztlicher,  
Lebensmitteluntersuchungsdienst, Verwaltungsdienst

13

0

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

E 9	Verwaltungs-, Veterinär- u. Lebensmitteluntersuchungsdienst	4	0
E 9	Verwaltungsdienst/Technischer Dienst	0	0
E 8	Verwaltungs-, Veterinär- u. Lebensmitteluntersuchungsdienst	0	0
E 8	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	2	0
E 6	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungsdienst, med.-techn. Dienst	3	0
E 6	Verwaltungsdienst	0	0
E 5	Schreibdienst	3	0
E 5	Kraffahrdienst	0	0
E 4	Kraffahrdienst	1	0
E 3	Sonstige Dienste	0	0
E 3	Verwaltungs-, Veterinär- und Lebensmitteluntersuchungs-, med.-techn. Dienst	0	0
E 2 Ü	Reinigungsdienst, Sonstige Dienste	0	0
E 2 Ü	Reinigungsdienst	1	0
E 2 Ü	Sonstige Dienste	6	0
E 2	Sonstige Dienste	1	0
<b>Summe :</b>		<b>34</b>	<b>0</b>

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang	Zugang	Abgang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 13				13*								-13	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
2	E 9		2*										-4	Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 31.10.2018
3					2*									Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
4	E 8		1*										-2	Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 31.10.2018
5					1*									Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
6	E 6		1*										-3	Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 31.05.2018
7			1*											Vollzug kw-Vermerk (TG 96) 01.06.2018
8					1*									Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
9	E 5				3*								-3	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
10	E 4				1*								-1	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
11	E 2 Ü				1*								-1	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
12	E 2 Ü				6*								-6	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
13	E 2				1*								-1	Umsetzung gemäß HTR 2019 nach Titel 428 89
<b>Ohne TG 96</b>													0	
<b>TG 96</b>													-34	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

*Stellen künftig wegfallend:*

6 Stellen	E 2 Ü	am 31.12.2019	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2008/2009)
1 Stelle	E 9	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2012/2013)
2 Stellen	E 5	am 31.12.2019	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2012/2013)
1 Stelle	E 4	am 30.11.2017	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2012/2013)
4 Stellen	E 13	am 31.12.2019	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2014)
8 Stellen	E 13	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2014)
1 Stelle	E 8	am 31.12.2019	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2014)
1 Stelle	E 5	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2015/2016)
1 Stelle	E 2 Ü	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2015/2016)
1 Stelle	E 2	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2015/2016)
1 Stelle	E 13	am 31.05.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 31.01.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 30.04.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
2 Stellen	E 9	am 31.08.2017	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 30.09.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

1 Stelle	E 9	am 30.09.2017	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 31.10.2018	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 31.10.2018	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 31.12.2019	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 8	am 28.02.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 8	am 31.10.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 8	am 31.10.2018	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 31.05.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 31.05.2018	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 01.06.2018	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 5	am 30.11.2017	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 4	am 28.02.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 4	am 31.12.2017	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 4	am 31.12.2017	Erreichen der gesetzlichen Rentenaltersgrenze	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 4	am 31.12.2019	Ende Altersteilzeit	(aus HH 2017/2018)

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

		<b>Stellenanzahl</b>	
		2018	2019
<b>422 89 (89)</b>			
<b>FESTE GEHÄLTER</b>			
<i>Bes.Gruppe</i>			
B2	Direktor oder Direktorin der Sozialagentur Sachsen-Anhalt	1	1
<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>			
<i>Bes.Gruppe</i>			
A15	Regierungsdirektor/-in	4	4
A15	Regierungsdirektor/-in, Med.-Direktor/-in, Pharmaziedirektor/-in, Chemiedirektor/-in	0	0
A14	Oberregierungsrat/-rätin, Med. Oberrat/-rätin, Pharmazieoberrat/-rätin	0	0
A14	Oberregierungsrat/-rätin	4	5
A13 L2.2	Regierungsrat/-rätin	0	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	4	3
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	16	15
A11	Regierungsamtmann/-frau	10	13
A10	Regierungsoberinspektor/-in	2	2
<b>Summe :</b>		<b>41</b>	<b>44</b>

Lfd. Nr.	BesGr.	Neue Stellen	Einsparungen	Umsetzungen		Umwandlungen		Hebungen		Senkungen		Umbenennungen	Summe	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	A14							1					+1	Neu_Hebung von A 13.2.1
2	A13 L2.2							1					+1	Neu_Hebung von A 13.2.1
3	A13 L2.1							1					-1	Neu_Hebung von A 12
4									1					Neu_Hebung nach A 14
5									1					Neu_Hebung nach A 13.2.2
6	A12								1				-1	Neu_Hebung nach A 13.2.1
7	A11	3											+3	Neu_Umsetzung BTHG
<b>Ohne TG 96</b>		3						3	3				+3	
<b>TG 96</b>													0	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

		<b>Stellenanzahl</b>	
		2018	2019
<b>428 89 (89)</b>			
<i>EntgeltGruppe</i>			
E 14	Verwaltungsdienst	1	1

**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

E 13	Verwaltungsdienst	0	<b>2</b>
E 11	Verwaltungsdienst	21	<b>35</b>
E 9	Verwaltungsdienst	7	<b>7</b>
E 6	Verwaltungsdienst	3	<b>3</b>
E 5	Verwaltungsdienst	1	<b>1</b>
<b>Summe :</b>		33	<b>49</b>

Lfd. Nr.	EntgeltGr.	Neue Stellen	Ein-sparun-gen	Um-setzungen		Umwand-lungen		Hebungen		Senkungen		Umbe-nen-nun-gen	Sum-me	Bemerkungen
				Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang	Zu-gang	Ab-gang			
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
1	E 13	2											+2	Neu_Umsetzung BTHG
2	E 11	4											+14	Neu_Umsetzung BTHG
3		10												Neu
<b>Ohne TG 96</b>		16											+16	
<b>TG 96</b>													0	

(Ein \*-Zeichen an den Zahlen in den Spalten 4-6 zeigt TG-96-relevante Stellen an)

**gestrichene oder vollzogene Vermerke:**

*Stellen künftig wegfallend:*

2 Stellen	E 11	am 01.07.2020	Ende der Befristung	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 9	am 01.02.2017	Sonstiges	(aus HH 2017/2018)
1 Stelle	E 6	am 01.08.2017	Ende Befristung_Umsetzung Maßnahmenpaket Teilzeit-TV LSA	(aus HH 2017/2018)



**Stellenplan, Stellenübersicht und Erläuterungen**

		<b>Stellenanzahl</b>	
		<b>2018</b>	<b>2019</b>
<b>422 01</b>			
	<b>AUFSTEIGENDE GEHÄLTER</b>		
	<i>Bes. Gruppe</i>		
A14	Oberregierungsrat/-rätin	1	1
A13 L2.1	Regierungsrat/-rätin, Regierungsoberamtsrat/-rätin	1	1
A12	Regierungsamtsrat/-rätin	5	5
<b>Summe :</b>		<b>7</b>	<b>7</b>

**Planstellen künftig wegfallend:**

2 Stellen A12 am 01.04.2021 Zustimmung MF vom 30.03.2015; Zielvereinbarung

(aus HH 2017/2018)











## Zergliederung der Stellen,

Stellen aus den Titelgruppen 89 (Personal der Landesbetriebe) 2019

	Einzelpläne										Summe
	0506	0507									
<b>1. Planmäßige Beamte</b>											
Besoldungsordnung B											
B3 L2.2	1										1
B2 L2.2	0	1									1
Summe	1	1									2
Besoldungsordnung A											
A16 L2.2	8										8
A15 L2.2	15	4									19
A14 L2.2	25	5									30
A13 L2.2	21	1									22
A13 L2.1	9	3									12
A12 L2.1	33	15									48
A11 L2.1	45	13									58
A10 L2.1	15	2									17
A9 L1.2	16										16
A8 L1.2	6										6
A7 L1.2	0										0
Summe	193	43									236
<b>Summe 2019</b>	<b>194</b>	<b>44</b>									<b>238</b>
<b>Summe 2018</b>	<b>160</b>	<b>41</b>									<b>201</b>
<b>4. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</b>											
E 15	31										31
E 14	24	1									25
E 13	26	2									28
E 12	10										10
E 11	14	35									49
E 10	22										22
E 9	63	7									70
E 8	25										25
E 7	31										31
E 6	18	3									21
E 5	31	1									32
E 4	3										3
E 3	14										14
E 2 Ü	0										0
E 2	0										0
Summe	312	49									361
<b>Summe 2019</b>	<b>312</b>	<b>49</b>									<b>361</b>
<b>Summe 2018</b>	<b>239</b>	<b>33</b>									<b>272</b>

